



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



Friedensfähig werden, nicht kriegstüchtig

Einladung zum DFG-VK-Bundeskongress , 3.-6. Oktober in Halle (Saale)

Stefan Philipp: Hat Bertha von Suttner Krieg gerechtfertigt?

Jürgen Grässlin: Hemmungslose Rüstungsexportpolitik

Felix Oekentorp: Brandmauer statt Brückenbau

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65 29 62 46
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

Bundessprecher:innenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Fabian Grote
E-Mail grote@dfg-vk.de
- Shari Kohlmeyer
E-Mail kohlmeyer@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de
- Hauke Thoroé
E-Mail thoroé@dfg-vk.de
- Adrián Villa Urrego
E-Mail villa@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de



Liebe Leserin,
lieber Leser,
alle Zeichen deutscher Regierungspolitik stehen auf Krieg.



Foto: privat

Beginnend mit der „Zeitenwende“-Rede von SPD-Bundeskanzler Scholz vom 27. Februar 2022 vor dem Bundestag, in deren Folge ein gigantisches Aufrüstungsprogramm von 100 Milliarden Euro beschlossen wurde, das beschönigend als „Sondervermögen“ bezeichnet wurde, erleben wir eine zunehmende Militarisierung der Politik, des Denkens, der öffentlichen Diskussion. Der SPD-Minister Pistorius hat sich dabei vor Kurzem als Kriegs(vorbereitungs)minister geoutet indem er sagte: „Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Olaf Scholz sagte bei der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar: „Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.“ Welcher Kontrast und welche Umorientierung im Denken und Handeln, wenn man sich in Erinnerung ruft, was ein anderer Sozialdemokrat, der vormalige Bundeskanzler Willy Brandt und 1971 mit dem Friedensnobelpreis für seine Entspannungspolitik geehrt, 1981 formuliert hat: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

Erinnern kann und muss man daran, was Dietrich Bonhoeffer, der kurz vor dem Ende der Nazi-Herrschaft im KZ ermordete Widerstandskämpfer, zum Verhältnis von Sicherheit und Frieden bereits 1934 gesagt hat: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung.“

Und erinnert werden darf und soll auch an den ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der bei seiner Antrittrede 1969 sagte: „Frieden ist der Ernstfall.“

Natürlich ist es frustrierend und erschütternd, erleben zu müssen, dass teilweise jahrzehntelanges Engagement von vielen in der Friedensbewegung und gerade auch in der DFG-VK für Pazifismus und zivile Konfliktlösung diffamiert wird.

Noch ist es aber nicht zu spät. Wir wissen: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Sich an diesem Unrecht nicht zu beteiligen und gemeinsam an der Beseitigung seiner Ursachen zu arbeiten, ist die richtige Konsequenz. Und wir sind nicht allein, denn es gibt vernünftige Stimmen – nicht nur unter denen, von denen wir das ohnehin erwartet haben. Viele hohe (Ex-)Militärs warnen davor, den Weg der Ampelregierung von Aufrüstung und Kriegsdanken so weiter zu beschreiten; z.B. der ehemals höchste Bundeswehrsoldat, der Ex-Generalinspekteur Harald Kujat, wahrlich kein Pazifist. Oder der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, der Mitte März im Parlament vorsichtig anregte, über ein Ende des Ukrainekriegs nachzudenken; auch kein Pazifist. Oder der Papst, der den „Mut zur weißen Fahne“ nahelegte...

Was also ist zu tun?

Bertolt Brecht hat es uns in seinem 1952 geschriebenen Gedicht „Das Gedächtnis der Menschheit“ aufgetragen:

„Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Die Antwort auf Kriegstüchtigkeit ist „Wehrkraftzersetzung“!

Friedensstrukturen stärken!

Michael Schulze von Glaßer,
politischer Geschäftsführer der DFG-VK



Foto: privat

Anfang März fand online unser erstes Bundesausschusstreffen 2024 statt. Davor war ich etwas nervös: Gerade hatte es auf den E-Mail-Listen erbitterte Diskussionen über unseren Umgang mit dem Krieg im Nahen Osten – dem Hamas-Massaker und dem noch immer laufenden Militäreinsatz Israels im Gazastreifen – gegeben. Manches dabei war unter der Gürtellinie. Umso überraschter war ich bei dem Meeting: Insgesamt über drei Stunden wurde kontrovers, aber sehr sachlich diskutiert. Und viele Beteiligte merkten, dass ihre Positionen vielleicht gar nicht so weit auseinander lagen. In den nächsten Wochen soll die Diskussion weitergehen.

Gestritten haben wir auch über Positionen zum Ukraine-Krieg – im Bündnis. Zu Aktionen um den 24. Februar in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln und Stuttgart kamen rund 2000 Menschen – keine Massen, aber durch die zahlreichen Medienberichte konnten wir viele erreichen.

Die Mitarbeiter*innen des DFG-VK-Bundesverbands waren auch hier tätig. Etwa Yannick Kiesel, der im Dezember als Referent für Friedenspolitik die Nachfolge von Kathi Müller angetreten hat. Mit ihm haben wir einen sehr engagierten Mitarbeiter gewonnen. Und da er schon bei den „Naturfreunden Deutschlands“ gearbeitet hat und dort auch im Bundesvorstand sitzt, hat er viel Erfahrung in der Verbandsarbeit und der Organisation von Aktionen. So hat er unter dem Titel „Frieden in Bewegung“ gleich zwei Friedenswanderungen quer durch die Republik organisiert. Willkommen im Team, Yannick! Ihr erreicht ihn unter kiesel@dfg-vk.de

Ebenfalls fest dabei ist jetzt Franz Grundschöttl. Er ist der neue Fahrer unseres Aktionsfahrzeugs (auch Friedens-Transit genannt) und war im Dezember schon auf großer Tour: Gemeinsam mit einem (weiteren) Mitglied der DFG-VK Bayern wurden in sieben Tagen die Städte Münster, Herford, Bremen, Lübeck, Schwerin, Rostock und Halle für Aktionen zum Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine angesteuert. Das Wetter war der Jahreszeit entsprechend schlecht – doch die nächste Tour ist schon in Planung. Einen kurzen Bericht von Bernhard Kusche gibt es in diesem Heft. Wenn ihr mal Unterstützung durch Franz und das Fahrzeug mit seiner schicken „Frieden schaffen ohne Waffen“-Folierung haben wollt, meldet euch bei fgr@dfg-vk.de

In diesen für uns extrem schweren Zeiten von Kriegen und Aufrüstung ist der Erhalt und möglichst noch weitere Aufbau nachhaltiger Friedensstrukturen enorm wichtig. Wir legen alles darauf aus, die Basisgruppen zu stärken. Der Wille, für Frieden zu kämpfen, ist vielerorts groß: Das Aktionsniveau ist so hoch wie vor der Pandemie – wenn nicht höher. Zu „traditionellen“ Protestterminen wie dem gegen die Münchner Sicherheitskonferenz oder den Ostermärschen sind neue wie der Jahrestag des Ukraine-Krieges hinzugekommen. Von den Kriegen über Aufrüstung der Bundeswehr, Manöver, Atomwaffen, Killerroboter, Waffennexporte, Zusammenarbeit Kirche – Militär bis zu Plänen, die Wehrpflicht zu reaktivieren, gibt es (leider) viel für uns zu tun.

Lassen wir uns nicht unterkriegen, denn ohne Frieden ist – wie mal jemand Berühmtes sagte – alles nichts!

Inhalt

Titel

- 6 Hermann Theisen: Friedensfähig werden statt kriegstüchtig
- 8 „Stoppt das Töten in der Ukraine“
- 10 Jürgen Grässlin: Für Waffenstillstand und Verhandlungen
- 13 Thomas Carl Schwoerer: „Diplomatische Initiativen!“
- 14 Margot Käßmann: „Wir treten der Militarisierung entgegen“
- 12 Jasmin Lörchner: Suttner – Pazifistin in militaristischen Zeiten
- 15 David Scheuing: Ja, die Forderung „Die Waffen nieder!“ gilt – aber nicht ohne Anstrengung

Demokratie

- 4 Einladung zum DFG-VK-Bundeskongress in Halle (Saale)

Antifaschismus

- 16 Felix Oekentorp: Brandmauer statt Brückenbau

Kriegsdienstverweigerung

- 18 Stefan Philipp: Eine Dienstpflicht ist mit der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes nicht vereinbar
- 19 Guido Grünwald: Verfolgte Kriegsdienstverweigerer

Antimilitarismus

- 20 Hauke Thoroe: Zu Besuch im EU-Parlament
- 23 DFG-VK fordert: Keine Militarisierung der Bildung

- 24 Ariane Dettloff: Prozesse wegen Protests gegen Atombomben

- 26 Jürgen Grässlin: Hemmungslose Rüstungsexportpolitik

Pazifismus

- 29 Michael Schmid: Das KZ im Kasernengelände
- 32 Joachim Schramm und David Scheuing: Für eine pazifistische Wende
- 34 Helmut Loeven: Kommentar zum Gaza-Krieg
- 36 Sven Zakzewski: Israel im Visier der Friedensbewegung
- 36 Stefan Philipp: Rote Linien
- 36 Stefan Philipp: Hat Bertha von Suttner Krieg gerechtfertigt?
- 13 Impressum • 42 Literatur • 25 und 39 Trauer • 43 Satire

DFG-VK-Bundeskongress, 4.-6.10., Halle (Saale)

Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht. Weltweit!

Von Michael Schulze von Glaßer

Eigentlich wollten wir unseren Bundeskongress 2021 in Halle an der Saale durchführen. Dann kam die Corona-Pandemie – und damit alles anders. Die weitvorangeschrittenen Planungen

mussten wir abbrechen, stattdessen gab es im Mai 2022 – als sich die Pandemielage verbessert hatte – unseren Bundeskongress in Duisburg.

Nun der zweite Versuch: Der 24. DFG-VK-Bundeskongress wird vom

4. bis 6. Oktober 2024 in der Jugendherberge in Halle (Saale) stattfinden! Wir freuen uns auf den BuKo und auch auf die Unterstützung unserer Regionalgruppe Sachsen-Anhalt, die sich im letzten Jahr gegründet hat. Die den Bundeskongress vorbereitende Arbeitsgruppe hat bereits eine Tagesordnung erarbeitet, und der Bundesausschuss daran noch ein paar Änderungen gemacht – euch erwartet ein spannendes Programm mit Schwerpunkt auf dem Kernthema unserer Organisation: Kriegsdienstverweigerung!

Delegierte

Bitte wählt in euren Gliederungen rechtzeitig Delegierte für den Bundeskongress. In unserer Satzung (www.dfg-vk.de/satzung-der-dfg-vk) heißt es dazu in § 10:

„Stimmberechtigt sind die von den Orts- bzw. Basisgruppen und Landesverbänden bestimmten Delegierten und die Mitglieder des BundessprecherInnenkreises. Jede Orts- bzw. Basisgruppe und jeder Landesverband hat einen Delegierten und zusätzlich pro angefangene 25 Mitglieder je einen weiteren Delegierten. Bei Landesverbänden werden nur die Einzelmitglieder ohne Gruppenzugehörigkeit in die Ermittlung der Delegiertenzahl einbezogen. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme. Das Stimmrecht muss persönlich ausgeübt werden, es ist nicht übertragbar. Stimmberechtigte Delegierte können nur Mitglieder der DFG-VK sein.“

Und auch wenn es noch einige Monate bis zum Bundeskongress dauert, könnt ihr euch schon jetzt um eine Unterbringung kümmern – denn der Kongress wird zwar zentral vom DFG-VK-Bundesverband organisiert

Tagesordnung für den DFG-VK-Bundeskongress 2024

Beschlossen vom DFG-VK-Bundesausschuss am 2./3. Dezember 2023

Freitag, 4. Oktober

ab 15 Uhr Kundgebung am Meetingpoint „Steintor“;
bis 18.00 Uhr Anreise
18-19 Uhr Abendessen
19-20 Uhr Begrüßung und Formalia (Wahl der ProtokollantInnen, Beschluss über die Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Antragskommission, Beschluss über die Tagesordnung, Wahl der Wahlkommission, Bericht der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Redaktionsgruppe der Abschlussresolution)
20-21.30 Uhr Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK (inkl. Rückblick auf die Person Ludwig Baumann)
ab 21.30 Uhr Gemütliches Beisammensein

Samstag, 5. Oktober

9.-10.30 Uhr Rechenschaftsberichte, Diskussion, Entlastungen (BSK, Politischer Geschäftsführer, Bundeskassierer, Kassenrevisoren, verantwortlicher Redakteur der ZivilCourage)
10.30-10.45 Uhr Pause
10.45-12.00 Uhr Hauptreden (je 15 Minuten)
• Rudi Friedrich/Marah Frech (Connection e.V.): Aktueller Stand der Politik/Rechtsprechung in Deutschland und der EU
• Artyom Klyga (Движение сознательных отказчиков, Bewe-

gung der Kriegsdienstverweigerer, Russland)

• tba (Український Рух Пацифістів, Ukrainische Pazifistische Bewegung)
• tba (Nash Dom, Unser Haus, Belarus)

12-14 Uhr Mittagessen

13-14 Uhr Aktion/Stadtspaziergang zum Anschlag vom 9.10.2019

14-15.30 Uhr Arbeitsgruppen zum Thema des Kongresses sowie zu weiteren Themen mit u.a. den Hauptredner*innen (es findet keine Auswertung im Plenum statt);

15.30-16 Uhr Pause

16-17 Uhr Leitantrag (eingereicht vom Bundesausschuss)

17-18 Uhr Beratung des Antrags Positionspapier „Für eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung“;

18-19 Uhr Abendessen

19-20 Uhr Antragsberatung
ab 20.00 Uhr Kulturprogramm/gemütliches Beisammensein/50 Jahre Zusammenschluss DFG-IdK und VK

Sonntag, 6. Oktober

9-12 Uhr Wahlen (Bundessprecher*innenkreis, Politische Geschäftsführung, verantwortliche*r Redakteur*in der ZivilCourage, Kassenrevisoren, Vertreter*innen der DFG-VK in Organisationen und Bündnissen etc.)

12-12.15 Uhr Pause

12.15-15 Uhr Antragsberatung (dazwischen: Verkündung der Wahlergebnisse)

15 Uhr Ende des Bundeskongresses



(inkl. Mittag- und Abendessen), um die An- und Abreise sowie Unterbringung vor Ort (+ Frühstück) müssen sich die Delegierten und weiteren Mitglieder aber selber kümmern. Es ist schon jetzt möglich für den Kongresszeitraum ein Zimmer in der Jugendherberge zu buchen, was wir empfehlen (www.jugendherberge.de/jugendherbergen/halle)!

Anträge

Zu Anträgen heißt es in der DFG-VK-Satzung:

„Alle Gliederungen des Verbandes sowie Einzelmitglieder, wenn dies mindestens zehn weitere Mitglieder unterstützen, sind berechtigt satzungsändernde und ordentliche Anträge an den Bundeskongress zu stellen. Ordentliche Anträge müssen sowie Rechenschaftsberichte des BSK und der Finanzbericht sollen vier Wochen vor Beginn des Bundeskongresses in der Bundesgeschäftsstelle vorliegen.“

Satzungsändernde Anträge müssen daher bis zum 25. Juli 2024 bei uns eingehen, damit wir sie rechtzeitig mit der Einladung verschicken können – bitte mailt sie mit dem Betreff „BuKo-Antrag“ an buko2024@dfg-vk.de sowie verwaltung@dfg-vk.de (falls es euch nicht möglich ist, den Antrag als E-Mail zu schicken, ist auch eine postalische Einreichung an die Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart möglich). Für ordentliche Anträge ist die „Deadline“ der 6. September 2024. Bitte mailt auch diese Anträge mit dem Betreff „BuKo-Antrag“ an buko2024@dfg-vk.de sowie verwaltung@dfg-vk.de oder lasst sie uns postalisch zukommen. Für Antrags-Einreichungen gilt jeweils das Datum des Eingangs der Anträge bei uns.

Anmeldung

Bitte meldet euch nach Möglichkeit bis zum 1. August 2024 für den Bundeskongress an. Die Anmeldung könnt ihr online auf www.buko2024.dfg-vk.de vornehmen oder – falls ihr keinen Internet-Zugang habt – über die Bundesgeschäftsstelle. Der Teilnahmebeitrag soll, wie schon bei unserem letzten Bundeskongress, bitte vorab überwiesen und nicht bar vor Ort gezahlt werden. Das erleichtert die Organisation aus mehreren Gründen erheblich.

Teilnahmebeitrag

Der Teilnahmebeitrag beläuft sich pro Person auf 90 Euro (bzw. 110 Euro, wenn die*der Delegierte die Unterlagen vorab in Papierform zugeschickt bekommen möchte). Für alle (anderen) Delegierten gibt es alle Unterlagen online zum Herunterladen – den Link dazu mailen wir euch vor dem BuKo zu, einige Unterlagen werden auch auf der BuKo-Website zu finden sein.

Die Kontodaten für die Überweisung (die in der Regel vom Bankkonto der entsendenden Gruppe ausgeführt wird) lauten:

DFG-VK

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00

BIC: BFSWDE33XXX

Verwendungszweck (**Bitte unbedingt angeben**): BuKo-Delegierte/r für [Name/delegierende Gliederung]

Wir freuen uns auf den Bundeskongress mit euch!

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK und arbeitet in der AG zur Vorbereitung des Bundeskongresses mit. <<



Aktionswoche zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai

Gemeinsam mit rund 30 Organisationen ruft die DFG-VK anlässlich des Internationalen Tags der Kriegsdienstverweigerung zu Schutz und Asyl für KDVer aus Russland, Belarus und der Ukraine auf.

Das Bündnis sieht die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg, Tod und Zerstörung zu überwinden. Es fordert die uneingeschränkte Einhaltung des Menschenrechts auf KDV, gerade in einem Krieg.

Von der Regierungen weltweit wird gefordert: „Stellen Sie die Verfolgung Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen umgehend ein! Entlassen Sie inhaftierte Kriegsgegner*innen. Erkennen Sie das unveräußerliche Menschenrecht auf KDV an!“

Von der Bundesregierung und der Europäischen Union wird gefordert: „Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner*innen die Möglichkeit der Einreise in die EU! Schützen Sie Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen und geben Sie ihnen Asyl!“

In der Woche vom 13. bis zum 19. Mai sind zahlreiche Kundgebungen, Demonstrationen und kreative Aktionen geplant, u.a. vor Regierungseinrichtungen kriegführender Staaten.

Die Website des Bündnisses mit allen weiteren Informationen kann aufgerufen werden unter der Adresse: objectwarcampaign.org



Friedensfähig werden, nicht kriegstüchtig

Die kriegskritischen Stimmen hörbar machen und wirksam werden lassen

Von Hermann Theisen

Der nun fast zwei Jahre andauernde Krieg in der Ukraine und die am 27. Februar 2022 von Bundeskanzler Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ haben den größten Militarierungsschub in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Politische, militärische und wirtschaftliche Akteure gerieren sich hierzulande in einer Art und Weise, als ob sie sich selbst inmitten eines Krieges befänden.

Dazu passend erklärte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius im Oktober 2023 in einem Interview in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ unmissverständlich: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr

und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Solche Töne militaristischer Denkungsart verheißen nichts Gutes und lassen für das gesellschaftliche Klima in unserem Land nicht gerade Friedfertiges erahnen.

Offenbar hat es nur eines weiteren Krieges in Europa bedurft, dass viele sich eine Uniform übergezogen haben. Andere sind schon seit Langem dafür gewesen, mehr „weltpolitische Verantwortung“ zu übernehmen, und benutzen den Ukrainekrieg, um das Strammstehen vor dem Militär wieder zur politischen Leitlinie zu erheben. Selbst kritische Geister sind erschrocken und irritiert zurückgewichen, haben ihre einstmaligen pazifistischen Positionen aufgegeben und sich mehr oder minder dem „neuen Denken“ in Gewaltkategorien angeschlossen. Und so werden wir wohl auf unabseh-

bare Zeit mit immer weiteren Forderungen nach Aufrüstung der Bundeswehr konfrontiert sein, anstatt Mittel für den Ausbau ziviler Friedenslösungen und Krisenpräventionen bereitgestellt zu bekommen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2022 mehr Menschen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen als seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Über 100 Millionen Menschen befanden sich weltweit auf der Flucht, und ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in von gewaltsamen Konflikten und Kriegen erschütterten Regionen.

Hinzu kommen weitere Krisenherde wie der Krieg zwischen Israel und der Hamas, der wie im Fall der Ukraine das Potenzial einer völligen Entgrenzung in sich birgt.

Deshalb fordern die Vereinten Nationen von der Staatengemeinschaft mehr Geld für die Entwicklung präventiver und friedensfördernder Maßnahmen statt einer stetigen Steigerung ihrer Militärausgaben, auch wenn davon die politischen Entscheidungsträger hierzulande kaum etwas wissen wollen.

Es spricht für sich, dass die schwedische Schriftstellerin und Kinderbuchautorin Astrid Lindgren im Oktober 1978, als sie in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, gesagt hat: „Müssen wir uns nach diesen Jahrtausenden ständiger Kriege nicht fragen, ob der Mensch nicht vielleicht schon in seiner Anlage fehlgeleitet ist? Und sind wir unserer Aggressionen wegen zum Untergang verurteilt? Wir alle wollen ja den Frieden. Gibt es da keine Möglichkeit, uns zu ändern, ehe es zu spät ist? Könnten wir nicht lernen, auf Gewalt zu verzichten? Könnten wir nicht versuchen, eine neue Art Mensch zu werden? Wie aber sollte das geschehen – und wo sollte man anfangen? Ich glaube, wir müssen von Grund auf beginnen. Bei den Kindern.“

Ein Appell von bleibender Aktualität. Selbst in Europa ist es nicht gelungen, den Krieg als Mittel der Politik völlig auszuschließen. Dazu haben nach dem Ende des Kalten Krieges viele beigetragen, bewusst oder aus kurzsichtigem Egoismus, Machtgier, Hass und Gewaltglauben, aus Unachtsamkeit, Gleichgültigkeit und fehlender Willenskraft sowie dem Mangel an seelischer Bereitschaft, für alle Menschen auf der Welt, nicht zuletzt für die Kinder, ein Leben in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu schaffen.

Auch wir Deutschen sollten uns bewusst machen, welchen Anteil wir daran tragen. Das gilt nicht zuletzt für die schwerwiegende Frage: Inwieweit hat die deutsche Politik durch ihre Haltung den Konflikt in der Ukraine sowie den des Westens mit Russland verschärft, ausgleichend gewirkt oder ist sie einfach nur dem gefolgt, was

der „große Bruder“ von der anderen Seite des Atlantiks vorgegeben hat?

Die deutsche Debatte über den Ukrainekrieg ist geprägt von Kriegsbefürwortung und -propaganda, vermehrten Waffenlieferungen, Feindbilddenken, Russenfurcht und Schwertglauben. Ein offener Diskurs, der die unterschiedlichen Auffassungen und gegensätzlichen Argumente gleichberechtigt nebeneinander zur Sprache bringt, findet nicht statt. Andere Stimmen kommen kaum zu Wort, finden in den großen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nur selten Gehör. Standpunkte, die Kritiker des Mainstreams in Vorträgen vertreten, werden von der Presse der Öffentlichkeit vorenthalten, als gäbe es sie nicht. Zu sehr schlägt eine Berichterstattung durch, die im transatlantischen Interesse liegt und so tut, als hätten deren Vertreter – wie der Volksmund sagt – „die Weisheit mit Löffeln gefressen“. Vorgebliche Allwissenheit bezichtigt abweichende Meinungen der Besserwisserei oder greift zu diffamierenden Umgangsformen. Dabei steht außer Frage, dass sich in Kriegszeiten gerade die kritischen Stimmen im Rückblick als wirklich tragfähig und zukunftsweisend erwiesen haben – im Unterschied zu jenen, die glaubten, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu müssen, und die in ihrer Selbstüberschätzung übersahen, dass ihnen der Respekt vor dem Lebensrecht der anderen, die Scheu und die Ehrfurcht vor der Heiligkeit und dem Geheimnis allen Lebens verloren gegangen ist – und dass sie stattdessen dem Gott des Krieges verfallen sind.

Wären die seit dem 24. Februar 2022 bislang in die Zerstörung und Menschenfeindlichkeit gesteckten Mittel für friedliche Zwecke verwandt worden – und das ist nicht zuletzt auch Wladimir Putin vorzuhalten, der den Krieg ausgelöst hat –, man hätte aus der Ukraine und wohl auch aus den angrenzenden Regionen ein soziales Paradies machen können: Ohne in Schutt und Asche gelegte Ortschaften, ohne Flüchtlingselend, Tote, Ver-

stümmelte und ohne seelisch wie materiell aus der Bahn geworfene Menschen. Man mag eine solche Betrachtungsweise als illusionär abtun, aber jedermann sollte klar sein, welche verheerenden Folgen damit verbunden sind, dem Krieg und einem „Siegfrieden“ weiter das Wort zu reden, die Verhandlungen über dessen Ende weiter abzulehnen und ins Reich der Phantasie zu verbannen.

Aus Meinungsumfragen in Deutschland von Beginn 2023 geht hervor, dass sich eine Mehrheit gegen mehr Waffenlieferungen ausgesprochen hat. Es ist daher keineswegs die Vermutung abwegig, dass diese Menschen ein Ende des Krieges durch Verhandlungen ausdrücklich wollen und sie das Potenzial für eine Politik darstellen, die sich am Friedensgebot des Grundgesetzes orientiert, für eine Rückkehr zur Entspannungspolitik plädiert und die der Befriedung Europas dient. Mag sein, dass unter den gegebenen Umständen eine solche Haltung noch nicht mehrheitsfähig und realisierbar ist, aber das braucht niemanden zu schrecken. Denn wie unsere Zukunft aussehen und wie sie gestaltet wird, hängt von jedem Einzelnen ab. Ob sich die deutsche Gesellschaft mehr in Richtung Krieg oder Frieden bewegt, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren entscheiden. „Nie wieder Krieg!“ ist gerade heute aktueller denn je – so wie Wolfgang Borcherts „Sag Nein!“ zu „Stahlhelm und Maschinengewehren“.

Hermann Theisen ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und pazifistisch-antimilitaristischer Aktivist. Im Januar hat er gemeinsam mit dem Bremer Verleger und Friedensforscher Helmut Donat das Buch „Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg“ herausgegeben (Donat Verlag, Bremen 2024; 368 Seiten; 24,80 Euro). Die Besprechung des Buches findet sich auf Seite 42 in dieser ZivilCourage. Der hier veröffentlichte Beitrag stammt aus diesem Buch und wurde redaktionell leicht bearbeitet und gekürzt. <<

„Stoppt das Töten in der Ukraine“

Ergänzungen der DFG-VK zum Bündnis-Aufruf zu den Aktionen im Februar 2024

Beschluss des Bundesausschusses der DFG-VK vom 16. Januar

Der DFG-VK-Bundesverband unterstützt den – kurzgehaltenen – Bündnis-Aufruf [siehe auf der rechten Seite] und beteiligt sich aktiv an der Organisation von Antikriegs-Aktionen. Im Folgenden finden sich unsere Ergänzungen für den Aufruf.

Wir rufen alle, insbesondere unsere Gliederungen und Mitglieder, dazu auf, sich an geplanten Aktionen zu beteiligen oder selber welche zu organisieren. Alle Informationen dazu gibt es auf der Bündnis-Website www.stoppt-das-toeten.de

Waffenlieferungen: Einstellen!

Wir sind gegen die Lieferung von Waffen weil diese verheerende Folgen haben:

Waffen, mit denen Menschen getötet werden – auch Zivilist*innen und

russische Zwangsrekrut*innen, die eigentlich gar nicht in diesem Krieg kämpfen wollen; Waffen, die die Umwelt auf Jahrhunderte kontaminieren und Leben verunmöglichen; Waffen, die in Deutschland von skrupellosen und profitorientierten Rüstungsunternehmen hergestellt werden; Waffen, die letztlich nicht zu einem Ende des Krieges, sondern nur zu einer Verlängerung oder sogar zu einer weiteren Eskalation beitragen.

Daher lehnen wir die Lieferungen von Waffen durch die Bundesregierung an die Ukraine ebenso wie Lieferungen von Waffen anderer Länder durch Deutschland hindurch ab und fordern gleichzeitig eine massive Ausweitung der zivilen, humanitären Hilfsleistungen für die Ukraine. Der einseitige Fokus auf die militärische Unterstützung versperrt den Blick auf die zahlreichen, wichtigen zivile Hand-

lungsoptionen.

Kriegsunterstützung: Stoppen!

Russlands Krieg in der Ukraine darf nicht von anderen Staaten oder auch Unternehmen unterstützt werden – wir befürworten daher gezielte Maßnahmen zur Beendigung dieser Kriegsunterstützung. Auf der anderen Seite fordern wir die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte, die sich gegen den Krieg stellen und zu seinem Ende beitragen können – so wie wir es als Organisation schon machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, allen Menschen aus Russland, Belarus und der Ukraine, die sich dem Kriegsdienst entziehen wollen, Schutz und Asyl zu gewähren. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss gerade auch in Kriegszeiten Gültigkeit haben.

Aufrüstung: Verhindern!

Die kurz nach Beginn des russischen Angriffs von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufene militärische „Zeitenwende“ lehnen wir ab: Jeder Euro, Dollar, Hrywnja oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt bei der Bekämpfung weltweiter Menschheitsbedrohungen wie Armut, Pandemien oder die Klimakatastrophe. Mit Militärinterventionen berauben wir nachfolgende Generationen ihrer Zukunft.

Aufrüstung bringt keine Sicherheit – nur Abrüstung tut das. Wir stellen uns gegen das 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“, das so genannte „2- Prozent-Ziel“ der Nato. Darüber hinaus verurteilen wir auch die Aufrüstung Russlands und aller anderen Staaten. Die aufgrund der Aufrüstungspolitik massiven Profite deutscher – aber auch anderer – Rüstungshersteller sind widerwärtig. Niemand darf durch Unsicherheit und Krieg (fi-



Foto: Ursula H. Genter

nanziell) profitieren. Wir fordern die Umstellung von Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter.

Entspannungspolitik und Kooperation: Fördern!

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden. Daran anschließen müssen mittelfristig Verhandlungen über den Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung, auch unter Einschluss Russlands. Nur so lässt sich eine nachhaltige Sicherheit für alle Staaten in Europa erreichen.

Die Waffen nieder!

1892 hat die spätere Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner unserer Organisation – gemeinsam mit Alfred Hermann Fried und Weiteren – in Berlin gegründet. In ihrem Sinne fordern wir im Ukraine-Krieg und darüber hinaus: „Die Waffen nieder!“ Wir kämpfen für eine Welt, in der alle Menschen frei, in Frieden und Sicherheit leben können – getreu unserer Grundsatzerklärung: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Schwierige Bündnisarbeit

Inhaltlich sachlich gestritten haben wir in den letzten Monaten auch um das „Stoppt das Töten in der Ukraine“-Bündnis und dessen Positionen. Für die diesjährigen Aktionen zum „Jahrestag“ des russischen Angriffs im Februar hat sich die Konstellation im Bündnis geändert – weil auch der Aufruf neu ausgerichtet wurde: Diesmal war eine Formulierung gegen Waffenlieferungen enthalten. In dem Punkt konnten wir uns durchsetzen – auch wenn der Aufruf aus unserer Sicht weiterhin nicht „perfekt“ war (weshalb wir auf unserer Website eine Ergänzung veröffentlicht haben). Einige Organisationen – attac, die VVN-BdA und auch das Netzwerk Friedenskooperative – haben den Aufruf aufgrund der Änderungen in diesem Jahr nicht mehr unterstützt. Dennoch sind rund 2000 Menschen zu den Aktionen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln und Stuttgart zusammengekommen – keine Massen aber durch die zahlreichen Medienberichte konnten wir viele Menschen erreichen. An den Aktionen waren viele Mitglieder beteiligt – und auch die Mitarbeiter*innen des Bundesverbands waren eingebunden.

*Michi Schulze von Glaßer
Politischer Geschäftsführer der DFG-VK*

STOPPT DAS TÖTEN IN DER UKRAINE!

FÜR WAFFENSTILLSTAND UND FRIEDENSVERHANDLUNGEN!

AKTION ZUM JAHRESTAG DES RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEGES

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den seit nunmehr zwei Jahren andauernden, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine. Der Krieg hat seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt – jeder Tag, den der Krieg dauert, führt zu noch mehr Leid. Der Krieg hat eine Vorgeschichte, in der auch die NATO eine negative Rolle spielt. Diese Vorgeschichte kann jedoch nicht den Angriff Russlands rechtfertigen. Russland kann seine Truppen außerdem jederzeit abziehen und damit diesen Krieg beenden. Bisher haben weder militärische Offensiven noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffenstillstandsgespräche eröffnen können. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, auf die kriegführenden Parteien Einfluss zu nehmen und auf eine Verhandlungslösung zu drängen. Gestützt wird die Forderung nach Verhandlungen auch durch die Beschlüsse der UN Generalversammlung.

WIR TRETEN EIN FÜR:

- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen,
- entsprechende diplomatische Initiativen durch die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere,
- den Abzug des russischen Militärs, aller ausländischen bewaffneten Einheiten und aller Söldner aus der Ukraine,
- den sofortigen Stopp des Einsatzes international geächteter oder umstrittener Waffen wie Streumunition, Landminen und Uranmunition,
- einen Stopp der Lieferungen von Waffen, die den Krieg verlängern oder weiter eskalieren,
- ein Ende der Drohungen mit Atomwaffen,
- die Einhaltung des Völker- und Menschenrechts sowie der Genfer Konventionen,
- weitere humanitäre Unterstützung für die Menschen in der Ukraine,
- Schutz und Asyl für alle Menschen, die dem Krieg entfliehen wollen,
- ein Ende der Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen, Militärdienstentzieher*innen und Deserteur*innen in Russland, Belarus und der Ukraine,
- die Aufklärung von Kriegsverbrechen und juristische Verfolgung von Täter*innen,
- sichere Routen für Nahrungsmittelexporte aus der Ukraine,
- ein Ende der weltweiten Aufrüstung und den Beginn von Abrüstungsinitiativen.



WERDET AKTIV FÜR EINE FRIEDLICHERE WELT!

Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine rufen wir zu regionalen Antikriegs-Aktionen auf. Wir werden ein Zeichen setzen für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Deshalb ist für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen, antidemokratischen oder rechtsextremen Spektrum und solchen, die mit ihnen zusammenarbeiten, auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen eine Absage, die Verschwörungsmythen anhängen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Sexismus verbreiten. Wir streiten für eine Welt, in der alle Menschen frei, friedlich und in Sicherheit leben können!

Aktionen in:
Berlin: 23.2.24, 18 Uhr, Bundestag
Hamburg: 24.2.24, 14 Uhr, Altona
Frankfurt am Main: 24.2.2024,
14 Uhr, Hauptwache
Köln und Stuttgart | Aktuelle Infos:
www.STOPPT-DAS-TOETEN.de

AUFRUFENDE ORGANISATIONEN:



Für Waffenstillstand und Verhandlungen

Rede bei der Kundgebung „Stoppt das Töten“ am 24. Februar in Stuttgart

Von Jürgen Grässlin

Seit genau zwei Jahren tobt in der Ukraine ein an Grausamkeit kaum überbietbarer Krieg. Der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine begann am 24. Februar 2022.

Seither wurden Hunderttausende Menschen verstümmelt, verkrüppelt und traumatisiert, weitere Hunderttausende Menschen wurden ermordet – sowohl ukrainische Zivilist*innen als auch ukrainische und russische Kombattant*innen. Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen und innerhalb des Landes oder ins Ausland fliehen. Mit jedem weiteren Tag, den dieser Krieg andauert, wird neues immenses Leid verursacht.

Dieser Krieg in der Ukraine, wie auch der Krieg zwischen Israel und Palästina und überhaupt alle mehr als 42 weltweit wütenden Kriege sind ein Verbrechen an der Menschheit – sie müssen gestoppt werden!

Beide Seiten haben im Ukraine-Krieg ihre maximalen Kriegsziele nicht ansatzweise erreicht. Sie werden sie auch nicht erreichen, gleichwohl wie viele Waffen noch geliefert und wie viele Soldat*innen noch rekrutiert oder zwangsrekrutiert werden.

Zurzeit wird vor allem in den östlichen und südlichen Teilen der Ukraine ein alles vernichtender Stellungskrieg ausgefochten. Hunderte Dörfer und mehrere größere Städte wurden bereits in Schutt und Asche gebombt. Sollte das Morden ungebrochen weitergehen, werden in den kommenden Jahren zahlreiche weitere Dörfer und Städte dem Erdboden gleichgemacht. Riesige Flächen des Landes wurden und werden vermint.

Wer auch immer in der jeweiligen Militärführung von größeren Erfolgen an der Front spricht oder gar den finalen Sieg herbeiredet, der belügt die

kämpfenden Soldat*innen, die Zivilbevölkerung in der Ukraine, die Menschen im Westen und in Russland – der belügt uns alle.

Wieder einmal wird offenbar: Kein Krieg findet ohne Kriegslügen statt – weder in den Leitmedien Russlands noch in denen des Westens.

Deshalb muss eine zentrale Forderung an alle Kriegsberichterstatte*rinnen und Journalist*innen lauten: Berichten Sie objektiv vom sinnlosen Morden an der Frontlinie! Sagen Sie uns die Wahrheit über Kriegsverbrechen aller Kombattanten!

Kein Krieg entsteht aus dem Nichts, auch der Krieg in der Ukraine hat eine Jahrzehnte währende Vorgeschichte. Diese beruht maßgeblich auf der ungezügelten und bedrohlichen Nato-Osterweiterung bis hin an die Grenzen Russlands.

Und doch darf diese provokative Politik der Nato nicht als Rechtfertigung für die Intervention Russlands erhalten. Wenn Moskaus Militärführung unter Wladimir Putin den Krieg beenden wollte, könnte sie dies von einem Tag auf den anderen tun. In diesem Sinne fordern wir:

Herr Putin, ziehen Sie endlich Ihre Truppen aus der Ukraine zurück! Beenden Sie das Massenmorden im Nachbarland Ukraine!

Von allen Kriegsparteien – auch denen des Westens – fordern wir:

Ziehen Sie alle ausländischen bewaffneten Einheiten sowie alle Söldner aus der Ukraine ab!

Bis 2027 hat allein Deutschland Waffenlieferungen in Höhe von 17 Milliarden Euro zugesagt. Wir fragen: Welche Erfolge haben die milliardenschweren Waffenlieferungen der USA und ihrer Nato-Partner bisher gebracht? Wie ist der vermeintliche „Er-

folg“ ukrainischer Militäroffensiven im Osten und Süden des Landes zu bewerten? Die Antworten sind ernüchternd.

Die frühere EKD-Präsidentin Margot Käßmann stellte auf dem Höhepunkt der westlichen Militärintervention in Afghanistan mit dem Militäreinsatz der Bundeswehr fest: „Nichts ist gut in Afghanistan!“

Wir müssen heute bilanzieren: Nichts ist gut in der Ukraine!

Deshalb fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand und die unverzügliche Aufnahme von Friedensverhandlungen!

Dieser Krieg muss schnellstmöglich auf dem Verhandlungsweg beendet werden!

Hierzu bedarf es einer Reihe diplomatischer Initiativen durch die Vereinten Nationen, die OSZE, die EU – unterstützt von der Bundesregierung.

Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgefordert, massiv auf die kriegführenden Parteien einzuwirken, um eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Wir berufen uns mit dieser Forderung auch auf Beschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Lasst uns deutlich sagen: Das Völkerrecht, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Konventionen müssen in der Ukraine, aber auch in den anderen Kriegsgebieten auf der Welt, eingehalten werden!

Was die Menschen in der Ukraine, im Gaza-Streifen, in Israel und anderswo benötigen, ist vor allem weitere humanitäre Hilfe, natürlich auch Nahrungsmittel. Alle Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen wollen, brauchen Schutz – statt noch mehr Waffen.

Aus diesem Grund fordern wir: Waffenexporte müssen sofort ge-

stoppt werden! Mit ihnen wird Öl ins Feuer gegossen! Waffenexporte verlängern die Kriege, sie verlängern das Leiden in der Ukraine, im Gaza-Streifen, in allen Krisen- und Kriegsgebieten!

Auch der Einsatz international geächteter oder umstrittener Waffen, wie Landminen, Streumunition und Uranmunition, muss sofort gestoppt werden!

Die Zeit ist gekommen, endlich aus dieser unsäglichen Kriegslogik auszustiegen – sowohl in der Ukraine als auch im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, weltweit. Die todbringende Logik der Kriege droht, die Menschheit im 21. Jahrhundert an den Rand ihrer Existenz zu führen.

Kaum zu glauben, aber Jahr für Jahr verpulvert die internationale Staatengemeinschaft 2,2 Billionen US-Dollar für Hochrüstung, für Militarisierung, für Kriegsführung. Global gesehen ist das Militär der fünftgrößte Umweltverschmutzer – allen voran die US-Army.

Die Folgen sind augenscheinlich: Aufgrund immer extremerer Wetterlagen droht die Mittelmeerregion zu verstepen. In den nördlichen Teilen Afrikas wachsen die Halbwüsten, weiter südlich breitet sich die Sahara immer weiter aus.

Diese Entwicklungen sind insbesondere für die Bewohner*innen der Sahelzone katastrophal: Millionen Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen. Zugleich fehlen ausreichende monetäre Mittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen: der Klimakatastrophe, der Kriege mit den Waffenlieferungen, des Hungers.

Nicht die Flüchtlinge müssen bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen!

Wird die weltweite Militarisierungswelle nicht gestoppt, dann werden weitere Länder Opfer der Kriegspolitik in West und Ost. Zugleich wird die Rüstungsindustrie in den kommenden Jahren weltweit neue Rekordumsätze erzielen. Dann werden Waffenexporte durch die Decke gehen.



Jürgen Grässlin bei der Kundgebung in Stuttgart

Der Grund dafür ist: Jeder Krieg hat seine Profiteure – in der Politik, beim Militär, in der Industrie. Die Kriegsprofiteure sitzen in Regierungen. Sie sitzen in den Militärzentralen Russlands und der Nato. Sie sitzen in den Rüstungskonzernen der westlichen Welt, allen voran der USA und Deutschlands. Und sie sitzen in der Rüstungsindustrie Russlands, des Iran und Nordkoreas.

Nach Ende des Krieges in der Ukraine – das derzeit nicht absehbar ist – werden sich die Kriegsprofiteure auch in der Bauwirtschaft des Westens wiederfinden. Die Gesamtkosten für den Wiederaufbau werden von der Regierung in Kiew, von der Weltbank, der Europäischen Kommission und den Vereinten Nationen für die kommenden zehn Jahre auf 486 Milliarden US-Dollar geschätzt – so der Stand Ende Dezember 2023.

So kann, so darf es nicht weitergehen! Würde der gesunde Menschenverstand zu Rate gezogen, dann würde die Analyse des weltweiten Militärdesasters eindeutig ausfallen. Die großen Kriege unseres Jahrhunderts – sei es in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien, im Jemen, in der Ukraine und im Gaza-Streifen und Teilen Israels haben unendliches menschliches Leid verursacht. Die Bilanz all dieser

kriegerischen Auseinandersetzungen ist katastrophal. Militär ist nicht die Lösung, Militär ist das Grundübel, Militär ist das Problem!

Damit nicht genug: Die „Doomsday Clock“, die Atomkriegsuhr der Menschheit, steht auf 1,5 Minuten vor Mitternacht. Doch anstatt endlich abzurüsten, „modernisieren“ die Atommächte ihre nuklearen Waffenarsenale. Auch in Deutschland – im Fliegerhorst Büchel in der Pfalz – sind US-Atomraketen stationiert.

Längst hat sich hierzulande eine bedrohliche Kriegsstimmung breitgemacht. Gefangen in der Kriegslogik, verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, kurz nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022, die sogenannte „Zeitenwende“.

Daraufhin hat die Ampelkoalition bei Zustimmung von CDU/CSU im Bundestag ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr verabschiedet. Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter hat jüngst eine Verdreifachung dieser Summe auf 300 Milliarden gefordert. Ich frage mich: Wofür steht das „C“ im Namen der CDU und der CSU?

Derzeit wird die Bundeswehr zur viertgrößten Kriegsmacht der Welt

hochgerüstet. Für die Nato, das schon vor dem Ukraine-Krieg mit Abstand größte Militärbündnis der Welt, will die Bundesregierung von jetzt an mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeben. Der Einzelplan 14 im Bundeshaushalt, der sogenannte „Verteidigungs“etat, soll in Zukunft auf 70 Milliarden im Jahr hochgeschraubt werden.

Kriegsminister Boris Pistorius will die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie erklärtermaßen „kriegstüchtig“ machen. Grüne und Liberale unterstützen diesen desaströsen Kurs nach Kräften.

Hallo, ihr Sozialdemokraten, hallo, ihr Grünen! Willy Brandt und Petra Kelly würden sich im Grab umdrehen, wenn sie wüssten, dass ihr eure vormaligen Friedensparteien zu einem Hochrüstungsbündnis zusammengeschlossen habt. Als Gefangene in der Aufrüstungsspirale der Kriegslogik – und das scheinbar bis zum bitteren Ende.

Diese Hochrüstungspolitik zeitigt Tag für Tag auch bei uns dramatische Folgen: All das Geld fehlt für die Ökonomie, in der Bildung, im Gesundheitswesen, in der Pflege, für die Kultur. So ist jedes fünfte Kind in Deutschland direkt von Armut bedroht – um nur ein Beispiel zu nennen.

Dabei wird das Geld so dringend benötigt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft! Für den Ausbau des Bildungswesens! Für den Erhalt der Krankenhäuser! Für den Ausbau der Pflegeeinrichtungen! Für die Armutsbekämpfung!

Was wir brauchen, ist eine radikale Umkehr. Aus diesem Grund fordern wir die Zeitenwende der Zeitenwende!

Was leistet die Friedenslogik? Wer der Logik des Friedens folgt, stellt die richtigen Fragen:

Wie können die Kriege schnellstmöglich gestoppt werden, die täglich Tausende Tote fordern?

Wie können Deutschlands Rüstungsexporte, u.a. nach Saudi-Arabien und Katar, gestoppt werden?

Wie kann das Leid der Bevölkerung in der Ukraine, in Israel und im Gazastreifen sowie den anderen mehr als 20 Kriegsschauplätzen gestoppt werden?

Mittels welcher Maßnahmen kann die Eskalationsspirale der Gewalt schnellstmöglich durchbrochen werden?

Wie können für alle beteiligten Konfliktparteien tragbare Kompromisse aussehen?

Wer der Friedenslogik folgen will, der nutzt die Erfahrungen der wissenschaftlichen Studie „Why Civil Resistance Works“ und der Nachfolgestudien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan.

Die beiden US-Forscherinnen belegen empirisch, dass in den letzten 100 Jahren gewaltfreier Widerstand und Soziale Verteidigung wesentlich erfolgreicher waren als die militärische Verteidigung.

Dabei setzt Friedenslogik auf die Verweigerung jeglicher Unterstützung der Besatzungsmacht, auf Blockaden und Streiks bis hin zu langanhaltenden Generalstreiks. Dabei werden massenhaftes Morden und die flächendeckende Zerstörung eines Landes vermieden.

Die ukrainische Führung aber hat sich, massiv gefördert durch die Nato, für die militärische Option entschieden. Was können kriegskritische Menschen jetzt noch tun? Im Rahmen der Friedenslogik wird den Bewohnern in Kriegsgebieten, die die Gefahrenzone verlassen wollen, die Flucht ermöglicht.

Deshalb fordern wir: Alle Menschen, vor allem auch Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus der Ukraine, aus Russland und aus Belarus müssen Aufnahme in Europa finden – natürlich auch in Deutschland!

Gemäß der Friedenslogik wird die Eskalationsspirale von Gewalt und Gegengewalt ausgehebelt, werden Waffeneinsatz und Rüstungsexporte eingestellt. Zugleich leistet die Friedenslogik umfassende humanitäre

Hilfe. Sie ermöglicht das Überleben der notleidenden Menschen.

Mit der Friedenslogik wird das internationale Recht wieder zur Grundlage, die Regierungen aller Länder müssen das Völkerrecht achten. Schwerwiegende Rechtsbrüche müssen vor einem internationalen Strafgericht in Den Haag geahndet werden.

Auf der Basis der Friedenslogik werden Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen, werden Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen eingeleitet und umgesetzt. Zur Beendigung des Krieges in der Ukraine müssen diese unter der Ägide der Vereinten Nationen erfolgen. Initiator muss UN-Generalsekretär Antonio Gutiérrez sein, der alle Konfliktparteien zu Verhandlungen auf neutralem Boden einlädt, sei es in Genf oder in Wien.

Gemäß der Friedenslogik werden neutrale Zonen geschaffen, u.a. im Donbas und auf der Krim. Über Verträge mit allen Kriegsparteien wird der Frieden langfristig abgesichert.

Was werden wir antworten, wenn uns unsere Kinder und Kindeskindern fragen: Was habt ihr getan, um den katastrophalen Fehlsteuerungen im 21. Jahrhundert aktiv entgegenzutreten?

Ich wünsche mir, dass wir dann antworten können: Wir haben es doch noch geschafft, wir haben die Wende zum Guten herbeigeführt. Indem wir uns mit den Mitteln der Gewaltfreiheit für eine friedlichere, eine gerechtere, eine gesündere und damit für eine bessere Welt eingesetzt haben.

Lasst uns in diesem Sinne die richtigen Botschaften von unserer heutigen Kundgebung in Stuttgart aussenden:

Stopt das Töten!
Vereinbart einen Waffenstillstand und Verhandlungen!
Ersetzt die Unkultur des Krieges durch eine Kultur des Friedens!

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-Bundessprecher*innenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei“* <<

„Diplomatische Initiativen!“

Rede bei der Kundgebung „Stoppt das Töten“
am 24. Februar in Frankfurt am Main

Von Thomas Carl Schwoerer

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Entsprechend hat die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen vor zwei Jahren sofort den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt. Wir fordern den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und einen Stopp des Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung. Wir wollen nicht den weltweit drittgrößten Rüstungs- etat haben, auf den dieses Programm hinausläuft.

Hunderttausende sind schon in diesem Krieg gestorben. Es dürfen ihm nicht weitere Abertausende zum Opfer fallen! Wir fordern massive diplomatische Initiativen auch der Bundesregierung, natürlich in Absprache mit der Ukraine, zu einem Waffenstillstand und anschließenden Verhandlungen. Nur so findet das unermessliche Leid der Menschen in der Ukraine ein Ende.

Die ukrainische Gegenoffensive ist gescheitert und zum Stillstand gekommen. Weder Russland noch die Ukraine haben eine realistische Chance, diesen Krieg zu gewinnen, in dem es nur Verlierer geben kann. Zudem erhöht sich laut Jürgen Habermas mit jedem Tag, an dem Verhandlungen nicht eingeleitet werden, die Gefahr eines Kapitulationsfriedens der Ukraine, oder – um diesen abzuwenden – einer noch stärkeren, direkten Kriegsbeteiligung der Nato. Es ist zu befürchten, dass diese sich zu einem dritten Weltkrieg ausweiten würde, der wahrscheinlich ein atomarer wäre.

Wichtig sind nicht-militärische Alternativen zur Schwächung der zermalmenden Gewalt dieses Krieges, um wieder mit Habermas zu sprechen. Das sind humanitäre Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer,

Militärdienstentzieher und Deserteure aus den beteiligten Ländern, sowie ziviler Widerstand. Dazu zählt die Plakataktion der Mitarbeiterin des russischen Staatsfernsehens am 14. März vorletzten Jahres. Dazu zählen auch die 235 gewaltfreien Aktionen in der Ukraine zwischen dem 24. Februar und dem 30. Juni. Ukrainer:innen in den besetzten Gebieten haben russische Flaggen abgehängt und Verkehrsschilder manipuliert. Lehrer:innen, Bürgermeister, andere Beamt:innen sowie Mitarbeiter:innen in Fernsehen und Rundfunk haben sich geweigert, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten.

Das ist eine bemerkenswerte Bilanz. Sie zeigt, welches um so größere Potenzial in der Ukraine für einen zivilen Widerstand gegeben gewesen wäre, wenn man ihn von Anfang an vorbereitet und darauf gesetzt hätte. Das nennt man soziale Verteidigung. Sie sollte bei uns eingeführt werden und wäre eine deutlich effektivere und kostengünstigere Alternative als das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung.

Gerne hätten wir wie letztes Jahr vor den russischen und ukrainischen Konsulaten demonstriert. Aber das russische Konsulat musste auf Anordnung der Bundesregierung ebenso schließen wie drei der vier anderen Generalkonsulate. Mit dieser Anordnung hat die Bundesregierung auf die Ausweisung Hunderter deutscher Bediensteter aus Russland reagiert. Wir verurteilen diese Eskalationsschritte und die daraus resultierende Minderung der Gesprächskanäle.

*Thomas Carl Schwoerer ist Mitglied im Bundessprecher*innenkreis der DFG-VK.*



Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2024 im 51. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12020213, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: DFG-VK, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: vier Mal/Jahr

Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniierung schriftlich bei der Herausgeberin. Eine Teilaufgabe enthält die *Südwest-Kontakte* als Informationsbeilage für alle baden-württembergischen DFG-VK-Mitglieder.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 26. März.

„Wir treten der Militarisierung entgegen“

Rede bei der Kundgebung „Stoppt das Töten“ in Berlin und in Frankfurt am Main

Von Margot Käßmann

Fassungslos erleben wir seit zwei Jahren eine schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft. Das ist zum einen die Sprache. „Helden“, „Blutzoll“, „Tapferkeit“ – all das ist inzwischen Sprachgebrauch der Medien. Die Außenministerin erklärt, wir dürfen nicht „kriegsmüde“ werden. Der Verteidigungsminister meint gar, wir müssten „kriegstüchtig“ sein.

Zur schleichenden Militarisierung gehört zweitens die neue Rolle der Bundeswehr. Die Zahl rekrutierter Minderjähriger nimmt stetig zu. Bundesminister Pistorius wirbt für „Schnupperpraktika“ und fordert ungehinderten Zugang für Jugendoffiziere an Schulen. Der Dienst in der Bundeswehr soll Jugendlichen schmackhaft gemacht werden. Dazu passt der Antrag im Bundestag, für die bessere Sichtbarkeit von Soldaten in der Öffentlichkeit einen nationalen Veteranentag „für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten“ ins Leben zu rufen. Ich frage mich, wo Respekt und Anerkennung für Lehrerinnen und Lehrer, Pflegekräfte, Polizeibedienstete, Ehrenamtliche ihre Würdigung finden...

Und drittens gehört zur Militarisierung eine beispiellose Aufrüstung, an der vor allem die Rüstungsindustrie verdient, deren Aktien Rekordhöhen erreichen. Der Bundeskanzler selbst war in diesem Monat eigens zum Spatenstich für eine neue Rüstungsfabrik in Unterlüß zugegen. Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem absoluten Rekordhoch. Und: Mit „Steadfast Defender“ findet in diesem Jahr das größte Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges statt. 90000 Soldatinnen und Soldaten aus 32 Ländern werden teilnehmen. Das erklärte Ziel ist Abschreckung.

Als sei das alles nicht genug, wird auch noch von Finanzminister Lindner und anderen eine Debatte über eine EU-Atombombe gefordert. Auch der ehemalige Außenminister Fischer fordert Atomwaffen für die EU und sagt „wir müssen unsere Abschreckungsfähigkeit wiederherstellen“.

Zu all dem rufen wir als Friedensbewegung unser Nein! Wir wollen nicht kriegstüchtig werden, sondern friedentüchtig! Wir wollen keine weitere Aufrüstung, sondern endlich, endlich Abrüstung! Atomwaffen dürfen nicht neu legitimiert werden. Sie gehören verbannt! Wir brauchen keine Abschreckung. Dringend notwendig sind stattdessen Konzepte für friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten.

Ja, Wladimir Putin ist ein Kriegsverbrecher. Aber es ist fatal, dass mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine immer nur Waffenlieferungen im Wert von vielen Milliarden Euro, Waffensysteme, Militärstrategien diskutiert werden. Aber die Folge sind noch mehr Tote. Waffen sind das Problem, nicht die Lösung. Viele Militärstrategen sagen, der Krieg in der Ukraine könne nicht militärisch entschieden werden. Deshalb brauchen wir Friedensstrategien, diplomatische Initiativen, Hoffnungszeichen, Milliardeninvestitionen in Frieden. Nur so wird dem Gemetzel ein Ende gesetzt. Es braucht Friedenslogik statt Kriegslogik. Nur wenn wir friedentüchtig werden, hat diese Welt Hoffnung auf Zukunft.

Zudem: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. 300000 junge Männer haben Russland verlassen. Sie werden zum Teil als Feiglinge diffamiert. Sie sollten als politisch Verfolgte bei uns Asyl erhalten. Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht verlassen.

Fast eine Million von ihnen aber haben Zuflucht in Westeuropa gesucht. Das widerspricht der stetigen Behauptung, alle Ukrainer wollten unbedingt zum Kämpfen an die Front. Zu den vielbeschworenen europäischen Werten gehört: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht.

Und nicht zuletzt wird die Friedensbewegung diskreditiert. Von „selbsternannten Friedensfreunden“ ist die Rede. Wer Friedensverhandlungen fordert, wird sofort als Putinversteherrin diffamiert. Volker Beck twittert, ich sei ethisch mit meinem „Teestubenpazifismus“ immer auf der falschen Seite (was impliziert, dass er auf der richtigen ist). Sasha Lobo nennt uns „Lumpenpazifisten“, Roderich Kiesewetter „wohlstandsverwöhnt“. Das weisen wir von uns. Auch all die begeisterten Befürworter von Waffenlieferungen werden selbst nicht in den Krieg ziehen, sondern bleiben bequem und wohlstandsverwöhnt auf ihren Sofas! Unser Land sollte aufhören, mit Waffenlieferungen schleichend zur Kriegspartei zu werden. Fangt endlich damit an, Teil der Lösung zu sein, indem ihr Diplomatie liefert, die zu Waffenstillstand und Verhandlungen führt!

Gleichzeitig mit den Milliarden, die für Rüstung ausgegeben werden, wird im sozialen Bereich gekürzt: An Freiwilligendiensten. An Entwicklungshilfe. An Flüchtlingsprogrammen. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Warum bleibt es so still angesichts dieser Entwicklung? Der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze hat 1946 formuliert: „... die Menschheit läßt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschläfern...“ Ein guter Ansatzpunkt für Friedensethik: sich nicht in Verantwortungslosigkeit „hineinschläfern“ lassen!

Wir werden wach bleiben als Deutsche Friedensgesellschaft.



Foto: Thomas Kasper

Margot Käßmann bei der Demonstration in Frankfurt am Main

Es gibt im Krieg keine guten und schlechten Waffen. Außenministerin Baerbock erklärt, „unsere Waffen schützen Leben“. Das mag sein. Aber sie töten eben auch! Es gibt inzwischen hunderttausende Tote in der Ukraine. Der Stellungskrieg erinnert an Verdun. Wann ist Schluss mit diesem Wahnsinn? Bei einer Million? Wann ist eine angemessene Verhandlungsposition erreicht? Wir sagen: Jetzt! Sofort!

Ständig ist das Gegenargument: Putin will doch nicht verhandeln. Klar, er ist ein Kriegsverbrecher. Aber sollen Verhandlungen nur durch noch mehr Tote möglich werden? Verhandlungsbereitschaft kann auch herbeiverhandelt werden, so der Journalist Heribert Prantl. Waffenstillstand heißt nicht Kapitulation, sondern schafft die Möglichkeit zu sondieren, wie verhandelt werden kann. Wo sind denn neben all den Militärstrategen die künftigen Diplomatiestrategen? Wo bleibt die große internationale Friedensinitiative?

Das gilt auch für den Nahen Osten. Der entsetzliche Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat unendliches Leid über viele Menschen gebracht. Und die Gegenreaktion Israels bringt jetzt noch mehr Leid über die Menschen in Gaza. Huthi-Rebellen beschießen in der Folge Frachtschiffe und europäische und amerikanische Marine greift ein. Der ganze Nahe Osten könnte zum Kriegsgebiet

werden. Wir wollen nicht, dass die Eskalationsspirale weitergetrieben wird. Was notwendig ist, ist De-Eskalation!

Ich stehe hier auch als evangelische Christin.

Jahrhundertlang wurden Waffen durch Kirchenvertreter gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder da-

von. Der russische Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als sei Russland angegriffen durch westliche Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Das ist für mich Gotteslästerung.

Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keinerlei Grundlage. Jesus hat gesagt „Steck das Schwert an seinen Ort“ und noch mehr: „Liebet Eure Feinde“. Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King hat erklärt, das sei das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen hat. Das stimmt. Aber es ist zuallererst eine bleibende Mahnung, sich nicht in Feindbilder hineintreiben zu lassen.

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, haben die Kirchen der Welt 1948 gemeinsam proklamiert. Darum geht es. Mir ist bewusst, dass wir schuldig werden können, wenn wir gegen Waffenlieferungen plädieren, die Menschen in der Ukraine zu ihrer Verteidigung anfordern. Es gehört zur Demut eines Menschen einzugestehen, dass das der Fall ist. Aber schuldig kann auch werden, wer für Waffen plädiert. Denn Waffen töten. Dafür werden sie produziert. Ich wünsche mir, dass die Kirchen der Welt sich energisch für ein sofortiges Schweigen der Waffen einsetzen.

Ich stehe hier auch als Großmutter von sieben Enkelkindern.

Wenn ich an diese Kinder denke, an all die Kinder in der Ukraine, in Russland, in Syrien, im Jemen, im Sudan dann sind 100 Milliarden Euro für Rüstung zusätzlich zum Bundeswehrretat von schon mehr als 50 Milliarden Euro allein in unserem Land doch keine Investition in ihre Zukunft. Was sie brauchen, ist eine Investition zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Ihre Zukunft wird lebenswert durch Milliarden Euro, die in Bildung und Entwicklung investiert werden. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte.

Wer Waffenlieferungen ablehnt, wird als naiv, dumm und ahnungslos hingestellt. Das ist für einen demokratischen Diskurs unwürdig. In Verantwortung auch mit Blick auf die deutsche Geschichte und mit Blick auf die Zukunft unseres Landes halte ich es als Deutsche für richtig, keine Waffen in ein Kriegsgebiet zu liefern. Bis Februar 2022 war das Konsens...

Wer sich gegen Waffenlieferungen äußert, wird in letzter Zeit auch mit dem äußerst rechten politischen Spektrum in Verbindung gebracht. Dagegen verwahren wir uns! Wir lassen uns nicht instrumentalisieren. Wir treten ein für eine Überwindung von Nationalismus und Rassismus, die Menschlichkeit und Gemeinschaft möglich macht. Wer Unfrieden gegen andere Menschen sät oder von Zwangsdeportationen fantasiert, kann nicht glaubwürdig für Frieden eintreten.

Nein, wir lassen uns nicht in Verantwortungslosigkeit hineinschlafeln. Wir bleiben hellwach und treten der Militarisierung entschlossen entgegen. Unsere tiefe Überzeugung bleibt: Nur Abrüstung und Frieden werden die Zukunft der Menschheit sichern.

Margot Käßmann ist DFG-VK-Mitglied. Die frühere Pastorin (seit 2018 im Ruhestand) war von 2002 bis zur Aussetzung der Wehrpflicht Präsidentin der Zentralstelle KDV. Von 1999 bis 2010 war sie Landesbischofin. <<

Brandmauer statt Brückenbau

Wie breit dürfen/müssen friedenspolitische Bündnisse sein?

Von Felix Oekentorp

In den 80er Jahren, als das Leben der Menschheit bedroht war durch Pershing-II und SS-20, gingen die Menschen massenhaft für Frieden auf die Straße. Breite Bündnisse gab es gegen atomare Aufrüstung, gegen Raketenstationierung, gegen Bundeswehr und Nato. Hunderttausende protestierten auf der Bonner Hofgartenwiese, es redeten u.a. Willy Brandt und Petra Kelly.

Man fragte nicht, wo der Mitdemonstrant/die Mitdemonstrantin politisch organisiert war. Das schien aber auch nicht nötig, weil man sich darauf verlassen konnte, dass die überwiegende Zahl der Friedensdemonstrant:innen auf Grundlage einer politischen Analyse und eines Wertekompasses zu ihrem Engagement gekommen waren. Vielleicht war der eine oder die andere auch einfach nur diffus gegen „die da oben“, aber Teilnehmer:innen aus dem Spektrum der NPD, damals der stärksten Kraft im Neonazi-Spektrum, waren allenfalls marginal dabei und hatten keinen Einfluss auf die Organisation der Demos. Nicht auf den Text des Aufrufs und auch nicht auf die Auswahl der Redenden.

Derzeit sieht die Lage anders aus. Nachdem die selbsternannten Coronarebell:innen von einst ihr Thema verloren haben, sind sie auf der Suche nach einem neuen bei der Friedensfrage fündig geworden. Hier sehen sie Anknüpfungsmöglichkeiten bei denen, die mit der herrschenden Kriegspolitik nicht einverstanden sind. Akteur:innen aus dem Neonazispektrum freuen sich, ihnen bieten sich ganz neue Möglichkeiten, Zugang zu Menschen zu bekommen. Denn so unpolitisch viele der organisierten Coronarebell:innen und selbsternannten Querdenker:innen sind, so aufgeschlossen sind sie auch für Mitde-

monstrierende aus dem extrem rechten Lager.

Mit dem gut klingenden Angebot, Brücken zu bauen, werden dringend notwendige Brandmauern gegen rechts unterlaufen. Aus gutem Grund hat der Bundeskongress der DFG-VK einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD verabschiedet. Keine Zusammenarbeit mit Faschist:innen, das bedeutet unmissverständlich „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

Es kann und sollte uns egal sein, ob und wogegen unsere Mitmenschen geimpft sind. Nicht egal ist es jedoch, wenn die organisierten Impfgegner:innen irgendwelchen Unsinn von Great Reset oder ähnliches propagieren und dies der Öffentlichkeit gegenüber als vermeintlich Friedensbewegte tun. Das schreckt die Menschen ab, die an unserer Seite standen, das verschreckt mögliche neue Mitstreiter:innen und das diskreditiert uns und unser Anliegen.

Inzwischen ist es diesen Leuten gelungen, diverse Friedensforen in verschiedenen Orten zu kapern, dort Mehrheiten zu bilden und langjährige Aktive auszuschließen oder zu vergraulen. Die über viele Jahre gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit von Friedensgruppen mit Gewerkschaften, mit Antifa-Gruppen und mit anderen ist oft bereits zerschlagen. Ob es gelingen wird, dies wieder zu kitten, wenn der Spuk vorbei sein sollte, bleibt eine spannende Frage. Die Hoffnung, dass dieser Spuk ein vorübergehender sein könnte, ist zwar gering, nährt sich aber aus dem Aufflackern einer ähnlichen Bewegung im „Friedenswinter 2014“, der mit ähnlicher Öffnung nach rechtsaußen Schaden hätte anrichten können, wenn es sich damals nicht um ein Strohfeuer gehandelt hätte.

In **Nordrhein-Westfalen** sind die derzeitigen rechtsoffenen Akteure in einem sich „Friedensbündnis NRW“ nennenden Zusammenschluss organisiert und versuchen, ihren Einfluss auszuweiten. So nehmen diese an Treffen der Friedensbewegten im Ostermarsch-Bündnis teil, egal, ob eingeladen oder nicht. Dort gerieren sie sich als die armen unschuldigen Opfer, denen immer wieder Unrecht getan wird, wenn man sie kritisiert.

Weist man ihnen nach, dass in ihren Reihen offene Nazis am Werk sind, dann heißt es, dass sie das auch nicht toll finden, aber diese innerhalb ihres Umfeldes eigentlich nicht relevant seien. Belegt man mit Texten beispielsweise auf der Webseite der Bundespartei „dieBasis“, dass dort eine Gleichsetzung der NSDAP mit links geschrieben steht (<https://bit.ly/3Tn0tgg>) oder in denen der Autor meint, dass es „dieBasis“ brauche, um als Bündnispartner der AfD zur Macht zu verhelfen (<https://bit.ly/3vf7gRr>), dann heißt es, die AG Frieden dieser Partei sei aber anders. Erinnert man daran, dass Aktive dieses „Friedensbündnisses NRW“ sich nachweislich dafür ausgesprochen haben, auch mit Funktionären der AfD zusammenarbeiten zu wollen (<https://bit.ly/3xaDdLd>), dann gibt es wieder andere Ausflüchte. Es verhält sich wie mit einem Pudding, der sich auch nicht festnageln lässt.

Die aktuelle weltpolitische Situation wird allgemein so bedrohlich empfunden wie seit Jahrzehnten nicht: Die Doomsday Clock, also die Weltuntergangsuhr des Bulletin of the Atomic Scientists, steht auf 90 Sekunden vor 12. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatte es außer dem Krieg in Jugoslawien und dem seit Februar 2022 laufenden in der Ukraine keine weite-

ren Kriege auf europäischem Boden gegeben. Der Krieg findet wieder statt in Europa und ist als reale Bedrohung ins Bewusstsein der Menschen zurückgekehrt.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Kriegskredite unter der Bezeichnung Sondervermögen wurden öffentlich kaum in Frage gestellt, und der amtierende deutsche Kriegsminister Pistorius verlangt fast unwidersprochen die Kriegsfähigkeit nicht nur der Bundeswehr, sondern auch der Bevölkerung. Da ist es wenig überraschend, dass sich langjährig Friedensbewegte verzweifelt fühlen und nach jedem Strohalm greifen.

Den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, kann und darf aber keine Strategie sein. Der AfD und ihren Freunden den roten Teppich auszurollen, ist grundfalsch. Auch wenn die AfD sich an Friedensdemos beteiligt, ihr „blaues Herz“ mit der Aufschrift „Frieden“ dort auf Schildern präsentiert: Die AfD ist alles andere als eine Friedenspartei. Keine andere der im Bundestag vertretene Fraktionen hat einen solchen Prozentsatz an hochrangigen (ehemaligen) Militärs. Die Selbstbezeichnung als Friedenspartei ist unfreiwillige Satire.

Holger Arppe, Ex-Landtagsabgeordneter und Ex-Landessprecher der AfD bis nach seiner Verurteilung wegen Volksverhetzung im Mai 2019, hatte 2015 geschrieben, man müsse „durch ständige Stichelei das System [...] destabilisieren“. Anschließend müsse man „erst mal das ganze rotgrüne Geschmeiß aufs Schafott schicken. Und dann das Fallbeil hoch und runter, dass die Schwarte kracht! [...] Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns gegebenenfalls anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren, aber wenn wir endlich soweit sind, dann stellen wir sie alle an die Wand“; „Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben rauf.“ (nachzulesen im „Tagesspiegel“).

Ebenfalls kein No-Name in der AfD ist oder war Marcel Grauf. „Ich wün-

sche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder. Mir egal. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!“ hieß es in einem Chat des Referenten der damaligen baden-württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Christina Baum, seit 2021 Bundestagsabgeordnete, und dem AfD-Abgeordneten Heiner Merz. Über derzeitige Aktivitäten dieses Ex-Mitarbeiters ist im Internet nichts mehr zu finden, ein Wikipedia-Beitrag über Grauf wurde 2018 gelöscht.

Hermann Ploppa, bei der letzten Bundestagswahl auf Platz 2 der Landesliste der Partei „dieBasis“ in Hessen, schrieb in einem Beitrag in der „Neue Rheinische Zeitung“ unter der Überschrift „Hitlers Erweckung in Paseswalk“ (<https://bit.ly/3PAuUP0>) wörtlich: „Der Marinearzt Edmund Robert Forster soll hier den Gefreiten Adolf Hitler mit Hilfe der Hypnose aus einer vermeintlich eingebildeten Erblindung herausgeholt haben. Und einige Zeitzeugen sagten aus, dass Hitler nach seiner Zeit in Paseswalk völlig ausgewechselt war. Dass sie danach einem anderen Menschen in der Person Adolf Hitlers begegnet sind.“ So wird der Täter zum Opfer verharmlost.

In die gleiche Richtung geht Björn Höcke: „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt“, sagte der Landesvorsitzende der AfD Thüringen, der das Ho-

locaust-Denkmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnete.

Kann es Menschen, die „ehrlichen Herzens für den Frieden“ eintreten, in Parteien geben, in der solche und andere hochkarätige Personen derlei Äußerungen tätigen? Darf man so naiv sein, Bündnisse mit Personen oder Gruppen einzugehen, die derlei Hetze verharmlosen oder verniedlichen? Oder trägt man damit zu einer weiteren Normalisierung der Faschist:innen bei?

Von Martin Niemöller ist überliefert: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. ... Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Wer jetzt mit den Wölfen heult, läuft Gefahr, dereinst Opfer genau dieser Wölfe zu werden.

Felix Oekentorp ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands NRW. <<



Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt*

Eine Dienstpflicht ist mit der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes nicht vereinbar

Von Stefan Philipp

Zwei Punkte machen es notwendig, die Frage von Wehrpflicht/Dienstpflicht noch einmal und schon wieder in der *ZivilCourage* aufzugreifen:

Dem Kriegsertüchtigungsminister Pistorius fehlen freiwillige Soldat*innen, weshalb er über Verpflichtungen nachdenkt; dabei soll wohl der Militärdienst Teil einer allgemeinen Dienstpflicht werden, die Betroffenen sollen dann zwischen dem Dienst bei der Bundeswehr und einem zivilen im Sozialbereich oder auch beim Katastrophenschutz wählen dürfen.

Zweitens: Auch in der DFG-VK begegnen einem immer wieder Menschen, die eine allgemeine Dienstpflicht befürworten und auf die häufig positiven Erfahrungen im damaligen Zivildienst verweisen, den staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2011 leisten mussten.

Um die Wehr-/Dienstpflicht-Pläne beurteilen zu können, sollte man zunächst über die formal-rechtliche Einordnung solcher Verpflichtungen Bescheid wissen.

*aus: „Erlkönig“, J. W. von Goethe

Wenn die Bundesrepublik ihre Bürger*innen zu persönlich zu erbringenden Dienstleistungen verpflichten und solche mit denkbar härtesten Sanktionen durchsetzen will, dann braucht sie als Rechtsstaat eine verfassungsrechtliche Legitimation dafür. Im Fall der Wehrpflicht, die im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wieder gelten würde (Artikel 115a Grundgesetz in Verbindung mit § 2 Wehrpflichtgesetz [WPfG]) ist dies Artikel 12a Grundgesetz (GG), wonach „Männer [...] vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften [...] verpflichtet werden“ können.

Diese Wehrpflicht genannte Militärdienstverpflichtung wird entweder durch die Dienstleistung bei der Bundeswehr erfüllt oder aber bei erfolgter staatlicher Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer durch den Zivildienst (§ 3 Abs. 1 WPfG). Dieser ist also Wehrpflichtenerfüllung und hat systematisch keinen anderen Zweck als die Aufrechterhaltung des Wehrpflichtsystems (auch wenn viele im Zivildienst persönlich positive Erfahrungen gemacht haben). Denn ohne die Pflicht zur Ersatzdienstleistung hätten (und würden es im Fall der Wiedereinführung) vermutlich noch mehr Wehrpflichtige einen KDV-Antrag gestellt. Wegen des Ersatzcharakters hat der Zivildienst auch keine eigene Begründung und auch keine eigene nicht abgeleitete Zielbestimmung gehabt.

Deswegen auch sind die Strafbestimmungen für diejenigen, die den Wehr- oder den Zivildienst verweigern, indem sie aus dem Dienstverhältnis „flüchten“, dieselben: Bereits die „eigenmächtige Abwesenheit“ von mehr als drei vollen Kalendertagen wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren verfolgt (§ 15 Wehrstrafgesetz, § 52 Zivildienstgesetz), „Fahnenflucht“

(§ 16 WStG) und „Dienstflucht“ (§ 53 ZDG) mit bis zu fünf Jahren Gefängnis.

Die grundgesetzliche Ermächtigung zur Wehrpflicht nach Art. 12a GG ist eine Ausnahme („lex specialis“) von der allgemein gültigen Vorschrift und Garantie des Art. 12 Abs. 2 GG: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ Im Blick auf die Frage einer (allgemeinen) Dienstpflicht, eines „sozialen Pflichtjahrs“ etc. ist der entscheidende Begriff der der „Herkömmlichkeit“. Seit Deutschland staatlich verfasst ist, also seit der Gründung des Deutschen Reichs 1871, gab es keine solche Dienstleistungspflicht – außer den 1935 von den Nazis eingeführten Reichsarbeitsdienst. Die Freiheitsgarantie des Art. 12 GG ist vielmehr die bewusste Antwort des demokratischen Rechtsstaats BRD auf diese Dienstverpflichtungen und alle anderen Formen von Zwangsarbeit des NS-Staats.

Wer eine Dienstpflicht einführen will, der würde und müsste diese Freiheitsgarantie abschaffen – und dazu das Grundgesetz ändern. Das ist nach Art. 79 GG zwar möglich, bedarf aber einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Von den (derzeit) 735 Bundestagsabgeordneten müssten also 490 einer solchen Änderung zustimmen, von den 16 Bundesländern 11. Mit einer solchen Änderung ist derzeit nicht zu rechnen, so sehr Pistorius, der Bundespräsident, die Wehrbeauftragte und andere dafür auch „trommeln“ mögen.

Als DFG-VK sollten wir mit dazu beitragen, dass eine Mehrheit gegen die Dienstpflicht bestehen bleibt.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der *ZivilCourage*. <<



Verfolgte Kriegsdienstverweigerer

Erneute Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern in Nordzypern

Von Guido Grünewald

In *ZivilCourage* 1/2019 habe ich über hoffnungsvolle Entwicklungen in Nordzypern berichtet. Der seit 1974 von türkischen Truppen besetzte Teil der Republik Zypern hat sich 1983 eigenmächtig zur Türkischen Republik Nordzypern erklärt, wird aber nur von der Türkei anerkannt. Männer müssen in Nordzypern einen Militärdienst (Dauer bis zu 15 Monate) leisten, dem ein obligatorisches eintägiges „Mobilisierungstraining“ folgt; ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) existiert nicht. Im Januar 2019 wurde der bekannte Dichter Halil Karapaşaoğlu wegen vier verweigerter Mobilisierungstrainings zu einer Geldstrafe von 2 000 Türkischen Lira (TL) bzw. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Er kam rasch wieder frei, da ein Berufungsgericht die Strafe auf drei Tage verringert hatte. Grund dafür war ein Gesetzentwurf für ein Recht auf KDV, der im Februar vom nordzyprischen Parlament diskutiert werden sollte und dem die Initiative für Kriegsdienstverweigerung in Zypern (*Kıbrıs'ta Vicdani Ret, KVR*) hoffnungsvoll entgegensah. Leider versandete der Entwurf ebenso schnell, wie er überraschend aufgetaucht war.

Im Juli 2019 reichte Halil Karapaşaoğlu beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wegen seiner Verurteilung eine Klage gegen die Türkei ein, die im Januar 2020 angenommen wurde. Bereits seit 2015 sind beim EGMR zwei weitere Klagen gegen die Türkei anhängig, eingereicht von Haluk Selam Tufanlı und EBCO-Vorstandsmitglied Murat Kanatlı jeweils aufgrund der Verweigerung des Mobilisierungstrainings in den Jahren 2009 bzw. 2011. Die Kläger werfen der Türkei Verstöße gegen diverse Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention vor, u.a. gegen das Recht auf Freiheit und Sicher-

heit (Art. 5), auf Gedanken-, Religions- und Gewissensfreiheit (Art. 9) und auf ein faires Verfahren (Art. 6).

Laut EBCO-Vorstandsmitglied Derek Brett sind langdauernde Verfahren vor dem EGMR die Regel. In Nordzypern kam die KDV-Frage erneut auf die Tagesordnung, als Mustafa Hürben am 23. November 2023 vom Militärgericht Security Forces Court vorgeladen wurde. Auch Mustafa verweigerte den Ruf zur Reserveübung; in einer öffentlichen Erklärung vor dem Gerichtsgebäude erklärte er: „Ich will nicht Teil einer Einrichtung sein, die Menschen dazu ausbildet, andere Menschen zu töten, sei es zur Verteidigung oder für einen Angriff.“ Nach einer Verschiebung und einer Anhörung am 14. Dezember 2023 fällt das Gericht am 18. Januar 2024 sein Urteil; EBCO (European Bureau for Conscientious Objection) und WRI (War Resisters' International) hatten Prozessbeobachter:innen entsandt. Sowohl der Staatsanwalt als auch der Richter machten deutlich, dass sie Mustafa als KDVer betrachteten. Der Richter erklärte, dass ihm angesichts der fehlenden Gesetzgebung die Hände gebunden seien, und verurteilte Mustafa zur geringstmöglichen Strafe von 800 TL, ersatzweise drei Tagen Gefängnis. Unter großem Medienecho und in Anwesenheit zahlreicher Unterstützer:innen trat Mustafa am 23. Januar die Gefängnisstrafe an. Bereits vor der Verhandlung waren zahlreiche Videobotschaften für Mustafa eingetroffen, nachdem die KVR auf Instagram zu einer Solidaritätskampagne aufgerufen hatte.

Die oppositionelle Republikanisch-Türkische Partei (CTP) hatte zwischenzeitlich, am 5. Januar 2024, ihren Gesetzentwurf zur Regelung der KDV von 2019 erneut ins Parlament eingebracht, verbunden mit dem Antrag

auf dringende Behandlung. Die Regierungskoalition, bestehend aus der Nationalen Einheitspartei (UBP), der Demokratischen Partei (DP) und der Partei der Wiedergeburt (YDP), lehnte den Dringlichkeitsantrag ab. Der UBP-Abgeordnete Atun aus Famagusta erklärte: „Es sollte nicht vergessen werden, dass sich das Land in einem Waffenstillstand befindet. Im Süden wird immer stärker aufgerüstet. Es wäre nicht richtig, der Frage der Kriegsdienstverweigerung die Tür zu öffnen.“

Ungeachtet der verständnisvollen Haltung der Justiz beim Prozess gegen Mustafa Hürben hat die Staatsanwaltschaft erneut die Verfolgung von Halil Karapaşaoğlu aufgenommen. Da er weiter die Teilnahme an der jährlichen Mobilisierungsübung verweigert, wurde er für den 1. Februar vor Gericht zitiert. Unter großem Medienecho und in Anwesenheit zahlreicher Unterstützer:innen verschob der Richter die Verhandlung auf den 14. März. Ob die mediale Aufmerksamkeit zu Fortschritten führen wird, hängt nach Einschätzung von Murat Kanatlı vor allem davon ab, ob es gelingen wird, politische Unterstützung aus dem Europaparlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu organisieren.

Auch im südlichen Teil der Insel steht es um die Sache der KDV nicht gut. Zwar gibt es in der Republik Zypern seit 1992 ein Recht auf Verweigerung, doch ist der Alternativdienst deutlich länger als der obligatorische Wehrdienst. Informationen zum Recht auf KDV und zum Anerkennungsverfahren sind weitgehend unbekannt; lediglich drei säkular motivierte Verweigerer haben in den letzten Jahren einen Zivildienst absolviert.

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. <<

Zu Besuch im EU-Parlament

Was können EU-Abgeordnete für lokale Friedensinitiativen tun?

Von Hauke Thoro

Eines der Mitglieder der DFG-VK Berlin war zu Besuch im EU-Parlament in Straßburg. Dort diskutierte es mit Özlem Alev Demirel, außen- und friedenspolitische Sprecherin von Die Linke im Europaparlament, darüber, was EU-Abgeordnete tun können, um mit ihren Möglichkeiten lokale Friedensinitiativen zu unterstützen. Im Folgenden berichten wir über die Ergebnisse der Gespräche und das begleitende Tourismusprogramm. EU-Abgeordnete können sehr viel für uns tun, ist das Fazit: Wir könnten das viel mehr nutzen!

Warum das EU-Parlament besuchen? „Kennst Du Deine EU-Abgeordneten?“ Das frage ich gerne bei geeigneten Anlässen meine Gesprächspartner*innen. Die Antwort ist fast immer: „Öh, nein...“ Das ist ein doppeltes Problem. Wenn wir unsere Abgeordneten nicht kennen, können wir keinen Einfluss nehmen. Unsere Abgeordneten haben auch nichts davon, wenn niemand ihr Engagement wahrnimmt.

Ab und zu antworten auf meine Frage Menschen auch mit: „Äh... Sonneborn?“ Das zeigt, dass ein biss-

chen Krawall und Remmidemmi auch EU-Abgeordneten gar nicht schadet. Um zu ergründen, was EU-Parlamentarier*innen für lokale Initiativen tun können, bin ich im Februar 2024 nach Straßburg gefahren.

Regelmäßige Besuchsfahrten. Für meinen Besuch habe ich an einer sogenannten Besuchsfahrt der Abgeordneten Özlem Alev Demirel teilgenommen. Frau Demirel ist seit 2019 für Die Linke im EU-Parlament.

EU-Abgeordnete erhalten vom Besucherzentrum des Europäischen Parlaments finanzielle Unterstützung bei der Organisation von Besuchsfahrten. In der Regel besichtigt man das EU-Parlament, informiert sich bei einem Vortrag des Besucher*innen-zentrums, erklimmt die Besucher*innentribüne des Sitzungssaals und hat Gelegenheit zum Austausch mit Abgeordneten und Mitarbeitenden. Abgerundet wird dies mit einem touristischen Programm.

Was können EU-Abgeordnete tun? Aber zur Sache: Was können EU-Abgeordnete für lokale Initiativen tun? Dazu zuerst ein Blick auf die formellen Möglichkeiten.

EU-Abgeordnete dürfen im EU-Parlament reden. Bei unserem Besuch hatte Özlem Demirel im Plenum exakt 90 Sekunden Redezeit zur Verfügung. Diese ist also recht kostbar. Abgeordnete dürfen außerdem schriftliche Anfragen stellen. Diese werden in alle Amtssprachen

der EU übersetzt, was ein netter kostenloser Service ist. Die Kommission muss antworten: mindestens, dass sie keine Ahnung vom Thema hat oder es nicht wichtig findet (der/die Lesende merkt hier schon: Ob das für eine lokale Initiative sinnvoll ist, wird in vielen Fällen auf die mediale Erzählung ankommen).

Deutlich seltener, weil deutlich aufwändiger, veranstalten EU-Abgeordnete Konferenzen. Schafft es eine lokale Initiative, ihr Thema hier unterzubringen, ist das natürlich Bombe. Auf der Konferenz selber gibt es ein aus Multiplikator*innen bestehendes Publikum, und zu Hause garantiert der Fakt, dass das eigene lokale Thema hochhoffiziell im EU-Parlament stattfand, Aufmerksamkeit, Legitimation und mediale Präsenz.

Außerdem machen die Fraktionen Broschüren. Etwas langweiliger und mehr Inhalt als das Ding mit der Konferenz, doch in der politischen Aufmerksamkeitsökonomie funktioniert das ähnlich.

Statements? Nicht so richtig fündig geworden bisher? Macht nichts, es gibt noch informelle Wege. Für EU-Abgeordnete gilt die Freiheit des Mandats (und juristische Immunität). Wenn sie wollen (und Zeit finden), können sie sich also zu beliebigen Themen mit Statements in der Öffentlichkeit äußern. Diese Statements dürfen sie sogar vor der architektonischen Kulisse des Parlamentsgebäudes und auf ihren Internet-Medien machen. Wer merkt da schon, dass das Statement gar nicht in den kostbaren 90 Sekunden im Plenum stattfand?

Wahrnehmung? Aber nimmt das überhaupt wer wahr? Von allein nicht: Meistens muss man nachhelfen. Journalist*innen neigen dazu (wie alle an-



Foto: Hauke Thoro

Die Besucher*innengruppe vor dem Europaparlament in Strasbourg

deren Menschen auch ...), bewährte Konzepte wie Strickmuster einzusetzen. Das führt dazu, dass spannende Artikel u.a. dadurch spannend werden, dass die Texte unterschiedlichen Akteuren unterschiedliche mediale Rollen zuweisen.

In diesem Theater könnten wir die Rolle der besorgten lokalen Bürger*innen mit einem Anliegen wahrnehmen. Wir könnten aber auch krawallige Aktivistis sein, die mit Zuspitzungen und spannenden Bildern oder Inszenierungen für Aufmerksamkeit sorgen. Özlem Alev Demirel hat die Rolle, ein Thema mit ihrem Statement mit Legitimation zu versehen und in die politische Arena zu tragen.

Unfreiwillig mitmachen tut außerdem die Gegenseite: Die EU-Kommission oder andere politische Verantwortliche werden sich meistens trotz Anfrage nicht äußern und sind damit ja schon im Hintertreffen. Sagen sie doch was: umso besser, dann gibts ja tatsächlich 'ne Nachricht. Haben wir noch irgendwelche Wissenschaftler*innen oder Jurist*innen? Das sind auch beliebte mediale Rollen.

Abgeordnete ansprechen. Aber wie spreche ich Abgeordnete an? Eher über die Mitarbeitenden. Denn EU-Abgeordnete sind deutlich weniger greifbar als andere Abgeordnete. Das EU-Parlament hat 40 Sitzungswochen, der Bundestag nur 12 und das Berliner Abgeordnetenhaus hat alle zwei Wochen einen Termin (... plus Ausschusssitzungen ...). EU-Abgeordnete haben also deutlich weniger Zeit, auf irgendwelchen öffentlichen Veranstaltungen abzuhängen, wo man sie mit seinem Thema einfach ansprechen kann.

Schreibt deshalb eine kurze Mail an die Büros der Abgeordneten. Wenn es keine Antwort gibt, ruft zwei Tage später im Büro an und hakt bei den Mitarbeitenden nach.

Abgeordnete aussuchen. Welche Abgeordneten nehme ich? Durch die hohe Spezialisierung im EU-Parlament erscheint es mir sinnvoll, die Ab-

geordneten nicht geografisch, sondern thematisch auszuwählen. Sucht euch eine Fraktion aus, die grob eure politischen Inhalte vertritt. Und dann schaut ihr die Profile der Abgeordneten der jeweiligen Fraktion durch. Wer ist in welchem Ausschuss? Was sagt die Person da so? Was macht die Person für Statements? Wie krawallig oder seriös sind die? Wozu stellt die Abgeordnete Anfragen? Keine Scheu vor dem Ausland: Eventuell kommt eure passende Abgeordnete aus einem anderen EU-Land. Ihr könnt kein Englisch? DeepL und Google helfen beim Übersetzen eurer Mails.

Fazit. Traut euch, meistens werdet ihr bei thematisch passenden Abgeordneten offene Türen einrennen. Wichtig ist jedoch, dass den Abgeordneten und ihren Mitarbeitenden eure Idee thematisch, inhaltlich und aktionstechnisch einleuchtet. Diese Vorarbeit zu leisten, ist eure Aufgabe und nicht der Job der Mitarbeitenden!

Und der Tourismus? Und jetzt noch ein bisschen Tourismus, denn es war sehr nett in Straßburg. Tagesordnungspunkt 1: Besuch in der Kathedrale Notre-Dame. Spektakuläres Gebäude mit nur einem Turm (ein zweiter war zu teuer, BER und Elbphilharmonie gab's also auch schon früher...). Mir hat sehr gut gefallen, wie die Tourist*innenbegleitung anhand des Gebäudes den Unterschied zwischen romanischer und gotischer Architektur zeigen konnte.

Beim Verlassen der Kathedrale bekamen wir auch gleich einen Eindruck von der Militarisierung in Frankreich. Während wir uns sortierten, bestreifte ein Jagdkommando den Platz. Doch nicht so trottelig wie unsere Bereitschaftspolizei oder Feldjäger: mit gegriffenem Sturmgewehr und sich feldmäßig verteilend, gegenseitig Deckung gebend, als sei durchaus mit plötzlichem Feindfeuer zu rechnen. Mein subjektives Sicherheitsempfinden erhöhte das nicht gerade, es löste bei mir eher das Bedürfnis aus, mich ganz schnell in Deckung zu begeben.

Bitte umsteigen von analog auf digital



Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb wirbt:

Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!

Und bittet darum, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail. Zu lesen am Computer, auf dem Tablet oder Smartphone. Bisher haben sich mehr als 500 Mitglieder für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Und eine Umstellung schont natürliche Ressourcen.

Die Umstellung ist ganz einfach:

Entweder zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/ aufrufen, eintragen, absenden, fertig. Oder: E-Mail an: zc@dfg-vk.de mit dem Betreff: *ZC digital* Bitte Vor- und Nachnamen, Wohnort und (falls griffbereit) Mitgliedsnummer angeben. Vielen Dank!

Architektonische Verbindungen.

Dann schlafen, um 6 aufstehen und ins EU-Parlament. Spektakuläre Architektur. Interessant der Vergleich mit dem gotischen Teil der Kathedrale: Die großen, lichten Fenster sollen Transparenz zur als oben imaginierten Transzendenz symbolisieren, beim EU-Parlament findet sich derselbe Gedanke, nur nach unten.

Der Vortrag des Besucher*innen-dienstes hat mir gut gefallen. Der Angestellte des EU-Parlaments gab sich Mühe, zielgruppenangemessen für die Sinnhaftigkeit seiner Arbeitgeber*in zu werben. Er machte deutlich, dass das EU-Parlament nicht so klare Grenzen zwischen den Fraktionen hat wie andere Parlamente, die eine Regierung bilden. Das führe dazu, dass sich in den Vorlagen und Beschlüssen sehr viele Positionen wiederfinden und Die Linke bei den Abstimmungen im Gegensatz zu anderen Parlamenten zu 60 Prozent auf der „Sieger*innenseite“ stehe.

Was darf Satire? An Herrn Sonneborn und seinem „Satire-Projekt“ Die Partei ließ die Person vom Besucher*innendienst hingegen kein gutes Haar. Er witzelte, dass es zwischen den beiden Abgeordneten von Die Partei zu einer „Auseinandersetzung über das Humorverständnis“ gekommen sei (Sonneborn fand Rassismus lustig, Semsrott nicht). Weiter argumentierte die Person vom Besucher*innendienst, Sonneborns Zuspitzung und Dramatisierung sei einer Konsensfindung im politischen Betrieb des Parlaments völlig abträglich. Fairerweise stellte er aber klar, dass vermutlich niemand so viel dafür tue,

das EU-Parlament den Bürger*innen nahezubringen, wie Herr Sonneborn.

Schwerpunkte der Abgeordneten.

Die eigentlich hier vorgesehene Diskussion mit Özlem Alev Demirel fiel leider aus, da sie eine Rede im Plenum halten durfte. Stattdessen erläuterten ihre Mitarbeitenden die Arbeitsschwerpunkte ihrer Abgeordneten und was sie in ihren Ausschüssen so tut: Sozialpolitik, für einen Mindestlohn streiten, Erdogan kritisieren und gegen die europäischen militärischen „Mobilitätsprojekte“ sein.

Die Tribüne. Danach ging's auf die Tribüne. Man darf nix sagen, nix machen, keine Beutel mit Slogans mitnehmen, nur zuhören. Das aber in ungefähr 26 Sprachen via Kopfhörer und Simultanübersetzung. Die Sprechenden überzogen fast alle und redeten ohne Bezug aneinander vorbei. Erst war Uschi noch da, doch dann verließ sie den Saal.

Das war Özlems Rede: <https://bit.ly/4acTTQv>

Banner? Mir gelang es teilweise, ein Banner in den Saal zu schmuggeln. Aber das ist in meinen Augen nicht der richtige Ort für eine Banner-Aktion. Die Tribüne ist sehr groß und sehr weit weg vom Plenum; man bräuchte ein riesiges Banner. Und um das Bildermachen müsste man sich auch kümmern, von alleine geht das nicht. Dies ist ebenfalls nur von der Tribüne möglich, wo man sich nicht frei bewegen darf und deswegen nur eher schlechte Fotowinkel drinne sind. Und dann muss man das illegale Bild auch noch raus schmuggeln ... aber Wlan gäbe es

immerhin, um es gleich in die Cloud zu senden ...

Ausstellung. Nächster Stopp: die Ausstellung. Es ist dieselbe wie im EU-Haus in Berlin. Sie feiert „Europa“ völlig kritiklos ab. Groß-Brexitannien ist in x % der Animationen noch mit am Start ...

Um das schicke Erinnerungsfoto an der Fahnenwand wurden wir übrigens gebracht. Um die ausgefallene Diskussion wenigstens ein wenig zu ersetzen, nahm sich Özlem Alev Demirel netterweise zwischen ihren Terminen Zeit für eine verlängerte Kippenpause mit uns im Innenhof des Parlaments. Sie plauderte aus dem Innenleben des Parlaments. Lustige Anekdote: Es wird im Akkord abgestimmt. Weil da schon mal was schief geht, hat man fünf Tage Zeit, seine Abstimmung zu korrigieren.

Bootsfahrt. Nächster Stopp: Schiff-fahrtsanleger. Wir machen eine Boots-fahrt einmal rund um Straßburg. Sehr nett – und warm dank Gewächshaus-schiff. Straßburg ist schick: alte Häuser, neuere Häuser, Wasser (keine Wasserratten gesehen). Vielen Dank für die Einladung nach Straßburg und die Mühe mit unserem Besuch.

Wer mehr über die Arbeit im EU-Parlament wissen möchte, dem sei die ARD-Arte-Satire „Das Parlament“ empfohlen. Der junge Mitarbeiter Sammy hat seinen ersten Tag im EU-Parlament und ist erst mal, zur Belustigung des Publikums, sehr verwirrt, findet sich aber gemeinsam mit anderen jungen Mitarbeitenden (und dem/der Zuschauer*in) zusehends besser zurecht im Labyrinth EU-Parlament. Die Serie ist echt gut, sie ist lustig und erklärt unterschwellig sehr viel. Hier ist die erste Folge der ersten Staffel: <https://bit.ly/3IZ9Oq9>

*Hauke Thoroe ist Mitglied im Bundessprecher*innenkreis der DFG-VK und im Landesvorstand Berlin-Brandenburg. <<*



Foto: Hauke Thoroe

Militarisierung in Frankreich: Mit dem Sturmgewehr auf Patrouille in der Strasbourger Innenstadt

Keine Militarisierung der Bildung

„Schulfrei für die Bundeswehr“ als Antwort auf die Bundesbildungsministerin

Pressemitteilung der DFG-VK vom 19. März

Die DFG-VK protestiert gegen die jüngst geäußerten Pläne der Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Militär in Schulen noch intensiver werben zu lassen und Hochschulen für Militär- und Rüstungsforschung zu öffnen. Bildung und Forschung müssen den Menschen und den Frieden dienen – nicht Vernichtung und Krieg.

„Im Zug der von der Bundesregierung ausgerufenen militärischen ‚Zeitenwende‘ wird nun eine massive Militarisierung des Bildungssektors eingeläutet“, warnt Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK. Nach Plänen der Bildungsministerin sollten beispielsweise Jugendoffiziere der Bundeswehr noch häufiger an Schulen kommen und dort für „ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ sorgen: „Letztendlich geht es dabei darum, die jungen Menschen von der Aufrüstung zu begeistern und für den Dienst an der Waffe zu werben“, erklärt Schulze von Glaßer dazu. Die Bundeswehr habe zahlreiche neue Einheiten in den Dienst gestellt und suche für diese dringend „Menschenmaterial“, auch zur Bedienung neuer Waffensysteme, die im Zuge des 100-Milliarden-Pakets für die Bundeswehr erworben werden. Jugendoffiziere haben bereits 2022 über 4300 Vortragsveranstaltungen abgehalten und dabei über 100000 Schüler*innen erreicht.

Gerade Schulbesuche von Soldat*innen seien kritisch, erklärt der Schulze von Glaßer, der bereits mehrere Bücher über Militärwerbung veröffentlicht hat: „Schulen sind dazu verpflichtet, Sicherheitspolitik im Unterricht kontrovers darzustellen – Schülerinnen und Schüler dürfen nicht indoktriniert werden.“ Die Leitlinie für die politische Bildung in Deutschland sei der so genannte „Beutelsbacher-

Konsens“: „Wenn jemand von der Bundeswehr an Schulen kommt, muss auch eine Gegenposition vertreten sein – im Gegensatz zu den bundesweit 90 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen Jugendoffizieren hat die Friedensbewegung aber kaum hauptamtliche Strukturen, und die allermeisten Friedensbewegten sind rein ehrenamtlich aktiv“, so Schulze von Glaßer. Zudem erinnert der DFG-VK-Geschäftsführer daran, dass in vielen Schulgesetzen eine Erziehung zum Frieden und zu gewaltfreier Konfliktlösung festgeschrieben sei: „Dazu können Soldatinnen und Soldaten nichts beitragen – die Bundeswehr ist dafür

da, Konflikte durch Anwendung von Gewalt auszutragen, von friedlicher und gewaltfreier Konfliktlösung haben auch Jugendoffiziere keine Ahnung.“ Die DFG-VK fordert die Kündigung der in neun Bundesländern zwischen der Armee und dem jeweiligen Landeschul- bzw. Kultusministerium bestehenden Kooperationsabkommen, ein Ende der Bundeswehr-Werbung an Schulen und die Auflösung der Einheit der Jugendoffiziere.

Doch nicht nur Schulen sollen in die aktuell stattfindende Aufrüstung eingebunden werden. Um neue Waffen und Kriegsstrategien zu entwickeln, fordert Bildungsministerin Stark-Watzinger eine Öffnung von Universitäten und Hochschulen für das Militär: „Manche Hochschulen haben sich eine Zivilklausel gegeben, die militärische Forschung verhindern soll“, sagte die FDP-Politikerin jüngst den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

An rund 70 Bildungseinrichtungen gibt es die Selbstverpflichtung für rein zivile und friedliche Zwecke zu for-

schen. „Die Bundesregierung macht Druck und greift damit die Autonomie der Hochschulen an“, kritisiert Yannick Kiesel, Referent für Friedenspolitik bei der DFG-VK – und weiter: „Während die finanzielle Lage im Bildungssektor immer prekärer ist, der Putz von der Decke der Lehrräume bröckelt und nicht ausreichend Geld für Personal da ist, winkt die Rüstungsindustrie den Einrichtungen mit Geld, und die Bundeswehr bietet ihre Leute als Lehrende an“, so Kiesel.



Erst vor Kurzem fand in Frankfurt am Main ein Kongress für zivile und friedliche Hochschulen statt: „Studierende, Lehrende und Uni-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter haben sich dort ausgetauscht und gemeinsam beraten, wie das Bildungsideal einer friedlichen und gerechten Welt in Zeiten der Militarisierung noch zu erreichen ist“, berichtet der DFG-VK-Referent. Der Friedensverband werde sich in Zukunft noch stärker gegen die Militarisierung der Bildung einsetzen.

Ein nächster Schauplatz für die Auseinandersetzung werde dabei Bayern, wie Michael Schulze von Glaßer erklärt: „Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder plant für das Bundesland ein eigenes ‚Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern‘, welches ein Kooperationsgebot bis hin zu einer Kooperationspflicht von Schulen und Hochschulen mit dem Militär vorsieht.“ Das sei eine ganz neue Dimension der Militarisierung, so der DFG-VK Geschäftsführer.

«

Den Finger in die Wunde des Unrechts gelegt

Prozesse wegen Protests gegen Atombomben

Von Ariane Dettloff

Am 4. März standen Miriam Krämer und Gerd Büntzly als wegen „Hausfriedensbruchs“ auf dem Atomwaffengelände in Büchel Beschuldigte vor dem Amtsgericht Cochem.

Gemeinsam mit fünf weiteren Menschen hatten Miriam Krämer und Gerd Büntzly sich am 8. Mai 2023 aus Protest gegen die Vorbereitung eines Angriffskriegs durch die sogenannte nukleare Teilhabe zu einer Mahnwache im Atomwaffengelände der Bundeswehr im rheinland-pfälzischen Büchel versammelt. Das Datum war bewusst gewählt, da sich an dem Tag zum 78. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs jährte.

Die Atomwaffengegner*innen konnten ihr Go-in veranstalten, ohne den Sicherheitszaun zu beschädigen, denn das Tor stand offen, damit die Baustellenfahrzeuge passieren konnten. Die Erneuerung der Landebahn ist die Voraussetzung für den Einsatz neuer Atomwaffen, die in Kürze dort

stationiert werden sollen.

„Wir sangen Lieder des zivilen Widerstands und streuten Blumensamen auf die angrenzende Wiese“, erläuterte Miriam Krämer. Zur Rechtfertigung ihres zivilen Ungehorsams zitierte sie unter anderem den Grundgesetzartikel 26:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Doch auf der Website der Bundeswehr heißt es unverblümt: „Der Hauptauftrag des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 ist der Luftangriff.“

Dies sei, so Miriam Krämer, unvereinbar mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Daher betrachtet sie es als Pflicht, sich gewaltfrei zu widersetzen und „den Finger in die Wunde des Unrechts“ am Ausgangsort der potenziellen Zerstörung zu legen.

„Ausgehend von geschichtlichen Ereignissen wie dem friedlichen Wan-

del mit Hilfe des Bürgerprotests in der DDR, dem Protest bis zum Abzug der Mittelstreckenraketen vom Standort Mutlangen und den unzähligen Aktionen zivilen Ungehorsams bis zum Ausstieg aus der Atomkraft prägte mich das Prinzip des gewaltfreien zivilen Widerstands zur Überwindung von anhaltenden Missständen und als Mittel des Korrektivs der politischen Regierungsmacht“, heißt es in ihrer Einlassung vor dem Gericht.

Lehren aus der Geschichte. Den biografischen Hintergrund ihres Engagements erläuterte Miriam Krämer mit der widerständigen Tradition ihrer Herkunftsfamilie.

So hatte ihre Großmutter während der Naziherrschaft Fluchthilfe für ihre nichtarischen Mitbürger*innen geleistet, nachdem ihr aufgrund „mangelndem vaterländischen Einsatz“ die Stelle gekündigt worden war. In der DDR, wo Miriam aufwuchs, verweigerte sie als Dreizehnjährige das Schießen beim schulischen Mehrkampf Wettbewerb und mit 14 Jahren blieb sie diesem ganz fern. Vom „Wehrkundeunterricht“ wurde sie suspendiert. Die Konsequenz war der Ausschluss von der Möglichkeit, zu studieren und einen adäquaten Ausbildungsberuf zu lernen.

Nach dem Übergang in die BRD gründete sie als Reaktion auf die deutsche Beteiligung am Balkankrieg mit anderen Mitstreiter*innen das Würzburger Friedensbündnis und organisierte Großdemonstrationen gegen diesen und weitere Kriege.

Sie arbeitete unter anderem als Friedensfachkraft im Sudan. Zurückgekehrt war sie Mitbegründerin der Trainergenossenschaft „act for transformation“ in Aalen und arbeitete als Referentin für Konflikttransformation, interkulturelle Kompetenz und globa-



Foto privat

Mahnwache vor dem Amtsgericht Cochem mit Gerd Büntzly und Miriam Krämer (3. und 4. von links)

les Lernen. Als Vorbilder betrachtet Miriam Krämer neben den Aktivist*innen am Fliegerhorst Büchel ihre Großmutter und die sudanesischen Kolleg*innen, die unzählige Gewaltfreiheits-Trainings für die Zivilbevölkerung veranstaltet und sich unter Einsatz ihres Lebens in monatelangen Massendemonstrationen für den friedlichen Wandel von der Diktatur in eine Demokratie engagiert haben.

Vorbilder sind für sie auch die Menschen, die 1989 in der DDR auf die Straße gegangen sind und freie Wahlen gefordert haben, obwohl der Zusammenbruch des Systems nicht absehbar war und harte Strafen zu erwarten waren.

„So denke ich auch über die Menschen in Russland, die sich trauen, kreative Proteste für ein Ende des Krieges und für einen demokratischen Wandel trotz Androhung stärkster Repressionen durchzuführen, ebenso Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine“, erklärte die Aktivistin weiter im Amtsgericht Cochem.

Zudem habe sie aus der Geschichte ihrer Großeltern, Eltern und der eigenen gelernt, dass das, was heute als unrechtes Verhalten verurteilt wird, im Blick zurück als dringend notwendig erachtet werden kann.

Die Richterin verhängte 30 Tagessätze, ersatzweise Haft. Miriam Krämers Strafprozess war der hundertste zum Thema Atomwaffenprotest seit den 1990er Jahren.

Gerd Büntzly wurde aufgrund desselben Vorwurfs als „Wiederholungstäter“ zu 90 Tagessätzen verurteilt. Er hatte erklärt, die Sachlage sei den Gerichten lange bekannt. Sie hätten immergleiche Urteile gefällt, doch niemals Beweisanträge zu den Atomwaffen in Büchel zugelassen. Daher sehe er sich nicht mehr in der Lage, sich zu verteidigen, und werde schweigen.

Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Ariane Dettloff ist Mitglied in der DFG-VK-Gruppe Köln.



Trauer um

Elvi Claßen

2. August 1960 – 21. Dezember 2023

Mit nur 63 Jahren verstarb am 21. Dezember 2023 nach kurzer schwerer Krankheit die ehemalige verantwortliche Redakteurin der *ZivilCourage*, Elvi Claßen.

Aufgewachsen in einem Eifeldorf, musste sie sich Bildungschancen erkämpfen: Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, dann Studium der Sozial- und Medienwissenschaft. 1981 trat sie der DFG-VK bei, 1985 wurde sie auf dem Bundeskongress in Münster als Verantwortliche für die Jugendarbeit in den Bundesvorstand gewählt, ab 1986 war sie auch Teil der *ZivilCourage*-Redaktion und von 1989 bis 1999 verantwortliche Redakteurin.

Bei allem, was sie politisch gemacht hat, hat sie nie gefragt, ob es sich für sie persönlich lohnt. Ihre Fragen waren: Ist es nötig und ergibt es Sinn? Wenn ja, dann gab es für sie kein Halten. Manchmal warf sie den ganzen Redaktionsplan über den Haufen, um noch einen aktuellen Text in der *ZivilCourage* unterzu-

bringen, auch wenn deswegen die Korrekturfahrten nachts um drei von Köln nach Düsseldorf gefahren werden mussten.

Nach ihrem Ausscheiden aus der *ZivilCourage*-Redaktion arbeitete sie zeitweilig im elterlichen Familienbetrieb, in einer Unterkunft für Geflüchtete und in einer Bildungseinrichtung für Erwerbslose. 2015 kam sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in mein Abgeordnetenteam im Bundestag in Berlin. Ihr war immer wichtig, dass unsere parlamentarische Arbeit einen Nutzwert für die Friedensbewegung hat, etwa mit der Kampagne gegen das Nato-Manöver Defender 2020 oder Anfragen zu den Atomwaffen in Büchel.

Viel zu früh haben wir eine Mitstreiterin für eine bessere Welt verloren. Mein besonderes Mitgefühl gilt Elvis Ehemann Jörg sowie ihren Freund:innen und Kolleg:innen.

Wir vermissen sie.

Kathrin Vogler

Hemmungslose Rüstungsexportpolitik

Waffenexporte lösen kein Problem, schaffen nur neue und bringen keinen Frieden
pressemitteilungen@gruene-bundestag.de

Von Jürgen Grässlin

Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete waren und sind umstritten – besonders wenn sie in ein Land gehen sollen, das Menschenrechte massiv mit den Stiefeln seiner Sicherheitskräfte tritt. Erinnern wir uns: Bereits vor gut zehn Jahren sprachen alle Argumente aus friedenspolitischer und menschenrechtlicher Sicht gegen Kriegswaffenlieferungen an Saudi-Arabien.

„Ein Staat in einem Krisengebiet. Ein Staat, in dem die Demokratiebewegung auf eigenem Territorium und im Nachbarland mit Waffengewalt unterdrückt wird. Ein Staat ohne geschriebene Verfassung und landesweite Wahlen. Ein aus westlicher Sicht barbarischer Staat, der Erinnerungen ans tiefste Mittelalter wachruft“, so meine Einführung ins „Schwarzbuch Waffenhandel“ (München 2013).

Damals kritisierte ich, dass bei Zusammenkünften mit Wirtschaftsdelegationen Menschenrechte allenfalls pro forma angesprochen, und zugleich profitable Waffendeals eingefädelt wurden. Dass die Große Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für die militärischen Geschäftspartner in Riad eine Lizenz zum Eigenbau von G36-Sturmgewehren, die Lieferung von 70 Kampfflugzeugen des Typs „Eurofighter Typhoon“ und eine mehrere tausend Kilometer lange Grenzsicherungsanlage rund um das Land mit deutscher Beteiligung genehmigt hatte.

Zu den vehementesten Kritikern dieser skrupellosen Rüstungsexportpolitik zählte die (damalige) Oppositionspartei Bündnis 90/Die Grünen. Wenige Tage vor der Bundestagswahl im September 2021 schaltete sie in den sozialen Medien eine gezielte Werbekampagne gegen Kriegswaf-

fenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete.

Mit der neuen Ampelkoalition wurde Robert Habeck Bundeswirtschaftsminister, Grüne. Sven Giegold, Grüne und vormals Attac, avancierte zum – für Rüstungsexporte zuständigen – Staatssekretär. Giegold versprach ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz, das Restriktion gewährleisten, bestehende Gesetzeslücken schließen und mehr Transparenz schaffen sollte.

Zweieinhalb Jahre danach wird die Gesetzesvorlage noch immer unter den Ministerien diskutiert. Ein neuer Gesetzestext ist noch lange nicht verabschiedet. Derweil steigt das Rüstungsexportvolumen exorbitant an. 2023 musste mit einem Gesamtumfang an Exportgenehmigungen in Höhe von 12,2 Milliarden Euro der schlimmste Negativrekordwert aller Zeiten verbucht werden.

Längst vergessen ist die Tatsache, wonach SPD, Grüne und FDP im Koalitionsvertrag noch „eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ vereinbart hatten. Als Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ kritisierte ich die dramatische Steigerung bei Waffenexporten in den Medien scharf. Unter anderem erzielt durch Kriegswaffenlieferungen an die Ukraine, Israel und Südkorea. Diese seien „eine Schande für die Bundesregierung“. In der Rüstungsindustrie würden „die Sektkorken knallen“.

Giegolds Ausführungen zum katastrophalen Rüstungsexportbericht 2023 entsprachen denen seiner Vorgänger gemäß dem altbekannten Motto: Sage das Gegenteil von dem, was du tust. So vertrat er die Ansicht, „dass die Bundesregierung an ihrer restriktiven Grundlinie bei Rüstungsexportpolitischen Entscheidungen festhält, wonach die Frage der Menschen-

rechte von besonderer Bedeutung für alle Rüstungsexportpolitischen Entscheidungen“ sei.

Einer der wirklich wenigen Lichtblicke war die Weigerung der Bundesregierung, die von Großbritannien angeforderten Teillieferungen aus Deutschland für Eurofighter-Exporte via Großbritannien nach Saudi-Arabien zu blockieren.

Worst Case: Eurofighter für Saudi-Arabien und den Hamas-Verbündeten Katar. Noch im Sommer 2023 hatte Kanzler Scholz auf dem Nato-Gipfel in Vilnius seine Zustimmung zur Zulieferung zentraler deutscher Eurofighter-Waffenbestandteile für Saudi-Arabien verweigert. Eine solche Lieferung wurde hingegen unterstützt von den Rüstungsunternehmen Airbus, dem Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie und der IG Metall, die sich für die Kampfflugzeug-Lieferung stark machten.

Im Januar fiel dann auch diese letzte Hürde. Bei einer Nahostreise sprach sich die grüne Außenministerin Annalena Baerbock dafür aus, dass Deutschland die neuerliche Lieferung von Kampfjets des Typs Eurofighter „Typhoon“ an die Militärs in Riad zulassen solle. Den früheren 70 Jets sollten nunmehr 48 weitere folgen. Saudi-Arabien trage maßgeblich zur Sicherheit Israels bei und wolle die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes eindämmen. „Gerade deshalb sehen wir nicht, dass wir uns als deutsche Bundesregierung den britischen Überlegungen zu weiteren Eurofightern für Saudi-Arabien entgegenstellen“, so Baerbocks Rechtfertigung.

Mit einem Mal waren all die guten Gründe obsolet, warum das Regime in Riad keinesfalls die gewünschten weiteren 48 „Typhoon“ erhalten könne. Vergessen auch die führende Rolle,

die die saudischen Streitkräfte bei der Militärintervention im Jemen-Krieg seit 2015 bis heute spielen. Vergessen die Tatsache, dass die saudische Luftwaffe mit den zuvor gelieferten Eurofightern zahlreiche zivile Ziele bombardiert und abertausende Zivilistinnen und Zivilisten getötet hatte. Vergessen der Auftragsmord am Journalisten Jamal Kashoggi 2018. Vergessen all die klaren Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, die von Seiten der Vereinten Nationen beobachtet und kritisiert wurden.

Eher im Stillen erfolgt bereits ein nicht minder brisanter Rüstungsexport. Im Sommer 2022 hatte das Fachmagazin „Europäische Sicherheit & Technik“ gemeldet, dass British Aerospace (BAE Systems) den ersten von 24 Eurofightern in einer offiziellen Übergabezeremonie im britischen Warton an die Streitkräfte Katars ausgeliefert hatte. Im August 2023 meldete BAE, dass die Hälfte der Kampffjets an die katarische Luftwaffe ausgeliefert worden sei.

Zur Erinnerung: Katar zählt zu den engsten Verbündeten der radikalislamischen Hamas, die am 7. Oktober 2023 mehr als 1200 israelische Zivilistinnen und Zivilisten ermordete. Gleichzeitig wurden die deutschen Rüstungsexporte an den Verbündeten Israel von 2022 auf 2023 verzehnfacht. In diesem Sinne agiert die Ampelkoalition wie ihre Vorgängerregierungen: Rüstungsexporte an beide verfeindete Seiten sind gut fürs Geschäft. Moral und Ethik – nein danke!

Für die DFG-VK bieten die laufenden Exportskandale die Möglichkeit, nachdrücklich die hemmungslose Rüstungsexportpolitik der Ampelkoalition anzuprangern. Eine gelungene Aktion „Keine neuen Eurofighter für Saudi-Arabien“ wurde von unserem politischen Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer im Januar in Berlin organisiert (*siehe <https://bit.ly/3Thx1IL>*).

Viele weitere sollten unsererseits an den relevanten Orten folgen: dem Bundeskanzleramt als Sitz des Bundessicherheitsrats und an Produkti-



Foto: DFG-VK

onsorten von EF-Teilen, wie in Augsburg, Freiburg, Oberndorf und weiteren.

Kriegslogik schürt Hass auf Generationen hinaus. Die Logik, wonach kriegerische Auseinandersetzungen und Kriege mit massiven Militärinterventionen und Waffenexporten schnell und erfolgreich beendet werden können, ist auf ganzer Linie gescheitert. Sowohl seitens der Nato und ihrer Verbündeten als auch seitens der Bundeswehr. Alle Kampfeinsätze der großen Kriege des 21. Jahrhunderts – sei es in Afghanistan, im Irak, in Libyen, im Jemen, in Syrien, in der Ukraine und im Gaza-Streifen – sind gekennzeichnet von militärischen Desastern.

So wird auch der Abnutzungskrieg in der Ukraine nicht mit neuerlichen Waffenexporten zu lösen sein. Und die israelfeindliche Ideologie der Hamas wird nicht durch Zehntausende getöteter, verstümmelter und verkrüppelter Palästinenserinnen und Palästinenser auszulöschen sein. Im Gegenteil: Mehr Tote und Verletzte schüren allseits nur weiteren Hass auf Generationen hinaus.

Weitere Waffenexporte und noch mehr Waffeneinsätze führen in die Konflikteskalation. Wer – wie die Bundesregierung – Kriegswaffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert, gießt Öl ins Feuer, schafft neue Brandherde.

Nein, Waffenexporte lösen keines der Probleme, schaffen nur neue, bringen schon gar keinen Frieden. Sie dienen einzig und allein dem Wohl der Rüstungsindustrie, die – vergleichbar den Zeiten des Kalten Krieges – in diesen heißen Kriegen des 21. Jahrhunderts von der allseitigen Gewalteskalation profitiert. Deren Produktion boomt, deren Gewinne steigen, deren Aktienkurse gehen durch die Decke.

Die zentrale Erkenntnis ist und bleibt: Militär und Rüstung sind nicht die Lösung, sie sind das Problem.

Die Zeitenwende der Zeitenwende – gemäß der Friedenslogik von Papst Franziskus. Alles spräche dafür, endlich die Reißleine zu ziehen und sofort von der völlig verfehlten und kontraproduktiven Kriegslogik auf eine sinnhafte Friedenslogik umzustellen. Der gesunde Menschenverstand gebietet eine radikale Umkehr, einen unverzüglichen Politikwechsel. Weg von der Zeitenwende eines Olaf Scholz und der Bundesregierung, hin zur Zeitenwende der Zeitenwende.

Dabei setzt die Friedenslogik auch auf die Analysen der wissenschaftlichen Studie „Why Civil Resistance Works“ und ihrer Nachfolgestudien. Darin konnten die US-Friedensforscherinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan empirisch belegen, dass gewaltfreier Widerstand wesentlich erfolgreicher war und ist als militä- »

» rischer. Und dass massenhaftes Morden und die Zerstörung eines Landes durch gewaltfreien Widerstand und Soziale Verteidigung weitgehend vermieden werden können.

Friedenslogik ermöglicht den Menschen in Kriegsgebieten das Verlassen der Gefahrenzone, allen KDern und Deserteur*innen die Flucht ins Ausland. Friedenslogik leistet umfassende humanitäre Hilfe, die den Notleidenden das Überleben sichert. Statt auf mehr Militär und weitere Waffe-

nexporte zu setzen, fördert Friedenslogik Waffenstillstandsverhandlungen und leitet Friedensverhandlungen ein.

Durchaus in diesem Sinne forderte Papst Franziskus im März die Ukraine auf, Mut zu zeigen und eine „weiße Fahne“ zu hissen, um ein Kriegsende auszuhandeln. Gemeint waren Verhandlungen mit Russland, „bevor es noch schlimmer wird.“ Wohl dem, der so viel Weitblick besitzt und es wagt, dem militärraffinen Mainstream so offen entgegen zu treten.

Für die DFG-VK bedeutet die Friedenslogik die Chance, verstärkt in die öffentliche Debatte einzugreifen – mit Aktivitäten auf allen politischen Ebenen. Und im Verbund mit der sozialen Bewegung, den Gewerkschaften und den Kirchen, die sich gleichsam dem monetären Mangel in der Bildung, in der Pflege, bei der Gesundheit, in der Kultur entgegenstellen.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-Bundessprecher*innenkreis.* <<

Völkerrecht achten! Leid vermeiden! Rüstungsexporte nach Israel aussetzen!

„Wir verurteilen uneingeschränkt die brutalen Terroranschläge der Hamas und islamistischer Gruppen am 7. Oktober gegen Israel und fühlen mit den Opfern, Angehörigen und der Bevölkerung Israels, die unter den Folgen leiden. Wir verurteilen auch die militärischen Gegenmaßnahmen der israelischen Regierung in Gaza, wenn diese gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verstoßen. Dazu gehören die gezielte Bombardierung von zivilen Zielen, wie Flüchtlingslagern, Schulen, Krankenhäusern und damit die bewusst in Kauf genommene Tötung von Zivilist:innen, darunter vor allem Kinder und Frauen. Wir fühlen mit den Opfern, Angehörigen und der Bevölkerung in Gaza, die unter diesen Handlungen leiden“, erklärt Vincenzo Petracca, Sprecher der Aktion Aufschrei und Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und mahnt: „Das Selbstverteidigungsrecht Israels muss sich in den Grenzen des Völkerrechts bewegen. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gilt uneingeschränkt für alle Menschen. Auch der US-Außenminister Blinken hat gegenüber der israelischen Regierung angemahnt, den 7. Oktober nicht als ‚Freibrief zur Entmenschlichung anderer‘ zu benutzen. Entsprechend beruht unsere Kritik an der derzeitigen Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza einzig und allein auf den Prinzipien der Menschlichkeit.“

„Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung in aller Dringlichkeit auf, keine Waffenexporte nach Israel zu genehmigen, solange dieser Krieg geführt wird und die Gefahr besteht, dass die gelieferten Waffen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza eingesetzt werden könnten“, so Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne und Bundessprecher der DFG-VK. „Der für Deutschland verbindliche Waffenhandelsvertrag und der Gemeinsame Standpunkt der EU gebieten es, Exportgenehmigungen zu versagen, wenn die Gefahr besteht, dass die gelieferten Rüstungsgüter dafür eingesetzt werden könnten, um Verstöße gegen die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht zu begehen oder zu erleichtern. Der Gerichtshof in Den Haag hat am 12. Februar geurteilt, dass die niederländische Regierung aus diesen Gründen ‚jegliche (tatsächliche) Ausfuhr und Durchfuhr von F-35-Teilen mit Endbestimmung Israel einzustellen‘ hat“, so Grässlin weiter. „Dieses Urteil bestärkt unsere Forderung nach einem Verbandsklagerecht in einem Rüstungsexportkontrollgesetz. Genehmigungsentscheidungen der Bundesregierung müssen von unabhängigen Gerichten auf ihre Gesetzmäßigkeit hin überprüft werden können. Das gebietet das Rechtsstaatsprinzip“, ergänzt Grässlin.

„Der Internationale Gerichtshof hat am 26. Januar im einstweiligen Rechtsschutzverfahren daran erinnert, dass ‚alle Parteien des Konflikts

im Gazastreifen an das humanitäre Völkerrecht gebunden sind‘. Zudem wird Israel aufgefordert, ‚alles in seiner Macht Stehende zu tun‘, um Tötungen und schwere körperliche und geistige Verletzungen der Gruppe der Palästinenser in Gaza zu verhindern und ‚wirksame Maßnahmen [zu ergreifen], um die Bereitstellung von dringend benötigter Grundversorgung und humanitärer Hilfe zu ermöglichen‘“, so Gerold König, „Aufschrei“-Sprecher und Bundesvorstand von Pax Christi, und fordert: „Die Bundesregierung muss alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Forderungen des IGH gegenüber Israel zur Umsetzung zu bringen und Deutschlands Hilfszahlungen an das UNRWA unverzüglich wiederaufnehmen.“ König fügt hinzu: „Es ist schwer, über Menschlichkeit und Frieden zu reden, wenn ein Krieg geführt wird, bei dem die Grenzen des Sag- und Vorstellbaren von beiden Seiten weit überschritten wurden. Die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um das Töten und Sterben zu beenden und einen langfristigen Befriedungs- und Versöhnungsprozess zu unterstützen. Dazu gehört auch, eine dauerhafte Lösung im Rahmen einer Zweistaatenlösung zu suchen. Wir sind es den Opfern auf beiden Seiten schuldig, nicht zu schweigen.“ *Presseerklärung der „Aktion Aufschrei“ vom 21. Februar*

Das KZ im Kasernengelände

Zur Geschichte des KZ Heuberg in Stetten am kalten Markt auf der Schwäb. Alb

Von Michael Schmid

Am 30. Januar 1933 wurde der Naziführer Adolf Hitler durch Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Der Aufruf der KPD zum Generalstreik für den Tag darauf wurde im Wesentlichen nur in Mössingen befolgt, also einem damaligen Dorf am Albrand, nicht allzuweit von hier entfernt, wo 800 Menschen ihre Arbeit niederlegten.

Der „Reichstagsbrand“ vom 27. Februar 1933 wurde von der NS-Führung genutzt, um die hemmungslose Verfolgung von Regimegegnern zu verschärfen. Bereits einen Tag später wurde durch den Reichspräsidenten die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen, kurz: Reichstagsbrandverordnung. Mit dieser wurden einerseits wesentliche Grundrechts-Artikel der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt; und andererseits wurde das Prinzip der „Schutzhaft für Staatsfeinde“ in Gang gesetzt, welches sich außerhalb des staatlichen Justizsystems befand. Inhaftierungen in die Gefängnisse und dann in die KZs erfolgte also unter Umgehung der Justiz.

Damit war der Weg freigeräumt für die nunmehr legalisierte Verfolgung der politischen Gegner der NS-DAP durch Polizei und SA. Es wurden zwar am 5. März 1933 Reichstagswahlen abgehalten, die insbesondere für die KommunistInnen schon keine „freie Wahlen“ mehr waren. Nun erwies sich die Reichstagsbrandverordnung für die Nazis als eine entscheidende Etappe bei der Ausschaltung ihrer politischen und weltanschaulichen GegnerInnen und in der Errichtung der NS-Diktatur. Bei den nun erfolgten Massenverhaftungen ohne Rechtsverfahren im März 1933 wurden die Verhafteten ohne Angabe von Rechtsgründen mit dem Instrument

der „Schutzhaft“ in die Sturmlokale und Prügelkeller der SA verschleppt oder in die bestehenden Polizei- und Amtsgerichtsgefängnisse eingeliefert. Diese waren bald völlig überfüllt.

So entstanden ab März 1933 im Deutschen Reich mindestens 80 Orte, an denen über 100000 Menschen in „Schutzhaft“ genommen wurden. Viele dieser Orte wurden zunächst offiziell als Konzentrationslager bezeichnet. Dazu gehörte ab dem 20. März 1933 hier das KZ Heuberg.

Für das KZ wurden Gebäude der hier vorhandenen ehemaligen Kaserne genutzt. Diese hatte das Großherzogtum Baden hier in Stetten am kalten Markt samt Truppenübungsplatz ab 1912 für badische Truppen errichten lassen. Der damalige Beschluss wurde von der Stettener Bevölkerung mehrheitlich sehr begrüßt. Denn das hochgelegene Bauerndorf mit seinen miserablen Böden war für die Landwirtschaft wenig geeignet, und entsprechend herrschten ärmliche Verhältnisse vor. Die nun zum Garnisonort gewordene Gemeinde erlebte einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung, gerade auch im Ersten Weltkrieg. Die Bevölkerung verdoppelte sich in den wenigen Jahren bis zum Kriegsende. Doch nach dem verlorenen Krieg benötigte die Reichswehr Kaserne und Truppenübungsplatz auf dem Heuberg nicht mehr, was sich auf die wirtschaftliche Situation in Stetten sehr negativ niederschlug. Stattdessen wurde 1920 das gesamte Lager und der Platz dem Karlsruher Verein „Kinderheilfürsorge Heuberg e.V.“ übergeben. Es wurde dann von reformfreudigen PädagogInnen als Kindererholungsheim genutzt - von Armut betroffene Kinder wurden aufgepäppelt und gestärkt; insgesamt waren rund 100000 Kinder zur Erholung in der ehemaligen Kaserne. Die-

se zivile Nutzung war allerdings für die Stettener Bevölkerung weniger ertragreich. Sie begrüßte es dann eher, als das württembergische Innenministerium im März 1933 die Kaserne beanspruchte, um hier ein KZ für Württemberg-Hohenzollern einzurichten.

Dieses also vor 90 Jahren hier auf der Schwäbischen Alb entstandene KZ war vermutlich das erste in Deutschland, auf jeden Fall das erste in Württemberg. Es unterstand der politischen Polizei, zum Wachpersonal gehörten SA-Männer. Das Konzentrationslager wurde für „ordnungsgefährdende Elemente“ eingerichtet, in erster Linie Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter. Sie wurden als „vorbeugende Maßnahme“ in „Schutzhaft“ genommen, um damit „staatsfeindliche Elemente auszuschalten“. Schon in den ersten Wochen nach der Errichtung waren über 2000 Männer aus Württemberg, Hohenzollern und auch einige aus Baden zum Zweck der „Umerziehung“ inhaftiert, wie es in breiter propagandistischer Publizität hieß. Das KZ Heuberg war mit insgesamt etwa 3400 Häftlingen im Jahr 1933 eines der großen, im April 1933 sogar das größte KZ im Deutschen Reich.

Eingesperrt wurden hier auch einige prominente Menschen. So wurde Fritz Bauer, der sich als Mitbegründer des Republikanischen Richterbunds in Württemberg und als Funktionär des SPD-nahen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold politisch betätigt hatte, am 23. März 1933 aus seinem Amtszimmer im Stuttgarter Amtsgericht abgeführt und in das KZ Heuberg gebracht, wo er acht Monate lang gefangen gehalten wurde. Fritz Bauer hat später - ab 1959 - als hessischer Generalstaatsanwalt begonnen, die Verbrechen im Vernichtungslager Auschwitz vor Gericht zu bringen. Etwas, was für »

» die Geschichte der Bundesrepublik von herausragender Bedeutung war, denn bis dahin hatten die Täter unbehelligt im Westen Deutschlands leben können. Das Schicksal der Inhaftierung im KZ Heuberg teilte auch der frühere Reichstagsabgeordnete und spätere SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher ab 6. Juli 1933, ebenso wie auch nahezu die komplette obere und mittlere Funktionärschicht der KPD in Württemberg und Baden, Landtags- und Reichstagsabgeordnete, weitere Sozialdemokraten und auch Mitglieder anderer Parteien.

Die Häftlinge wurden alle ohne richterlichen Haftbefehl oder ordent-

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung, bei der die hier veröffentlichte Rede von Michael Schmid gehalten wurde, fand noch ein Besuch im naheliegenden „Russenfriedhof“ statt. Auf diesem gibt es u.a. einen Gedenkstein, den die VVN-BdA (Verenigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Baden-Württemberg) im Herbst 1986 eingeweiht hat: „Den erschossenen und gefallenen Antifaschisten der Bewährungsbataillone 999“. In das „Bewährungsbataillon 999“ bzw. „Strafbataillon 999“ wurden aufgrund des Kriegsverlaufes ab 1942 politische Gegner der Nazis, die als „wehrunwürdig“ galten, zum Kriegsdienst gezwungen. Die Einheiten wurden dann an besonders gefährlichen Frontabschnitten eingesetzt. Sie erhielten zuvor eine militärische Kurzausbildung u.a. auf dem Truppenübungsplatz Heuberg – für manche von ihnen genau an dem Ort, an dem sie zehn Jahre zuvor in KZ-Haft waren.



liches Strafverfahren ins KZ Heuberg eingesperrt und waren perversen Demütigungen, Willkür und Gewalt ausgeliefert.

Da der Tod der Häftlinge im Lager Heuberg kein ausdrückliches Ziel war, wurden die Misshandlungen in der Regel abgebrochen, bevor sie zum Tode führten. Dennoch überlebten manche Häftlinge die schlimmen Gewaltexzesse und die Brutalität nicht, die angewendet wurde. Es gibt zwar nur einen Häftling, dessen direkte Ermordung auf dem Heuberg nachgewiesen ist - Simon Leibowitsch. Bei anderen Toten, die es laut Aufzeichnungen von Häftlingen gab, konnte die Todesursache nicht weiter geklärt werden. Und dann wird auch noch von einer Reihe von indirekten Todesfällen infolge der Misshandlungen und Erniedrigungen nach der Haftentlassung berichtet.

Mord war also in den frühen Lagern wie im KZ Heuberg noch die Ausnahme, obwohl deutschlandweit in dieser frühen Phase mehrere hundert Menschen zu Tode geprügelt und erschossen wurden oder an den Folgen der Haft starben.

Dagegen waren typisch für den Heuberg und die anderen frühen KZ „immer wieder Entlassungen und neue Verhaftungen und damit ein stetiger Fluss von Häftlingen in und aus den Lagern, um die politischen Gegner abzuschrecken und die eigenen Anhänger zu beeindrucken. Diesem Zweck diente auch die in den ersten Jahren übliche Berichterstattung, wobei die Lager als ‚Umerziehungsorte‘ mit strenger, aber gerechter Behandlung inszeniert wurden.“

Anders als die Lager des späteren KZ-Systems war das Lager Heuberg nicht als dauerhafte Haftstätte geplant worden. Was hier ab 20. März 1933 geschah, sollte zunächst in der frühen Phase als zeitweises Mittel dienen, um die politischen Gegner zu bekämpfen und die politische Opposition zu zerschlagen und so die Diktatur zu etablieren und zu festigen. Als dann die Gebäude des KZ Heuberg für den Aufbau der Wehrmacht benötigt wurden, wurde das Lager zum

Ende des Jahres 1933 geschlossen. Als Landes-KZ wurde es ab November 1933 durch das „Württembergische Schutzhaftlager Oberer Kuhberg, Ulm/Donau“ ersetzt.

Nach Kriegsende erhielten gequälte und gesundheitlich ruinierte Menschen oft nicht einmal Haftentschädigung. Was ist dagegen aus den Tätern geworden? Karl Buck war ab April 1933 gefürchteter Lagerkommandant auf dem Heuberg, dann auf dem Oberen Kuhberg, danach fand er ab 1935 seine nächste Station als Lagerkommandant im KZ Welzheim und schließlich ab 1940 im KZ Schirmeck-Vorbruck im Elsass. Er wurde nach Kriegsende wegen der im „Sicherungslager“ Schirmeck-Vorbruck begangenen Morde verhaftet und sowohl von einem britischen als auch von einem französischen Militärgericht dreimal zum Tod verurteilt, später jedoch zu lebenslänglich begnadigt.

1955 wurde er nach Deutschland ausgeliefert und daraufhin entlassen. Bis zu seinem Tod 1977 lebte Karl Buck in Rudersberg, wo er „sehr gut angesehen“ war und Hühner züchtete.

An die Verbrechen der Nazis zu erinnern, der Opfer zu gedenken und Verantwortung zu übernehmen ist in der Gegenwart und auch in der Zukunft wichtig. Dafür sind Gedenkstätten und Denkmäler wichtig - wie etwa das „Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg“ in Ulm.

Aber das alleine reicht noch nicht aus, denn unsere Demokratie ist natürlich keine Selbstverständlichkeit. Um sie muss fortwährend auch gestritten und gekämpft werden. Vor und nach der Machtübernahme der Nazis war ja das Fatale, dass viele dachten, es würde sicher nicht so schlimm werden. Das gilt auch heute.

Dabei machen die Wahlergebnisse der AfD auf erschreckende Weise deutlich, wieviel Zustimmung Rechtspopulismus und Rechtsextremismus heute haben. Die AfD ist in ihrem Kern eine faschistische Partei und verbreitet offen nationalistische und rassistische Hetze, Islamfeindlichkeit und Antifeminismus, Antisemitismus so-

wie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie relativiert die Verbrechen des Nationalsozialismus und deutet die Erinnerungskultur um. Die AfD ist der parlamentarische Arm des rechten und rassistischen Terrors. Diese Partei wird im Zuge ihrer stetigen Radikalisierung auch zunehmend zu einer Gefahr für die Demokratie. Denn der Rechtsextremismus strebt eine Abschaffung der Demokratie an. Es wäre also ein großer Fehler zu denken, das wird schon nicht so schlimm kommen.

Wo immer möglich, sollten wir uns entschieden gegen diese Partei und gegen jeglichen Rechtsextremismus wenden. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Demokratie sich verwirklichen oder vervollkommen kann. Diese leidet u.a. darunter, dass sich Arme im Gegensatz zu Reichen kaum noch an Wahlen beteiligen.

Der Rechtsextremismus- und Armutsforscher Prof. Christoph Butterwege macht Zusammenhänge zwischen ökonomischer Globalisierung einerseits und rechtsextremer Mobilisierung andererseits aus. Er macht die Konkurrenz, die Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, bestimmte Erblasten der politischen Kultur sowie aktuell die neoliberale Modernisierung beinahe aller Bereiche der Gesellschaft für Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich.

Es kann einem angst und bange werden, zu was die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg führen können: wirtschaftliche Rezession, hohe Inflationsrate und massive Verteuerung der meisten Güter durch die Sanktionspolitik, zunehmende Verarmung breiter Schichten und Vertiefung der Kluft zwischen arm und reich, Kürzungen bei den Sozialausgaben und an anderen Stellen wie z.B. bei der politischen Bildung oder bei Freiwilligendiensten, dafür aber sprunghafter Anstieg bei den Rüstungsausgaben und zudem eine Menge Geld für Waffenlieferungen an die Ukraine - und daraus resultierend hohe Gewinne für die Rüstungswirtschaft.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns einerseits für einen Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und Verhandlungen einsetzen, des Weiteren für Abrüstung statt weiterer Aufrüstung, und in der Perspektive für die Abschaffung des Militärs, die Überwindung von Kriegen, zivile, gewaltfreie Austragung von Konflikten. Und wenn ich z.B. der Analyse von Christoph Butterwege folge, geht es um die Überwindung des Kapitalismus, um grundlegende Veränderungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, um soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine intakte Umwelt zu erreichen.

In diesem Sinne lasst uns eintreten für ein nachhaltiges, solidarisches,

ökologisches und weitgehend gewaltfreies Gemeinwesen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt, das niemanden ausschließt.

Hier an diesem Ort des Schreckens möchte ich enden mit dem Vermächtnis jener, die durch die Nazis gequält, gefoltert und ermordet wurden: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Michael Schmid ist langjähriges Mitglied in der DFG-VK, war früher im baden-württembergischen Landesvorstand und ist Geschäftsführer des 1993 gegründeten Lebenshauses Schwäbische Alb (www.lebenshaus-alb.de).

«

<https://keintagderbundeswehr.dfg-vk.de>



Für eine pazifistische Wende

Neues Positionspapier „Für eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung“

Von Joachim Schramm und David Scheuing

Unser Ziel ist die Ächtung und Abschaffung des Krieges in jeglicher Form. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kriegsführung zu behindern, kommende Kriege zu verhindern und uns jeglicher Kriegspropaganda entgegenzustellen.“

So steht es im Programm der DFG-VK, das 2013 beschlossen wurde. Doch was heißt das für unsere konkrete Politik, für unser pazifistisches Handeln heute? Darauf soll ein Positionspapier

Antworten geben, das auf dem Bundeskongress in Halle im Herbst 2024 diskutiert und beschlossen werden soll.

Der Bundesausschuss hat Ende 2022 eine Arbeitsgruppe beauftragt, einen Textvorschlag zu entwickeln und diesen u.a. auf Tagungen für Mitglieder zur Diskussion zu stellen. Eine solche Tagung fand im Sommer 2023 in Kassel statt, ein weiteres Treffen online bot im vergangenen November die Möglichkeit zur Beschäftigung mit

den bis dahin vorliegenden Textelementen. Auch für diesen Sommer ist noch eine abschließende Tagung in Planung.

Doch was soll nun in dem „Positionspapier *Für eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung*“ konkret stehen, was soll es leisten? Wie schon sein Vorgänger von 2012 soll auch das neue Positionspapier in einen Analyse- und einen Handlungsteil gegliedert sein.

Im Analyseteil unter dem Titel „Zur Situation der Staatenwelt aus friedenspolitischer Perspektive“ geht es in sieben Abschnitten u.a. um die veränderten Machtverhältnisse zwischen Staaten bzw. Staatengruppen, um den neu befeuerten Ost-West-Konflikt und über das weiterhin von Anhängigkeiten geprägte Nord-Süd-Verhältnis:

„Die weltpolitischen Gewichte verschieben sich weiter. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) stellen den weltpolitischen Machtanspruch der USA in Frage. Sie besitzen bzw. erwerben eine eigenständige Rüstungsindustrie und Atomwaffenpotenziale.“

Auch die wachsende Gefahr durch neue (atomare) Aufrüstung wird benannt: „Durch den aktuellen Krieg in der Ukraine sind die Beziehungen zwischen den Machtblöcken so weit zerstört, dass neue Abkommen zur Rüstungskontrolle unwahrscheinlich sind. Es gibt derzeit keine vertraglichen Schranken gegen ein Wettrüsten bei Angriffs- und Abwehrwaffen.“

Weitere Abschnitte beschäftigen sich mit der Kriegsgefahr durch die Klimakrise („Der Anteil militärischer Akteure am Klimawandel wird aktiv ausgeblendet, dem Klimawandel entweder mit Desinteresse oder militärischer Bekämpfungsrhetorik begegnet.“) sowie mit der Bedeutung regio-

radfähig statt kriegstüchtig

Wir brauchen Dich: **FriedensRadfahrerIn (m/w/d)**
Alter: **unerheblich**
Motivation: **friedliebend**

Wir suchen:
Menschen, die eine Woche Radfahren durch reizvolle Gegenden mit friedenspolitischem Engagement verbinden wollen – gerne auch mit Präsenz auf Insta, TikTok u.ä.

Wir bieten:

- Interessante Streckenführung durch Bayern oder NRW im Ausflugstempo
- Pazifistische Diskussionskultur jenseits des herkömmlichen Schwarz-Weiß-Denkens
- Teilnahmemöglichkeit an gewaltfreien Aktionen

Bei Interesse:
<https://dfg-vk.bayern.de/friedensfahrradtour/>
<https://nrw.dfg-vk.de/radfahrtuechtig-statt-kriegstuechtig/>



FriedensFahrradTouren - 2.-II. August 2024

naler Konflikte und dem Krieg gegen den Terrorismus.

Nach dieser globalen Betrachtung folgt im Positionspapier dann ein detaillierter Blick auf die westlichen Akteure, mit denen Deutschland verbunden ist.

Dies ist zunächst die Nato: „Die Nato ist die militärische Organisation der westlichen Industrienationen mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung. (...) Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts richtete sich die Nato auf militärische Interventionen aus, wie beispielsweise auf dem Balkan, in Somalia und Afghanistan. Dahinter steckt das strategische Ziel, den eigenen Einflussbereich zu erweitern sowie Handelswege und industrielle Rohstoffe zu sichern. Beim Einsatz ihrer militärischen Mittel setzt sie auch über die UN-Charta und das Völkerrecht hinweg. Gegenwärtig betreibt die Nato vor allem die eigene Osterweiterung und das Kriegsbündnis gegen Russland.“

Neben der Nato gewinnt auch die Europäische Union immer mehr an militärischem Gewicht. Dazu heißt es in dem entsprechenden Abschnitt: „Die EU wird zu einem Militärbündnis wie die Nato und damit teils zu deren Kooperationspartner, teils zum Konkurrenten („strategische Autonomie“). (...) Mit der EU-Globalstrategie (EUGS) von 2016 wird ein potenzieller militärischer Handlungsbedarf u.a. zur Sicherung des Zuganges zu natürlichen Ressourcen und von Handelswegen beschrieben. Als Einsatzraum wird darin eine Region bis Zentralasien und Zentralafrika benannt, die Sicherung der Handelswege umfasst sogar das Südchinesische Meer.“

In diesen Bündnisstrukturen spielt Deutschland eine wesentliche Rolle:

„Zusätzlich wurde mit Beginn des Ukrainekriegs die sogenannte Zeitenwende, eine Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, ausgerufen. Damit einher ging die Etablierung eines Sondervermögens für die Bundeswehr im Umfang von 100 Milliarden Euro und zum ersten Mal

eine gesicherte Zusage für die Umsetzung des lange umstrittenen Zwei-Prozent-Ziels der Nato. (...) Die (Verteidigungspolitischen) Richtlinien sollten „die Grundlagen für eine zukunftsfähige, einsatz- und kriegstüchtige Bundeswehr“ schaffen.“

Dieser Analyseteil beschreibt die politische Situation, mit der sich unsere Friedensarbeit inhaltlich und praktisch konkret auseinandersetzen muss und zu der Pazifist*innen Wege der Gegenwehr und die Schaffung von Alternativen aufzeigen wollen. Dazu enthält Kapitel 2 mit der Formulierung von Eckpunkten einer „pazifistischen Wende in einer militarisierten Welt“ die notwendigen Ansatzpunkte.

Genau daran arbeitet die Arbeitsgruppe derzeit, folgen wird dann noch Kapitel 3 mit konkreten Handlungsansätzen, die Pazifist*innen im Verband auf den verschiedenen Ebenen der DFG-VK, also auf Orts-, Landes- und Bundesebene umsetzen können.

Wir möchten mit dem Positionspapier also einen aktuellen Rahmen schaffen, an dem sich die tagtägliche Arbeit der Gliederungen der DFG-VK orientieren kann, wobei die konkrete Umsetzung natürlich in den Händen der jeweiligen Gliederungen liegt und selbstredend nicht alle möglichen Themen erschöpfend abgebildet werden können.

Wer sich die vorliegenden Textentwürfe (die vor dem Bundeskongress sicherlich noch einmal gestrafft werden) anschauen möchte, findet sie auf der Homepage des Bildungswerkes des DFG-VK-Landesverbandes NRW: <https://bit.ly/3OQso72>

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes NRW, David Scheuing ist Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung. Beide arbeiten mit in der vom DFG-VK-Bundesausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe zur Erstellung eines pazifistischen Positionspapiers, das vom Bundeskongress in Halle (Saale) Anfang Oktober beschlossen werden soll.



Was macht eigentlich der Verteidigungsminister im Krieg?

Boris Pistorius redet den Krieg ja geradezu herbei. Mindestens will er, dass wir alle kriegstüchtig werden. Aber was macht er selbst, wenn der „V-Fall“, der Verteidigungsfall, wirklich kommen sollte? Meldet er sich dann freiwillig an die Front? Zeit dafür hätte er. Wieso? Nun, bei Kriegsbeginn ist er wohl seinen Job los.

Ein Blick ins Grundgesetz, Artikel 65a, zeigt: Der Bundesverteidigungsminister „hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte.“ Im Krieg aber ändert sich das; Artikel 115b bestimmt: „Mit der Verkündung des Verteidigungsfalles geht die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler über.“

Innerhalb der vom Bundeskanzler bestimmten Richtlinien der Politik leitet nach Artikel 65 „jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung.“ Ohne die Befehls- und Kommandogewalt leitet der Verteidigungsminister bei der Bundeswehr aber gar nichts mehr. Die Folge müsste sein, dass der Bundespräsident den Minister auf Vorschlag des Kanzlers entlässt, wie es Artikel 64 vorsieht.

Und dann? Boris Pistorius hat Grundwehrdienst geleistet und ist Obergefreiter der Reserve. Zwar gilt im Verteidigungsfall wieder die Wehrpflicht, einberufen werden kann er aber nicht mehr, da er, Jahrgang 1960, bereits über der Altersgrenze (§ 3 Abs. 5 Wehrpflichtgesetz) liegt.

Aber das sind nur die Gedanken eines Nichtjuristen; im Ernstfall kommt sicher alles ganz anders. Es finden dann auch keine Wahlen mehr statt, die Wahlperioden von Bundestag und Landtagen enden erst 6 Monate nach dem Krieg (Art. 115h). Das Parlament in seiner Gänze tagt u.U. nicht mehr, sondern wird ersetzt durch den „Gemeinsamen Ausschuss“, der mit 48 Mitgliedern nicht-öffentlich tagt (Art. 53a).

Stefan Philipp

Der Feind meines Feindes ist mein Feind

Ein Kommentar zum Gaza-Krieg

Von Helmut Loeven

Der erste spontane Satz, der mir einfiel: Wie konnte das so überraschend geschehen? Der israelische Geheimdienst gilt bei Freund und Feind als hocheffektiv. Ein Überfall von solcher Wucht konnte sich doch nicht unbemerkt anbahnen!

Der Überfall der Hamas-Miliz auf israelisches Territorium, das Massaker an der Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 leitete eine neue Phase des Palästina-Konflikts ein, auch wenn Terror gegen Zivilisten nicht neu ist in diesem Konflikt. Die Grauenhaftigkeit dieses Terrors hat mit diesem Massaker an der Zivilbevölkerung jedoch ein neues entsetzliches Ausmaß erreicht. Ist die Hamas angetreten zum Endkampf, zur letzten Schlacht, zum „Endsieg“, zur „Endlösung“?

In den Konflikt um Palästina wirken verschiedene Aspekte hinein. Da spielen globale Faktoren eine Rolle, Großmachtinteressen, geschichtliche Hypothesen. Der gewichtigste Aspekt des Konflikts, seiner Geschichte und seiner Vorgeschichte ist der Holocaust. Die Vernichtung der europäischen Juden, die Absicht, alle Juden auf der ganzen Welt zu vernichten – „auszurotten“ –, ist der beherrschende Hintergrund! Dieses – in der Menschheitsgeschichte unvergleichliche – Verbrechen auszublenden, führt in den Wahnsinn. Auschwitz steht immer im Hintergrund, Auschwitz ist die größte Last auf der Geschichte der Menschheit. Auschwitz ist auch der Hintergrund dieses Konflikts.

Die zionistische Bewegung, die das Ziel hatte, einen jüdischen Staat zu errichten, eine wehrhafte Zuflucht für die Juden in der ganzen Welt, entstand um das Jahr 1900. Die Idee eines eigenen Staates war älter, und sie war umstritten.

Relevanz gewann der Zionismus durch die Dreyfus-Affäre. Es hatte sich herausgestellt, dass nicht nur im als rückständig geltenden Osteuropa und Russland Pogrome zu fürchten sind, sondern dass eine als aufgeklärt geltende Kultur wie Frankreich sich in einen solchen Antisemitismus hineinsteigern kann. Die zionistische Idee wurde auch in jüdischen Kreisen angezweifelt oder abgelehnt. Zweifel und Kritik wurden entkräftet durch den Holocaust. Die Vernichtung der Juden ließ jedes Argument gegen den jüdischen Staat verblassen. Denn daran ist nicht zu zweifeln: Der Antisemitismus nach 1945 ist nicht bloß dumm, schäbig, voller Niedertracht. Er ist eine Lebensgefahr.

Es sind immer wieder Hinweise zu hören, dass in arabischen Ländern Juden mit Christen und Moslems zusammenleben, auch in Iran sei die jüdische Minderheit geduldet. Den Juden reicht das nicht, geduldet zu werden, also von Duldung abhängig zu sein.

Die Bildung des jüdischen Staates vollzog sich unter großen internationalen und regionalen Turbulenzen. Ob es eine „gute Idee“ war, ob es falsch war, den jüdischen Staat zu gründen, ob man es anders, ob man es besser hätte machen sollen, kann heute keine Rolle mehr spielen. Es wurden Fakten geschaffen, die normativ wirken und unumkehrbar sind. Fast die gesamte Bevölkerung Israels wurde nach der Gründung des Staates geboren. Niemand hat das Land, in dem er geboren wurde, geraubt.

Ein friedlicher Ausweg aus dem Konflikt ist nur möglich durch Abstriche bei den Maximalzielen und durch Zugeständnisse an die je andere Seite. Das ist jedem vernünftigen Menschen klar: Israel muss in Sicherheit

existieren, die Legitimität des Staates von allen anerkannt werden; es ist ein Unding, dass Israel als einziger Staat der Welt seine Existenz rechtfertigen muss. Den Palästinensern muss ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Würde möglich gemacht werden, sie müssen vor der Gewalt fanatischer, von israelischer Polizei und Militär gedeckter Siedler geschützt sein. Das wurde auf beiden Seiten gesehen, und es wurde daran gearbeitet. Dafür wurde der Friedensnobelpreis verliehen (1994 an Jassir Arafat, Schimon Peres und Jitzchak Rabin).

Danach hat sich die Lage permanent verschlechtert, der Frieden ist in weite Ferne gerückt. Rabin wurde von israelischen Chauvinisten ermordet, die heute in der Politik des Landes eine große Rolle spielen. Der Abstieg von Rabin zu Netanjahu und von Arafat zu Hamas/Hisbollah/Jihad verliefen parallel. In Chauvinismus stehen die rechtsradikalen Netanjahu-Mehrheitsbeschaffer den Hamas/Jihad/Hisbollah-Fanatikern nicht nach. Die beiden Seiten sind nicht nur gleichermaßen zum Frieden unfähig, den Frieden wollen sie auch nicht.

Beim Überfall auf die Kibbuzim

Beerli und Kfar Azza und das Musik-Festival „Nova“ waren die Opfer Israels, die sich im Widerspruch zu ihrer Regierung für den Frieden mit den Palästinensern einsetzten. Das geschah bestimmt nicht „aus Versehen“! Den islamistischen Fanatikern sind unter den Juden gerade diejenigen besonders verhasst, die Frieden und Verständigung mit den Palästinensern suchen (und der Hamas-Terror trifft auch arabische Staatsangehörige Israels).

Dass der durch demokratischen Widerstand in Bedrängnis geratene Netanjahu jetzt fester im Sattel sitzt,

kommt der Hamas zupass. „ Hamas rettet Netanjahu“ lautete eine Zeitungsüberschrift. (Auch wenn Netanjahu stürzt, kommt nach ihm nichts Besseres). Auch das gehört zu den Fatalitäten des Konflikts: Sowohl die Hamas als auch Netanjahu können sich auf Wähler-Voten berufen.

Die alten Kräfte auf palästinensischer Seite haben ihre Bedeutung verloren. Die PLO, wie andere ehemalige Befreiungsbewegungen, versinkt in Korruption. Die Linksradi-kalen von der Volksfront (PFLP) feiert die Hamas als tapfere Waffenbrüder. Was sollen sie auch sonst sagen? Ihnen würde doch sonst niemand zuhören. Die sind doch weg vom Fenster.

Der Überfall der Hamas auf die Kibbuzim Beeri und Kfar Azza ist ein Verbrechen außerordentlicher Schädigkeit, Feigheit und Niedertracht. Die Feder sträubt sich gegen die Beschreibung ihrer Taten. Es war das schlimmste Massaker an Juden seit der Shoah.

Es müsste dem letzten Anti-Imp-Hinterwäldler endlich klar sein: Hamas ist keine Widerstandsbewegung und keine Befreiungsbewegung, sondern eine Bande gemeiner Verbrecher. Sie wollen nicht das eigene Volk befreien, sondern jüdisches Leben vernichten. Und sie haben keine Skrupel, dem eigenen Volk dazu jedes Opfer aufzubürden.

Wie sind – fast durch die Bank – die Reaktionen in Deutschland und Umgebung?

Deutschland „sagt dem Antisemitismus den Kampf an“, auch auf administrativer Ebene. Polizisten müssen bei Demonstrationen auf Symbole, Parolen, Schilder, Kleidungsstücke achten. Deutschland verhebt sich bei der Abwehr des Antisemitismus, weil dieser hierzulande stets nur verdrängt wurde und neuerdings für einen Importartikel gehalten wird. Wenn diese Abwehr sich in völliger Einseitigkeit beschränkt, bleibt sie in der „Staatsräson“ stecken. Für die Dummköpfe des Establishments ist es schon antisemitisch, wenn sich jemand das Lei-

Erklärung des Executive Committees der War Resisters' International vom 26. Dezember 2023 als Reaktion auf die sich verschlechternde Lage in Gaza

Der Exekutivausschuss der WRI fordert die Beendigung aller Gewalt – sowohl der Kriegshandlungen als auch der strukturellen Gewalt von Besatzung und Unterdrückung – und die Freilassung aller Gefangenen, politischen Gefangenen und Geiseln auf beiden Seiten des Konflikts in Israel/Palästina.

Gräueltaten, die in diesem anhaltenden Konflikt begangen werden, machen weder die Gräueltaten, die ihnen vorausgingen, ungeschehen, noch rechtfertigen sie die Gräueltaten, die folgen. Die von Hamas-Kämpfern am 7. Oktober dieses Jahres begangenen Kriegsverbrechen sind entsetzlich. Die Tötungen haben jedoch nicht die Erinnerung an Kriegsverbrechen ausgelöscht, die sowohl von der israelischen Armee als auch von verschiedenen paramilitärischen Kräften in der Vergangenheit begangen wurden. Auch wenn es sich um einen bewussten politischen Akt handelt, so steht er doch in der Geschichte der anhaltenden Besetzung Palästinas und der Verweigerung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte für die Palästinenser in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen. Auch Israels massiver Angriff auf den Gazastreifen (sowie auf viele palästinensische Gemeinden im Westjordanland und einige Gemeinden im Libanon), der mit Massentötungen und Vertreibungen einherging und durchaus einem Völkermord gleichkommen kann, macht die Kriegsverbrechen der Hamas, die als Vorwand dienten, nicht ungeschehen.

den palästinensischer Flüchtlinge zu Herzen nimmt. Und wenn dann auch noch die schwedische Greta über Instagram die deutsche Organisation „Palästina spricht“ zu Worte kommen

All diese Handlungen, jede auf ihre eigene unmenschliche Weise, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ebenso wie der Krieg selbst. Sie alle müssen aufhören und durch eine friedliche und gerechte Lösung ersetzt werden, die die Ursachen dieses Konflikts angeht und die volle Menschlichkeit aller Menschen anerkennt.

Selbst in diesen Zeiten und trotz vieler Versuche, ihn zum Schweigen zu bringen, geht der gewaltfreie Widerstand gegen den Krieg auf beiden Seiten weiter. Wir anerkennen, gedenken und unterstützen die Einzelpersonen und Gruppen, die Teil dieses Widerstands sind, sowohl im Konfliktgebiet als auch in der ganzen Welt. Ihr Einsatz gegen die Militarisierung und Entmenschlichung des „anderen“ Volkes ist für die Überwindung der Logik der Gewalt unerlässlich.

Wir verurteilen die Komplizenschaft von Regierungen, Unternehmen und Institutionen, die zu dieser gewalttätigen Situation beitragen, indem sie Waffen und Munition in das Konfliktgebiet liefern, den Krieg mit Geld unterstützen und die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung der Kämpfe blockieren.

Wir verurteilen alle Versuche, gewaltfreie Formen des Widerstands und der politischen Aktion in der Region zu delegitimieren. Wir appellieren auch an alle, die pazifistische, antimilitaristische und gewaltfreie Alternativen zum Krieg delegitimieren und verachten, auf die Stimmen der Kriegsverweigerer und Kriegsdienstverweigerer in der Region zu hören.

(übersetzt mit DeepL.com; die englische Originalversion der WRI-Erklärung ist zu finden unter <https://bit.ly/3OToLNv>)

lässt, die das Massaker als „revolutionären Tag, auf den man stolz sein muss“ feiert, kann man ja auch eben mal so der Klimabewegung was ans Hemd kleben. »

» Stolz sind manche Leute auf die Parole „Palestine will be free from the river to the sea“. Darin ist ein Ziel formuliert, das nur mit Völkermord zu erreichen ist.

Die Reaktion großer Teile der demonstrierenden Mainstream-Linken ist beschämend, war aber zu erwarten: selektives Wahrnehmen und Einordnen in eine eindimensionale Welt-sicht. Die Leute, die wohl davon überzeugt sind, dass Russland von der Ukraine und von der gesamten Nato überfallen wurde, reden so, als hätte Israel den Gaza-Streifen angegriffen. Sie reden wie Leute, die noch nie vom Holocaust gehört haben beziehungsweise nichts davon wissen wollen.

Eindimensional ist ihr Weltbild insofern, als sie die Welt in zwei Lager eingeteilt sehen: Auf der einen Seite der US-Imperialismus samt seinen

Vasallen, auf der anderen Seite die Guten – gut, weil gegen die Amis, und wer gegen die Amis ist, ist ja „objektiv“ gut. So einfach geht Weltpolitik im Parallel-Universum.

Ist China wirklich so gut, das (vielleicht sogar mit Erfolg) dem alten Imperialismus einen neuen entgegenzusetzen versucht? Ist Putin wirklich so gut, dass man großzügig darüber hinwegsieht, wie unter seinem Regime mit Schwulen und Lesben umgegangen wird? Ist das Anti-Imperialismus, wenn in Iran Frauen zu Tode gefoltert werden, wenn das Kopftuch schief sitzt? Auch Queer-Feministinnen machen mit bei diesem schematischen Anti-Imperialismus an der Seite von Hamas und Co. beim Anti-Imperialismus „der dummen Kerls“.

Das kommt dabei heraus, wenn Anti-Imperialismus zum vulgären

Anti-Amerikanismus zusammenschumpft. Ein Anti-Imperialismus, der nicht emanzipatorisch ist, ist aber keiner.

Was man da agieren sieht, ist eine Linke im Endzeit-Modus, nicht begreifen wollend, aber „irgendwie“ ahnend, von der Geschichte abgehängt zu sein, befangen im Lager-Denken.

Da gilt die Formel „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“.

Aber das stimmt nicht. Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund. Der Feind meines Feindes ist der Feind meines Feindes. Vielleicht ist der Feind meines Feindes sogar der schlimmere Feind.

Helmut Loeven ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und aktiv in der Gruppe Duisburg.



Israel im Visier der Friedensbewegung

Viel Kritik, aber zu wenig Analyse in der DFG-VK

Von Sven Zakrzewski

Der Nahostkonflikt erregt immer wieder die Gemüter und führt zu erbittertem Streit zwischen solidarischen Antifaschist*innen und Anhänger*innen einer traditionellen antiimperialistischen Ideologie. In der DFG-VK führt das zu Unfrieden (!), weil manchmal wenig Bereitschaft zu argumentativer Auseinandersetzung besteht. Hier folgt meine Position, die zur Versachlichung der Diskussion beitragen soll...

Zuerst eine Erinnerung: Wir Pazifist*innen hätten den 7. Oktober 2023 nicht als Anlass gebraucht, um über Selbstverteidigung zu diskutieren. Bereits der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Völker Osteuropas bewies, dass es notwendig und legitim ist, sich auch mit Waffen gegen die ei-

gene physische Vernichtung zu wehren. Wir wissen auch, dass amerikanische Material- und Waffenlieferungen an die Sowjetunion maßgeblich dazu beigetragen haben, den Nationalsozialismus zu besiegen. Mit Waffengewalt wurde tatsächlich die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden geschaffen! Suttners Ruf „Die Waffen nieder!“ und unsere Grundsatzklärung zielten auf das Wesen des Kriegs und herkömmliche Eroberungskriege.

Angriff und Verteidigung. Wir sind politische Pazifist*innen. Wir wollen Kriege verhindern und Kriegsursachen beseitigen. Das Konzept der sozialen Verteidigung ist definitiv keine Option gegen SS oder Hamas. Man sollte als Pazifist*in nicht in zynischem Fundamentalismus verharren, son-

dern sich selbst überprüfen und mit der Realität auseinandersetzen.

Besonders notwendig ist das im Hinblick auf den Nahostkonflikt nicht erst seit dem bestialischen Terror vom 7. Oktober in Israel.

Die Komplexität des Konflikts kann hier nur angerissen werden:

Israel wurde 1948 sofort nach der Staatsgründung von den Armeen der Nachbarländer überfallen. Im Zuge des Krieges flüchteten hunderttausende Palästinenser*innen oder wurden aktiv vertrieben. Eine etwa gleich große Anzahl Jüdinnen und Juden wurde aus arabischen Ländern vertrieben und fand Aufnahme in Israel.

Bis heute wird Israel regelmäßig militärisch angegriffen und ist unerträglichem Terror ausgesetzt. Es ist

kein Wunder, dass sich im jüdischen Überlebenskampf ein überlegen agierender Militarismus etablierte mitsamt hochentwickelter Rüstungsindustrie.

Erst 1988 bekundete die PLO ein Interesse, einen eigenen Staat neben Israel zu gründen.

Tragischerweise wurde vorher und nachher immer wieder auf gewalttätige „Lösungen“ zur Vernichtung Israels gesetzt, anstatt die sich bietenden Chancen (zuletzt der Friedensplan von 2008) auf einem politischen Weg zu ergreifen, der mit Kompromissen zu Frieden und Ausgleich führt. Selbst das wegweisende Osloer Abkommen (1993) wurde von der PLO nicht ratifiziert. Es gibt seit vielen Jahren keine relevante palästinensische Organisation, die mit Israel über eine friedliche Koexistenz verhandeln oder wenigstens Terror unterbinden will.

Der langjährigen Verweigerungshaltung der palästinensischen Seite steht eine zuletzt ultrarechte, diskriminierende israelische Politik der Konfliktverwaltung gegenüber, die taktisch gegenüber Hamas und Fatah agierte und die den Bau von Siedlungen im Westjordanland duldet und sogar vorantrieb.

Bittere Erkenntnisse für Pazifist*innen. Die Gräueltaten vom 7. Oktober und ihre Folgen haben bittere Erkenntnisse gebracht:

Die Politik des Appeasement gegenüber der Hamas ist gescheitert. Die Vernichtungsdrohungen gegen Juden und Jüdinnen sind ernst gemeint und werden in die Tat umgesetzt. Auch Friedensaktivist*innen werden gezielt ermordet – weil sie jüdisch sind. Die jahrzehntelange Erziehung zum Hass führt zum Jubel darüber in den palästinensischen Gebieten und zu einer enorm angestiegenen Popularität der Hamas.

Seit jeher haben palästinensische Friedensaktivist*innen einen schweren Stand: Wer sich für eine friedliche Koexistenz mit Israel einsetzt, muss damit rechnen, als Kollaborateur*in angefeindet oder sogar ermordet zu werden. Wie es nun weitergehen kann

mit den Graswurzelninitiativen, die beweisen, dass friedliches Zusammenleben möglich ist, bleibt offen.

Fundierte Analysen und Argumente, bitte! Um jetzt zu einer rationalen Einschätzung des Konflikts zu kommen, brauchen wir eine differenzierte, ideologiefreie Analyse, die manchen Friedensbewegten schwerfällt, etwa weil Ressentiments übermächtig sind und Fakten geleugnet werden. Der Verzicht auf Klarheit und Wahrheit zugunsten von Propaganda ist hier aber der Beginn von Komplizenschaft mit dem Terror.

Insbesondere fällt es offenbar schwer zu akzeptieren, dass Israel der einzige selbstbestimmte Schutzraum für jüdische Menschen ist und ein jüdischer Staat nicht nur legal, sondern auch legitim ist. Sein Recht auf Existenz und Selbstverteidigung darf nicht bestritten werden. Es ist ermüdend, immer wieder gegen den „Antiimperialismus der dummen Kerls“ zu argumentieren. Israel ist kein Kolonialstaat, es gibt dort keine Apartheid, israelische Regierungen sind nicht räuberisch, rachsüchtig oder planen einen Genozid. Diese Art von Delegitimierung, Dämonisierung und die Argumentation mit doppelten Standards ist antisemitisch und hat mit Friedenspolitik nichts zu tun.

Auch aus der DFG-VK kommen leider immer wieder diese Kampfbegriffe, die mit unseren satzungsgemäßen Zielen nicht im Einklang stehen. Es fehlt an Einsicht und einer notwendigen und klaren Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus.

Der Elefant im Raum ist grün. Verstörend sind die vielen „äquidistanten“ Statements zum 7. Oktober 2023 aus der Friedensbewegung, die der israelischen Regierung raten, nichts Wirksames gegen die unmittelbare Massakrierung und auch nichts gegen den andauernden Raketenbeschuss israelischer Dörfer und Städte zu tun. Schließlich sei die israelische Regierung wegen ihrer Besatzungspolitik selbst an allem schuld, dies sei

der „Elefant im Raum“. Leicht erkennbar ist aber nicht verfehlte israelische Politik, sondern glühender Fanatismus Motivation für den Terror. Beliebt ist auch die Rhetorik der „Gewaltspirale“, die entsetzliche Taten mit dem Abwehrkampf dagegen gleichsetzt. Häufig wird ein sofortiger Waffenstillstand gefordert, den die Hamas erklärmaßen nie einhalten wird. Die abstrakte Forderung „Die Waffen nieder!“ ist im Ukrainekrieg sinnvoll und erklärbar, hier aber so indifferent und apolitisch, dass praktisch Partei für die Hamas ergriffen wird. Ist das nur pazifistische Naivität oder bereits Böswilligkeit? Ein Ausnahme-Statement ist dieses: <https://berlin.dfg-vk.de/antiseMITismus-beim-namen-nennen/>

Der Elefant im Raum ist der antisemitische politische Islam, der den jüdischen Staat vernichten will.

Völkerrecht, Terrorbekämpfung und Israelkritik. Der beim Erscheinen dieses Artikels hoffentlich beendete katastrophale Antiterrorkrieg in Gaza hat auch viele selbsternannte Völkerrechtsexpert*innen auf den Plan gerufen, die den Vorwurf von (vermeintlichen) Kriegsverbrechen als politische Waffe gegen Israel richten. Dabei werden juristische Begriffe mit moralischen verwechselt: Das Völkerrecht hat tatsächlich kaum Mitleid mit Zivilist*innen. Es fordert nur, dass der „Schaden“ an der Zivilbevölkerung nicht „unverhältnismäßig“ hoch zum angestrebten militärischen Erfolg sein darf. Wie eine verhältnismäßige Kriegsführung gegen eine Terrorarmee aussehen soll, deren Programm das kontinuierliche Begehen von schlimmsten Kriegsverbrechen ist und die auf möglichst viele zivile Opfer auf der eigenen Seite aus ist, wird aber nicht mitgeteilt. Das Völkerrecht ist auch nicht dafür geschrieben worden.

Fest steht, dass Israel bei der Terrorbekämpfung immer verliert. Wird sie konsequent durchgeführt, protestiert die ganze Welt, bleibt sie inkonsequent, sterben Israelis. Dabei sollte Terrorbekämpfung, wie in anderen »

»Staaten, eigentlich eine polizeiliche Aufgabe sein (in diesem Fall die Aufgabe einer palästinensischen Polizei) - woran Pazifist*innen wohl weniger auszusetzen hätten.

Die Uno und z.B. Ägypten machen es sich einfach und verurteilen Israel, bieten aber keine konkrete Hilfe gegen den Terror oder für effektiven humanitären Schutz an („Israelkritik“ ist billig zu haben und nie konstruktiv).

Optionen und Lösungen? Die Zwei-Staaten-Lösung, die immer gefordert wird, erscheint wenig realistisch. Alle bisherigen Bemühungen sind gescheitert und scheinen jetzt nicht

mehr umsetzbar. Auch andere Ideen des gleichberechtigten Zusammenlebens zweier Völker sollten ernsthaft geprüft werden. Knackpunkt wird immer das berechnete Sicherheitsinteresse der jüdischen Bevölkerung sein.

Die USA, europäische und vor allem arabische Länder müssen helfen, eine Lösung herbeizuführen, die einerseits die Sicherheit des jüdischen Staats garantiert und andererseits Selbstbestimmung und wirtschaftliche Entwicklung in Palästina ermöglicht. Das geht offensichtlich nur mit einer push&pull-Strategie, die Druck ausübt und Fortschritte belohnt. Dafür ist zunächst eine Entwaffnung aller

Terrorgruppen und eine Entmilitarisierung der palästinensischen Gebiete nötig. Es werden Deradikalisierungsprozesse und eine Art Re-education gebraucht, genauso wie Auswege aus der Armut.

Und nicht zuletzt braucht es eine Lösung im Hinblick auf das iranische Regime, das mithilfe seiner Schattenarmeen Israel vernichten will.

Sven Zakrzewski ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg und Vertreter seines Landesverbands im DFG-VK-Bundesausschuss der DFG-VK.

«

Rote Linien

Über Grenzen bei der Interpretation der WRI-Grundsatzerklärung

Von Stefan Philipp

Wenn die Grundsatzklärung der War Resisters' International (WRI), zu der sich „jedes Mitglied verpflichtet“, wie es in der Satzung der DFG-VK (in § 4 Abs. 4 – <https://dfg-vk.de/satzung-der-dfg-vk/>) heißt, lauten würde:

„Krieg ist meistens ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine verbrecherischen Kriege zu unterstützen und an der Beseitigung aller Ursachen von verbrecherischen Kriegen mitzuarbeiten.“

Wenn die WRI-Grundsatzklärung so formuliert wäre, dann wäre es nicht notwendig, diesen Artikel zu schreiben. Nun lautet diese Erklärung aber seit Gründung des weltweiten pazifistischen Netzwerks unverändert – in der deutschen Übersetzung der englischen Originalfassung – so: „[Der] Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit [möglich auch: ‚der Menschlichkeit‘]. Ich bin [bzw.: ‚Wir

sind] daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Das gemeinsame Verständnis dieser Erklärung als Grundlage der Zusammenarbeit in der WRI und (damit) auch in der DFG-VK ist essenziell und nicht verhandelbar. Nicht umsonst bedürfte eine Streichung oder Umformulierung dieser Grundsatzklärung aus bzw. in der Satzung einer Zweidrittelmehrheit eines DFG-VK-Bundeskongresses als dem höchsten Gremium der Organisation. Gleichbedeutend wäre dies im Übrigen mit einem Austritt aus der WRI bzw. dem Ausschluss der DFG-VK aus der WRI.

Mit „gemeinsamen Verständnis“ ist gemeint:

• „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“ bezieht sich auf den Krieg als solchen und jeden Krieg. Be-



WRI-Bulletin Nr. 1 von 1923
(Quelle: <https://bit.ly/3J34K3M>)

stätigt wird dieses Verständnis auch durch die Formulierung „keine Art von Krieg“ im Folgesatz.

- Keine „Art von Krieg zu unterstützen“ bezieht sich dabei v.a. auf das persönliche, direkte und aktive eigene Handeln; also z.B. darauf, Soldat zu werden, in einer Armee oder einem bewaffneten Zusammenschluss mitzuwirken, Soldaten zu werben, Geld für Waffen zu sammeln, öffentlich für die Unterstützung des Militärs einzutreten etc.
- An „der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“ erweitert die zuvor angekündigte Verweigerung bzw. Unterlassung von Kriegsunterstützung um das aktive Bemühen, Kriegsursachen zu erkennen, sie gemeinsam – im demokratischen Prozess innerhalb der DFG-VK – zu benennen und (je nach den eigenen Fähigkeiten und Ressourcen) und an deren Auflösung, Abschaffung, Beseitigung mitzuwirken.

Beim ersten Punkt kann es aus meiner Sicht keine Interpretationsschwierigkeiten und Unklarheiten geben – jeder Krieg ist und bleibt Unrecht.

Dass daraus Dilemmata entstehen können, hat Helmolt Rademacher in seinem Artikel „Ohne Zweifel gibt es keinen Dialog“ in der letzten *ZivilCourage* (S. 32) unter Bezugnahme auf Werner Glenewinkel Beitrag „Zweifel sind notwendig und unverzichtbar“ in der *ZivilCourage* 2/2023 (S. 10 ff.) beschrieben. Wir können uns schuldig machen, mitschuldig werden, wenn „wir“ (konkret die Bundesregierung) der Ukraine keine Waffen liefern, obwohl sie das wünscht. Sie kann dann ihren militärischen Abwehrkampf gegen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands u.U. nicht so erfolgreich führen. Aber abgesehen davon, dass wir als DFG-VK(-Mitglieder) diese Entscheidung nicht treffen (sie allenfalls in unseren Verlautbarungen und Aktionen unterstützen oder ablehnen): Wer Waffen liefert, der macht sich in jedem Fall schuldig, denn die Waffen dienen dazu und werden dazu benutzt, andere Menschen zu töten.

Wer Waffen liefern will, der muss auch ihre Produktion befürworten, der muss Militär gutheißen.

Dem Dilemma des Schuld-auf-sich-zu-laden entgehen wir also nicht, indem wir Krieg nun nicht mehr grundsätzlich als Verbrechen ansehen.

Darüberhinaus zeigt der Blick in die Geschichte, dass die Frage, wer angreift und wer sich verteidigt, nicht immer so eindeutig zu beantworten ist, wie wir das vielleicht gerne hätten. Und schließlich: Warum kümmert uns – als Staat, als DFG-VK – ausgerechnet der Ukrainekrieg so besonders? Was ist mit den zahllosen anderen Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen weltweit? Ist nicht der Ukrainekrieg faktischein Stellvertreterkrieg der USA/ der Nato, an dessen Ursachen „wir“ nicht unbeteiligt sind?

Mein Fazit ist, dass die zentrale Aussage unserer Grundsatzerklärung richtig bleibt: Jeder Krieg ist ein Verbrechen. Auf **dieser** Grundlage muss innerhalb der DFG-VK diskutiert und geklärt werden, wie die „Nicht-Unterstützung“ und die „Mitarbeit an der Beseitigung aller Kriegsursachen“ konkret aussehen. Entscheidende Richtschnur ist dabei m.E. die Aussage im DFG-VK-Programm, dass „sich Mittel und Ziel entsprechen müssen“.

Was gar nicht geht: Der Berliner DFG-VK-Funktionär Sven Zakrzewski behauptet in seinem auf den vorangehenden Seiten veröffentlichten Artikel ohne jede Begründung: „Suttners Ruf ‚Die Waffen nieder!‘ und unsere Grundsatzerklärung zielten auf das Wesen des Kriegs und herkömmliche Eroberungskriege.“ Zur Frage Suttners habe ich auf der folgenden Seite geschrieben. Zum Punkt der „herkömmlichen Eroberungskriege“ frage ich mich: Was will jemand, der die Grundsatzerklärung im Grunde völlig ablehnt, in der DFG-VK bzw. was hat er dort zu suchen – zumal als Funktionär mit Sitz im zweithöchsten Gremium der DFG-VK? Der verstößt m.E. gegen die Grundsätze und schadet dem Verband (§ 5 Abs. 3 der Satzung).

Stefan Philipp ist Chefredakteur der *ZivilCourage*. <<

Trauer um Renate Greupner

* 18. April 1945 † 14. November 2023



Der DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern trauert um sein Mitglied Renate Greupner, das nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir verlieren in ihr eine Freundin, die jahrelang mit uns durch dick und dünn ging, stets eine klare Haltung bewies (auch wenn sie nicht gern öffentlich redete) und in Diskussionen in unserer Gruppe und unserem Landesverband immer eine Stimme der Vernunft war. Zugleich war sie ein sehr zugewandter, freundlicher und sehr bescheidener Mensch, und das, obwohl sie es im Leben nicht immer leicht hatte. Der eine oder die andere mag sich an sie erinnern. Sie war früher oft mit beim Bundesausschuss und bis auf den Bundeskongress in Duisburg seit 2011 Delegierte zu allen Bundeskongressen. In letzter Zeit hatte sie sich für die Gremienarbeit nicht mehr aufstellen lassen, weil sie Aktivitäten in verschiedenen Bereichen, in denen sie manchmal fast Einzelkämpferin war, organisatorisch miteinander vereinbaren musste. Aber sie war immer mit dem Herzen bei unseren Themen dabei.

Renate wird uns fehlen.
Ehre ihrem Andenken!

Cornelia Mannewitz
für den DFG-VK-Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

Hat Bertha von Suttner Krieg gerechtfertigt?

Gegen die Relativierung der pazifistischen Forderung „Die Waffen nieder!“

Von Stefan Philipp

Bertha von Suttner (1843-1914) gründete 1892 gemeinsam mit Alfred Hermann Fried in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) und damit die älteste Vorläuferorganisation der DFG-VK, die 1974 aus dem Zusammenschluss von der bereits 1968 fusionierten DFG-IDK (Internationale der Kriegsdienstgegner) mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) entstand. Wenige Jahre vorher, im Herbst 1889, war Suttners Roman „Die Waffen nieder!“ erschienen, der sie weltweit zu einer der bekanntesten Pazifistinnen und zur Vorkämpferin der Friedensbewegung machen sollte. Ihr Buch wurde zum Bestseller, erschien in 37 Auflagen und wurde in 15 Sprachen übersetzt.

Im Jahr 1876 hatte Suttner den Industriellen Alfred Nobel (1833-1896) kennengelernt, der den Sprengstoff Dynamit entdeckt und damit ein Vermögen erworben hatte. Zeit ihres Lebens blieben Suttner und Nobel freundschaftlich verbunden und standen in engem Austausch, auch und gerade über die Frage von Krieg und Frieden.

Dieser Verbindung ist es zu verdanken, dass Nobel testamentarisch die Gründung einer Stiftung verfügte, die den Großteil seines Vermögens erhielt und aus den Zinsen jährlich Preise an diejenigen verleihen sollte, „die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben.“ Das waren ursprünglich Preise auf den Gebieten von Physik, Chemie, Medizin, Literatur – und Frieden. Als erste Frau erhielt dann Bertha von Suttner im Jahr 1905 den Friedensnobelpreis zuerkannt – die Person also, die mit dem Aufruf „Die Waffen nieder!“ weltweit für Furore sorgte und sich die letzten zweieinhalb Jahrzehnte ihres Lebens unermüdlich für Frieden, Schieds-

gerichtsverträge und Völkerrecht und gegen Krieg engagiert hatte.

Wie klar war aber die Pazifistin Suttner gegen Krieg, gegen Krieg als solchen, gegen jeden Krieg?

Schlägt man in der deutschen Wikipedia unter ihrem Namen nach, so findet sich als dritter Punkt ihres Kriegsverhinderungsprogramms neben den genannten Schiedsgerichtsverträgen und der Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes, das „sie für die Überwindung von Konflikten zwischen Staaten ohne Gewalt entwickelt hatte“ und die sie insgesamt bei ihrer Rede anlässlich der Nobelpreisverleihung dargelegt habe: „eine Friedensunion aller Staaten, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen mit gemeinschaftlicher Kraft zurückweisen müsse“. In welcher Form eines solche „Zurückweisung“ erfolgen solle, ist dort nicht benannt – eine militärische Abwehr und Verteidigung scheint damit aber jedenfalls nicht ausgeschlossen zu sein.

Der Berliner DFG-VK-Funktionär Sven Zakrzewski behauptet in seinem in dieser Ausgabe veröffentlichten Beitrag „Israel im Visier der Friedensbewegung“ ohne jeglichen Beleg: „Suttners Ruf ‚Die Waffen nieder!‘ und unsere Grundsatzerklärung zielten auf das Wesen des Kriegs und herkömmliche Eroberungskriege.“

Im Kontext seines gesamten Textes, in dem er das Sich-wehren mit Waffen im Fall des Vernichtungskrieges Nazi-Deutschlands „gegen die Völker Osteuropas“ als „notwendig und legitim“ bezeichnet sowie Kritik am aktuellen Krieg Israels abwehrt und ihn damit auch rechtfertigt, kann die Relativierung von Suttners „Die Waffen nieder!“ nur so verstanden werden, als sei diese Aufforderung keine generelle.

In dieselbe Richtung geht der Redakteur Sebastian Jutisz, der am 20. Januar in der Stuttgarter Zeitung den ausführlichen Artikel „Demokratie oder Barbarei – Gesucht: ein neuer Pazifismus“ veröffentlichte. Darin schreibt er:

Der Gesinnungspazifismus, den Populisten in Bezug auf den Ukraine-Krieg propagieren, wird der Ursprungsidee, eine Welt ohne Krieg und Gewalt zu schaffen, nicht gerecht. Die frühen Friedensaktivistinnen und Aktivisten des vorletzten Jahrhunderts setzten Pazifismus nämlich keineswegs mit der totalen Ablehnung von Gewalt gleich. So sprach etwa Bertha von Suttner, die wohl prominenteste Pazifistin des 19. Jahrhunderts und Autorin des Weltbestsellers ‚Die Waffen nieder‘, angegriffenen Nationen keineswegs das Recht auf Selbstverteidigung ab. In ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1905 warb sie für eine Friedensunion aller Staaten, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen gemeinschaftlich zurückweisen müsse.

Diese Darstellung ist fehlerhaft und falsch:

Bertha von Suttner erhielt zwar (am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels) den Friedensnobelpreis für das Jahr 1905 zuerkannt, die Preisverleihung selbst fand nebst der genannten Rede allerdings erst im darauffolgenden Jahr statt, nämlich am 18. April 1906. In der Sache ist es neben-sächlich, dass Jutisz die Rede falsch datiert bzw. nicht zwischen dem Jahr der Zuerkennung des Preises und der tatsächlichen Verleihung und der entsprechenden Festveranstaltung im norwegischen Parlament in Oslo differenziert. Die Vermutung könnte aber

naheliegen, dass es an der erforderlichen Sorgfalt bei der Recherche gemangelt haben könnte.

Die Behauptung, Bertha von Suttner habe in dieser Rede „für eine Friedensinitiative aller Staaten, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen gemeinschaftlich zurückweisen müsse“, geworben, ist nämlich falsch, jedenfalls so, wie dargelegt, nicht richtig.

Bezug genommen wird auf eine Passage in Suttners Rede, die wörtlich so lautete:

Man könnte und sollte bald zu dem Ergebnis gelangen, dass sich alle Staaten solidarisch verpflichten, denjenigen anzugreifen, der zuerst einen andern angriffe. Das würde den Krieg unmöglich machen und müsste auch die brutalste und unvernünftigste Macht zwingen, sich an das Schiedsgericht zu wenden oder ruhig zu bleiben. Wenn der Dreibund alle, statt drei Staaten umfasste, so wäre der Friede auf Jahrhunderte gesichert.

Dabei handelte es sich allerdings um ein Zitat Alfred Nobels, dem Stifter des Preises, das Suttner einem Brief Nobels an sie entnommen hat. In ihrer Rede machte sie dies auch deutlich, so lauteten die ungekürzten Passagen vor dem Nobel-Zitat:

„Wenn Sie mich auf dem Laufenden halten und ich erfahre, dass die Friedensbewegung den Weg der praktischen Betätigung einzuschlagen beginnt, dann will ich dabei mit pekuniären Mitteln weiterhelfen.“

Dies sind die Worte, die der edle Nordländer, dem ich die Ehre verdanke, vor Ihnen, meine Herren und Frauen, hier zu erscheinen – die Alfred Nobel im Jahre 1892 in Bern an mich richtete, als er dort, wo eben ein Friedenskongress tagte, mit uns, meinem Mann und mir, zusammentraf.

Dass Alfred Nobel sich allmählich überzeugt hat, dass die Bewegung aus dem Wolkengebiet der frommen Theorien auf dasjenige der erreichbaren und praktisch abgesteckten Ziele

übergegangen ist, das hat er durch sein Testament bewiesen. Neben den anderen Dingen, die er als zur Förderung der Kultur dienend erkannt hat, nämlich die Wissenschaft und die idealistische Literatur, hat er auch die Ziele der Friedenskongresse, nämlich Erlangung internationaler Justiz und daraus folgend Herabminderung der Heere, angereicht.

Auch Alfred Nobel war der Ansicht, dass die sozialen Wandlungen sich nur langsam und mitunter auf indirekten Wegen vollziehen. Er hatte für die Nordpol-expedition Andrees 80,000 Frs gespendet. Er schrieb mir darüber, dass dies der Friedenssache mehr nützen könne, als ich glaube.

„Wenn Andree sein Ziel erreicht, selbst wenn er es nur halb erreicht, so wird dies eines jener Lärm und Gärung verursachenden Erfolge sein, welche die Geister bewegen und das Entstehen und die Aufnahme neuer Ideen und neuer Reformen bewirken.“

Aber auch einen näheren und unmittelbareren Weg sah Nobel vor sich. Ein anderes Mal schrieb er mir:

An dieser Stelle folgte dann das o.g. Zitat Nobels [Man könnte ... auf Jahrhunderte gesichert.]. In den schriftlichen Darstellungen der Suttner-Rede wird dies auch korrekt durch An- und Abführungszeichen als Zitat kenntlich gemacht (z.B. hier: <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1905/suttner/26131-bertha-von-suttner-nobelvorlesung/>)

Im Kontext der Rede wird deutlich, dass Bertha von Suttner die Entwicklung Alfred Nobels hin zum Pazifismus veranschaulichen wollte.

Als Beleg dafür, dass Suttner selbst einen Verteidigungskrieg befürwortete, taugt ihre Rede insgesamt und auch das darin benutzte Nobel-Zitat jedenfalls nicht. Der Gedanke von Nobel ist ohnehin der, dass



Bertha von Suttner, Gemälde (ohne Schrift) von Jürgen Grasslin

Krieg dadurch verunmöglicht würde, dass (alle) Staaten sich dazu verpflichteten, einen angreifenden Staat dann gemeinsam anzugreifen. Das ist zwar (aus Sicht vieler Pazifist*innen abgelehnte) reinste Abschreckungslogik, zielt aber auf die Schaffung eines übernationalen weltumfassenden Systems der Kriegsverhinderung.

Dass Suttner dafür eintrat, jeden Krieg zu verhindern, wird auch dadurch klar, dass sie zweimal in ihrer Rede einen Satz des US-amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt zitierte, zum Abschluss ihrer Rede so:

Die Anhänger des Pacificismus jedoch, innerhalb und ausserhalb der Konferenz, werden zur Stelle sein, um ihr Ziel zu verteidigen und sich ihm wieder einen Schritt zu nähern. Das Ziel nämlich, welches, um Roosevelts Worte zu wiederholen, die Pflicht seiner Regierung, die Pflicht aller Regierungen darstellt:

„Die Zeit herbeizuführen, wo der Schiedsrichter zwischen den Völkern nicht mehr das Schwert sein wird.“

Stefan Philipp ist Chefredakteur der *CivilCourage*. <<



Hermann Theisen/Helmut Donat (Hrsg.): *Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg.* Bremen 2024; 368 Seiten; 24,80 Euro

Seit dem russischen Angriff dauert der Krieg in der Ukraine nun über zwei Jahre an. Das bedeutet hunderttausende Tote und Verwundete, unsägliches menschliches Leid auch für ihre Angehörigen, Verwüstung des Landes und Zerstörung der Lebensgrundlagen mit allen sozialen, wirtschaftlichen aber auch psychischen Folgen für die Betroffenen und zwar auf beiden Seiten. Angeblich alternativlose Aufrüstung in Europa, Rekordgewinne der Rüstungsindustrie.

In Deutschland ist die Debatte über den Ukrainekrieg geprägt von Kriegsbefürwortung und -propaganda, vermehrten Waffenlieferungen, Feindbilddenken, Furcht vor „den Russen“ und dem wiederauferstandenen deutschen Schwertglauben. Ein offener Diskurs, der die unterschiedlichen Auffassungen und gegensätzlichen Argumente gleichberechtigt nebeneinander zur Sprache bringt, findet dagegen nicht statt. Standpunkte, die dem Mainstream widersprechen und der Haltung großer Bevölkerungskreise eine Stimme geben, kommen in den großen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nur selten vor. Das bedeutet allerdings nicht, dass es Menschen mit abweichenden Positionen nicht zuhauf gibt. In der DFG-VK und in der Friedensbewegung wissen wir das natürlich.

Hermann Theisen und Helmut Donat haben nun das Buch „*Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg*“ herausgegeben, in dem Beiträge von insgesamt 57 Autorinnen und Autoren versammelt sind. Darunter befinden sich zum Beispiel Pe-

ter Brandt, Eugen Drewermann, Gabriele Krone-Schmalz, Heribert Prantl, Michael von der Schulenburg, Günther Verheugen, Sahra Wagenknecht sowie ebenfalls eine ganze Reihe von Mitgliedern der DFG-VK, neben dem Mitherausgeber Hermann Theisen etwa Peter Bürger, Guido Grünewald, Margot Käßmann, Kathrin Vogler, Wolfram Wette, Andreas Zumach u.a.m.

Die Autorinnen und Autoren blicken zum Teil in sehr persönlicher Weise auf den Krieg in der Ukraine. Die daraus entstandenen Perspektiven wurden aus persönlichen, biographischen und beruflichen Hintergründen hergeleitet. Einig sind sich dabei fast alle darin, dass die Waffen umgehend zum Schweigen gebracht und der Krieg durch Verhandlungen beendet werden soll. Eine Ausnahme bildet der SPD-Politiker Markus Meckel, in der kurzen Übergangsphase von April bis August 1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Er spricht sich gegen Forderungen nach Verhandlungen von außen aus, befürwortet weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, eine starke Aufrüstung der Nato und die Aufnahme der Ukraine nach dem Krieg in das nordatlantische Militärbündnis. Zudem stellt er fest: „Für absehbare Zeit ist Sicherheit in Europa als Sicherheit vor Russland zu konzipieren.“

Eine solche Denkweise teilen die anderen Autorinnen und Autoren dieses Buches nicht. So befürchtet etwa Wolfram Wette für die Zeit nach Ende des Ukrainekriegs entweder einen neuen Kalten Krieg mit einem „neuen Eisernen Vorhang, der Europa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer teilt“ sowie von Militär, Aufrüstung und Feinddenken beherrschter Politik und Volkswirtschaften, die „eine stete Kriegsgefahr“ produzieren. Er hofft allerdings auf eine positive Alternative, die an die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren und deren Erkenntnis anknüpft, dass Sicherheit nicht durch ein militäri-

sches Gegeneinander zu erreichen ist, sondern nur in einem Miteinander, das auch Russland einschließen müsse. Entsprechend könnten die Ideen der „Gemeinsamen Sicherheit“ und des „Gemeinsamen Hauses Europa“ die politische Orientierung für eine künftige gesamteuropäische Entwicklung vorgeben.

Insgesamt machen fast alle Autorinnen und Autoren Positionen sichtbar, die bislang in einem öffentlichen Diskurs nicht genügend beachtet oder ganz unterdrückt wurden. Es werden eine Vielzahl von Vorschlägen zu einem Weg heraus aus dem Ukrainekrieg und aus anderen kriegerischen Auseinandersetzungen gemacht. Bestenfalls sollen solche Kriege in Zukunft unmöglich gemacht und Konflikte mit zivilen Mitteln bearbeitet werden.

„Das Buch kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist äußerst lesenswert! Das politische Ziel ‚Nie wieder Krieg!‘ darf nicht untergehen!“, urteilt das Schweizer Online-Magazin *Global-Bridge*. Dem ist nichts hinzuzufügen.

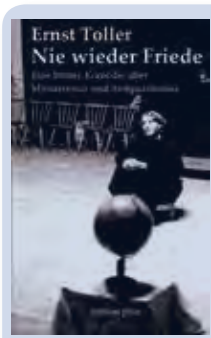
Michael Schmid

Dieser Sammelband ist höchst lesenswert, weil dort die Positionen formuliert sind, die in den Nachrichten, in Talkshows und den meisten Zeitungen nicht zu finden sind.

In der Vergangenheit dachte ich gelegentlich, dass mein Denken nicht mehr richtig funktioniert. Warum werden die Fragen nach Alternativen zu Waffenlieferungen nicht mehr gestellt? Muss der Krieg noch weitergehen, wenn sich seit über einem Jahr auf dem Schlachtfeld nichts mehr bewegt, außer dass Menschen niedergemetzelt werden? Warum gibt es nicht die leisesten Hinweise darauf, dass sich jemand bemüht, einen Weg aus dem immer länger andauernden Krieg zu finden?

Das Buch zeigt, dass ich mit meinen Fragen und Gedanken nicht allein bin.

Peter Tobiassen



Ernst Toller: Nie wieder Friede. Eine bittere Komödie über Militarismus und Antipazifismus aus dem Jahr 1936. Norderstedt, BoD, 2024; 140 Seiten; 7,80 Euro

Über Nacht haben Militarismus und Kriegsertüchtigung wieder die Kontrolle über das öffentliche Leben übernommen. Noch gestern hatte man den Ewigen Frieden in der Verfassung beurkundet und sich stolz gebrüstet, bei den „Lehren aus der Geschichte“ alle anderen zu überflügeln. Doch jetzt bläst dieselbe Fraktion zur Hetze gegen die „Lumpenpazifisten“, bringt Militainment zur besten Sendezeit und setzt eine gigantische Aufrüstung der Waffenarsenale ins Werk. Die angestrebte Weltmeisterschaft gilt nunmehr dem Sektor der Totmach-Industrien.

Ernst Tollers bittere Komödie „Nie wieder Friede“ (1934/36) klärt uns auf, wie so etwas möglich ist. Das falsche Friedensplakat trug auf seiner Rückseite immer schon die Parole für neue Kriegsabenteuer: „Man muß es nur umdrehen.“ Ob Kosmopolitismus

oder nationale Weltgeltung, ob Freiheitspredigt oder autoritäre Staatspolitik, ob Krieg oder Frieden – das entscheidet sich stets an der jeweiligen Lageeinschätzung der Besitzenden und Herrschenden. Zu folgen ist den Einflüsterungen der Kriegsprofiteure.

Wer wird beim Experiment zur Kriegstauglichkeit der Erdenbewohner gewinnen: Soldatenkaiser Napoleon oder Franziskus aus Assisi? Der Verfasser des hochaktuellen Bühnenstücks war linker Pazifist mit jüdischer Herkunft. Damit passte er gleich dreimal ins Feindbildvisier der Nazis. 1933 setzte NS-Deutschland Toller auf die allererste Ausbürgerungsliste und warf seine Werke ins Feuer. Nach neun Jahrzehnten sollten wir die „verbrannten Bücher“ wieder unter die Leute bringen, denn der Militarismus scheint unausrottbar zu sein.

Zu den Beigaben dieser friedensbewegten Edition gehören acht Kapitel aus Tollers Autobiographie „Eine Jugend in Deutschland“ (1933), die letzte Szene des Dramas „Hinckemann“ (1923) und eine präzise Warnung des Schriftstellers vor dem deutschen Faschismus in der „Weltbühne“ vom Oktober 1930.

Das Inhaltsverzeichnis und eine Leseprobe auf <https://bit.ly/48SAgfq>
Peter Bürger

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Na, kann ja mal passieren. Unsere Fregatte „Hessen“ hätte doch beinahe im Roten Meer eine US-Drohne abgeschossen, und jetzt ist das Palaver groß. Ist ja zum Glück nichts passiert, weil unsere Wirkmittel nicht funktioniert haben. Also: Ruhe bewahren! Und außerdem: Der heiße Tanz läuft ohnehin in der Ukraine, wo wir vielleicht bald zusammen mit den französischen Kameraden mit Bodentruppen aufräumen müssen. Nur mal so als kleine Denkübung. Präsident Macron weiß es ja schon lange: Gegen diesen Ganoven im Kreml hilft nur die ganz dicke Packung. Zuerst kommt natürlich unser Europa-Stier, unser „Taurus“-Marschflugkörper mit einer Reichweite, dass dem Russen Hören und Sehen vergeht. Also, raus an die Ostfront mit den Dingen, dazu sind sie doch da! Und dann kommen wir von der Brigade Ost, immer schön im Bündnis mit unseren Alliierten.

Nato-Alarm! Wegtreten!

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzerklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Mindestbeitrag 2 Euro
- Ermäßigter Beitrag 6 Euro
(Mindestbeitrag/Ermäßigter Beitrag sind nur bei halbjährlichem oder jährlichem Bankeinzug möglich.)
- Normalbeitrag 12 Euro
- Erhöhter Beitrag 20 Euro
- Förderbeitrag 30 Euro

Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich Euro

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

- Ich möchte die ZivilCourage per E-Mail als PDF erhalten.
- Ich möchte die ZivilCourage als gedrucktes Heft erhalten.

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

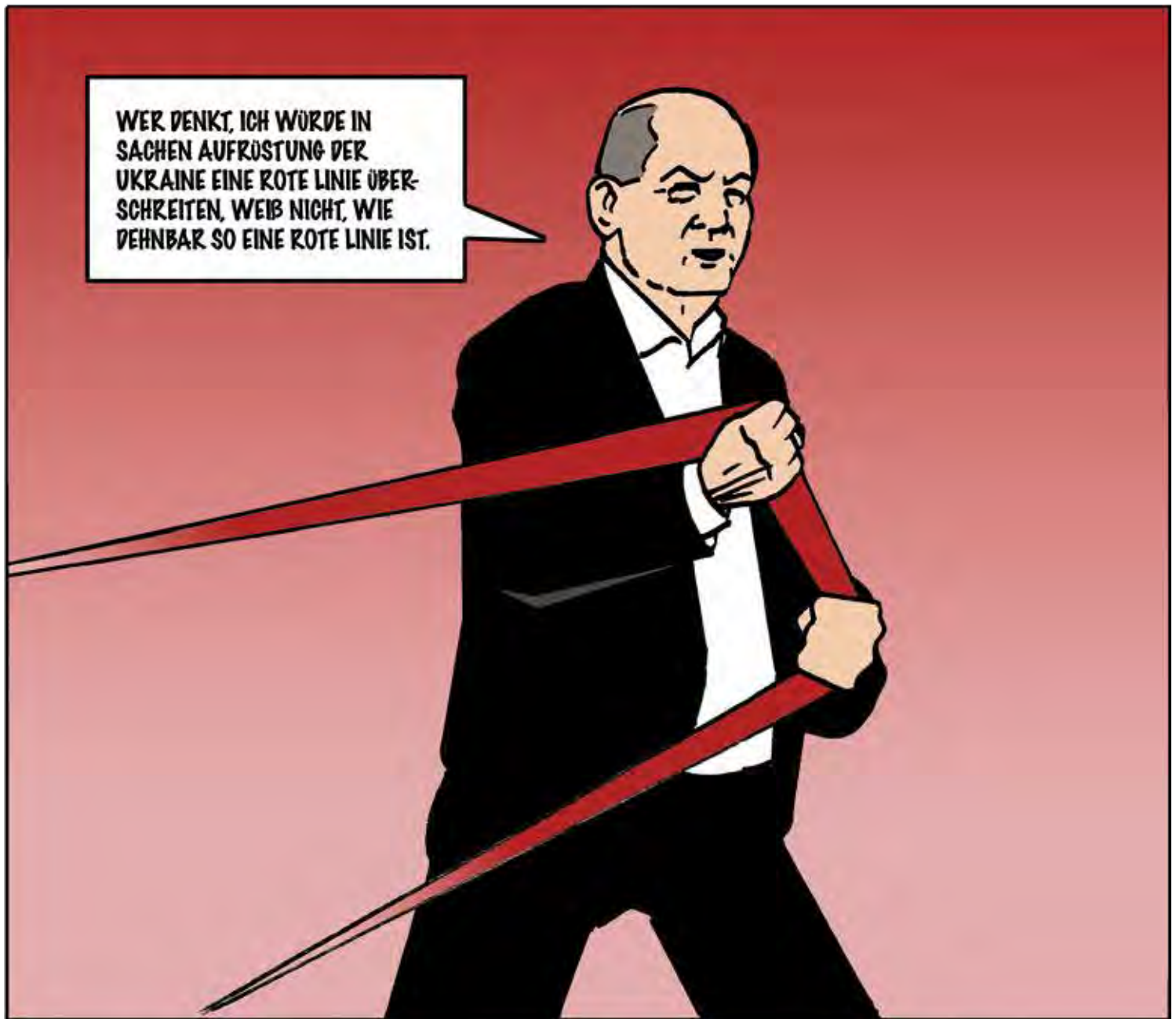
Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.